

IWAK Forschungsberichte 3

Wirtschaft und ökonomische Bildung

Alfons Schmid
Nils Beckmann
Miriam Wiesen



IWAK

Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur

Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Alfons Schmid
Gräfstraße 78
60054 Frankfurt
Tel.: 069-798 23855/ 28229
E-Mail: alfons.schmid@em.uni-frankfurt.de

Wirtschaft und ökonomische Bildung in Hessen

Kurzfassung

1. Einleitung

Wirtschaft und wirtschaftliches Verhalten haben in modernen Gesellschaften erheblich an Bedeutung gewonnen, sowohl in den Lebenssituationen der Individuen als auch in Gesellschaft und Politik. Entsprechend sind zunehmend ökonomische Kenntnisse zur Bewältigung wirtschaftlicher Lebenssituationen erforderlich. Die allgemeinbildenden Schulen bilden einen zentralen Bereich für die Vermittlung ökonomischer Bildung. Die Hochschulen bilden die Basis dafür.

Eine solche Bildung ist auf die Perspektive der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet; diese Perspektive umfasst auch Interaktionen mit anderen Wirtschaftsakteuren, insbesondere im Wirtschafts- und Arbeitsleben. Damit bildet u.a. die Arbeitgeberseite einen wichtigen Bezugspunkt für deren ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen, denn sowohl für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktchancen als auch für den Konsumbereich bilden Unternehmen und deren Handeln einen wichtigen Bezug für die Schulabsolventen und -absolventinnen.

An diesen Überlegungen setzt das Projekt „Wirtschaft und ökonomische Bildung in Hessen“ an. Die zentrale Fragestellung richtet sich darauf, wie die ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen in Hessen erfolgt und inwieweit diese Bildung „der Wirtschaft“ entspricht. Einen Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden somit die Erwartungen und Anforderungen der Arbeitgeberseite an die ökonomische Bildung der Schulabsolventen und Schulabsolventinnen im allgemeinbildenden Schulwesen in Hessen. Damit verbunden ist als zweiter Schwerpunkt eine Untersuchung des Studiums von Lehrerinnen und Lehrern an den hessischen Universitäten in Ökonomie. Hier richtet sich das Erkenntnisinteresse auf Organisation und Inhalt des Ökonomiestudiums für das Lehramt.

2. Ökonomische Bildung an hessischen Schulen

Für die Untersuchung der Vermittlung von ökonomischen Inhalten in den Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen waren zwei Fragen erkenntnisleitend: Wie ist der formale Stand der ökonomischen Bildung in Hessen und wie ist der Kenntnisstand der Schulabsolventinnen und -absolventen in Ökonomie aus Sicht der Wirtschaft? Die Beantwortung dieser Fragen erfolgte in einem mehrdimensionalen Verfahren.

Bezüglich der Frage nach der ökonomischen Bildung in Hessen lassen sich zwei zentrale Erkenntnisse aus der Untersuchung ableiten. Das in den Lehrplänen in den beiden Fächern enthaltene Angebot an ökonomischen Themen und Inhalten erscheint aus der Wirtschaftsperspektive, gemessen am Gemeinschaftsgutachten der deutschen gewerblichen Wirtschaft, als weitgehend angemessen. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Themen werden, mit etwas unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in den beiden Fächern, entsprechend dieser Norm adäquat behandelt. Dieses Ergebnis wird auch durch die Interviews mit den Vertretern und Vertreterinnen der Arbeitgeberverbände und Kammern weitgehend bestätigt. Insgesamt erscheinen für die Wirtschaftsverbände und Kammern die in den Lehrplänen enthaltenen ökonomischen Themen und Inhalte hinsichtlich Quantität und Qualität angemessen. Bezüglich der neuen Kompetenzen und Bildungsstandards lassen sich noch keine Aussagen machen, da diese erst in der Einführungs- und Konkretisierungsphase sind.

Die Fragen nach den tatsächlichen ökonomischen Kenntnissen der hessischen Schülerinnen und Schüler können wir im Rahmen dieser Kurzstudie nicht valide beantworten. Aus den qualitativen und quantitativen Befragungen lässt sich aber tendenziell und in einer ersten Annäherung feststellen, dass die konkrete Umsetzung der ökonomischen Themen in den Lehrplänen verbesserungsbedürftig ist. Nach Einschätzung der Arbeitgeberseite werden sowohl ökonomische Einzelthemen im Unterricht als auch bestimmte Zusammenhänge wie z.B. die Rolle von privatwirtschaftlichen Betrieben in einer Sozialen Marktwirtschaft unzureichend vermittelt. Diese Sichtweise wird sowohl von befragten Lehren und Lehrerinnen als auch, mit einer Ausnahme für Politik und Wirtschaft, von den Interviewpartnern überwiegend geteilt.

Als zentrale Ursache für dieses Defizit bei der Umsetzung der ökonomischen Inhalte und Themen an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen wurde von allen Interviewpartnern und -partnerinnen die unzureichende Lehrer- und Lehrerinnenausbildung in Ökonomie in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre in Hessen angeführt.

3. Ökonomisches Lehramtsstudium an hessischen Hochschulen

Zentrales Ergebnis der hier vorgelegten Analyse ist, dass erhebliche quantitative und qualitative Unterschiede dieses Ökonomiestudiums zwischen den hessischen Universitäten bestehen sowie in einigen Universitäten teilweise eine ausgeprägte Beliebigkeit in den beiden Fächern bezüglich des Ökonomiestudiums vorherrscht.

Der quantitative Umfang des Ökonomiestudiums in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre ist gegenwärtig zu gering, um Lehrerinnen und Lehrern fundierte ökonomische Kenntnisse und ökonomische Kompetenzen zu vermitteln. Quantitative Unterschiede innerhalb und zwischen den hessischen Universitäten im Ökonomiestudium für das

Lehramt bestehen in der Anzahl der ökonomischen Studienmodule, den zu erbringenden Leistungen wie auch in der Anzahl der Lehrveranstaltungen sowie der damit zu erreichenden Leistungspunkte. Es besteht auch teilweise eine Beliebigkeit bzgl. der Wahl von Ökonomieveranstaltungen und den zu erbringenden Leistungsnachweisen. Hier sind nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einiger Universitäten erhebliche Unterschiede in den Kenntnissen und Kompetenzen der künftigen Lehrern und Lehrerinnen in Ökonomie zu erwarten. Große Teile der stattfindenden Ökonomieveranstaltungen sind fakultativ und können von den Studierenden durch entsprechendes Wahlverhalten umgangen werden. Außerdem schreiben die Studienordnungen für zahlreiche Veranstaltungen Teilnahmenachweise und nur begrenzt Leistungsnachweise vor. Unterschiede zwischen den Universitäten bestehen auch in den anbietenden Fachbereichen, teilweise erfolgt das Studium bei Ökonomiefachbereichen in einem gemeinsamen Studium mit Volks- und Betriebswirten oder im Nebenfach, teilweise bei den Gesellschaftswissenschaften oder in anderen Fachbereichen.

Auch auf der inhaltlichen Ebene gibt es zum Teil erhebliche Defizite und Diskrepanzen zwischen den Universitäten; so werden in den einschlägigen Lehrveranstaltungen zum Teil eher gesamtwirtschaftliche Themen abgedeckt oder es dominieren soziologische/politologische Perspektiven.

Aufgrund dieser intra- und interuniversitären Diskrepanzen und Beliebigkeiten im Ökonomiestudium der einschlägigen Studiengänge an den hessischen Universitäten dürften erhebliche Unterschiede in den ökonomischen Kenntnissen und Kompetenzen bei den Lehrern und Lehrerinnen in den Fächern Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre in Hessen bestehen. Als Folge davon sind auch gravierende Differenzen in der ökonomischen Bildung bei den Schulabsolventinnen und Schulabsolventen an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen zu erwarten.

4. Folgerungen

Um die Unterschiede und Beliebigkeiten innerhalb und zwischen den Universitäten zu beseitigen, bedarf es jeweils eines einheitlichen Kerncurriculums für das Studium in Ökonomie für Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre. Damit würde das Studium für das Lehramt in den beiden Studienfächern landesweit einheitlich erfolgen und die für die spätere Tätigkeit notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen Grundkenntnisse vermittelt. Erforderlich dafür ist eine Angleichung der jeweiligen Studien- und Prüfungsanforderungen der hessischen Universitäten für die beiden Fächer. Durch die Verantwortung des Landes Hessen für die Studien- und Prüfungsordnungen besteht die Möglichkeit, diese Einheitlichkeit auch zu gewährleisten.

Ein solches verpflichtendes Curriculum bedarf, damit es auch tatsächlich umgesetzt wird, der Ergänzung durch mehrere Maßnahmen. Quantitativ sollte nach den Ausführungen in dieser Studie – orientiert an dem Verbundfach in Hessen, das etwa die Hälfte des Unterrichts für Ökonomie vorsieht – ein solches Kerncurriculum für das Lehramt-Studium in Politik und Wirtschaft mindestens vier verpflichtende Lehrveranstaltungen enthalten. Darüber hinaus sollten zwei Wahlpflichtveranstaltungen mit eindeutig wirtschaftswissenschaftlichem Zugang vorgesehen werden. Der Kanon der Wahlpflichtveranstaltungen bedarf zumindest annähernd einer Vereinheitlichung. Für die Sekundarstufe I in Politik und Wirtschaft sollten die vier Pflichtveranstaltungen obligatorisch sein. Im Studienfach Arbeitslehre bedarf es ebenfalls eines einheitlichen Kerncurriculums mit vier obligatorischen Lehrveranstaltungen; dieses Curriculum könnte aber stärker einzelwirtschaftlich orientiert sein.

Um dieses einheitliche quantitative Angebot auch qualitativ zu gewährleisten, erscheint es sinnvoll, zum einen die Institution der Staatsprüfung ernst zu nehmen und einheitliche Staatsexamina für die Prüfung incl. der Ökonomie in den beiden Fächern durchzuführen. Damit wird das hohe Gut der Autonomie der Hochschulen nicht beeinträchtigt: Es handelt sich um eine Berufsausbildung im staatlichen Auftrag, die gewisse gemeinsame Standards erfordert. Die Wissenschaftsfreiheit bliebe damit bestehen.

Die Umsetzung dieses Kerncurriculums bedarf einer entsprechenden organisatorischen und personellen Ausstattung. So sollte ein eigenständiges Angebot an Ökonomie für Politik und Wirtschaft- und Arbeitslehre-Lehramtskandidaten und -kandidatinnen an allen hessischen Universitäten mit entsprechender personeller und sachlicher Ressourcenausstattung gewährleistet sein. Sinnvoll erscheint ein eigenständiges Institut für Ökonomie für das Lehramt an den Fachbereichen, an denen Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre angesiedelt ist.

Für die ökonomische Bildung an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen wäre ein solches verbindliches und angeglichenes Studium in Ökonomie für die beiden Fächer POWI und Arbeitslehre nicht nur eine notwendige, sondern überwiegend auch eine hinreichende Bedingung für ausreichende Ökonomiekenntnisse und –kompetenzen von Schulabsolventen und Schulabsolventinnen. Erforderlich ist aber, dass eine volle Unterrichtsabdeckung durch in den beiden Fächern adäquat ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen gewährleistet wird, um den Anteil der fachfremd durchgeführten Unterrichtseinheiten zu minimieren.

Außerdem erfordert der divergierende Kenntnisstand der Lehrer und Lehrerinnen, die bereits im Schuldienst sind, eine systematische Fort- und Weiterbildung. Zwar gab und gibt es bereits Fort- und Weiterbildungsangebote in Ökonomie. Diese Fort- und Weiterbildung erscheint aber vor dem Hintergrund der Studienergebnisse als eher unzureichend. Derartige Weiterbildungen sollten obligatorisch sein, oder es sollten zumindest entsprechende Anreize gesetzt

werden, wie z. B. die Freistellung von Unterrichtsstunden, damit eine größere Anzahl an Lehrern und Lehrerinnen für eine ökonomische Fort- und Weiterbildung motiviert werden kann.

Insgesamt bedarf eine adäquate ökonomische Bildung in Hessen einer Verbesserung der Umsetzung der bestehenden Lehrpläne und Kompetenzen/Bildungsstandards. Zentrale Voraussetzung dafür ist ein Studium an den hessischen Hochschulen für die einschlägigen Lehrämter mit einem quantitativ und qualitativ adäquaten Curriculum in Ökonomie.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten

1. Einleitung	1
2. Literaturüberblick.....	4
3. Ökonomische Bildung an hessischen allgemeinbildenden Schulen	9
3.1 Ökonomie in den Lehrplänen in Hessen im Vergleich.....	11
3.2 Ökonomieunterricht aus Sicht hessischer Arbeitgeberverbände	19
3.3 Ergebnisse.....	25
4. Studium der Ökonomie für das Lehramt in Hessen.....	27
4.1 Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft.....	29
4.1.1 Politik und Wirtschaft für Haupt- und Realschulen an den hessischen Universitäten.....	31
4.1.2 Politik und Wirtschaft für Gymnasien an den hessischen Universitäten.....	41
4.2 Fachwissenschaft Arbeitslehre.....	65
4.3 Aussagen der Experten zur Lehrerbildung in den Fächern Arbeitslehre und Politik und Wirtschaft	73
4.4 Zusammenfassung.....	75
5. Zusammenfassung und Folgerungen.....	76
5.1 Ökonomische Bildung an hessischen Schulen.....	76
5.2 Ökonomie im Lehramtsstudium.....	77
5.3 Folgerungen	78
6. Literatur.....	81
7. Anhang.....	83

Abkürzungsverzeichnis

HS: Hauptschule

RS: Realschule

G/Gym: Gymnasium

L2: Studiengang Lehramt für Haupt- und Realschulen

L3: Studiengang Lehramt für Gymnasien

WS: Wintersemester

SS: Sommersemester

PS: Proseminar

S: Seminar

WP: Wahlpflichtmodul

PM: Pflichtmodul

POWI: Politik und Wirtschaft

AL: Arbeitslehre

SK: Sozialkunde

LP: Leistungspunkte

LN: Leistungsnachweis

LV: Lehrveranstaltungen

K: Klausur

HA: Hausarbeit

P: Pflichtanteile

W: Wahlpflichtanteile

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Kompetenzen ökonomischer Bildung im Gemeinschaftsgutachten	7
Übersicht 2: Spezifizierung der Teilkompetenzen im Gemeinschaftsgutachten	7
Übersicht 3: Erwartete Kompetenzen von Schulabgängern einer Hauptschule	8
Übersicht 4: Ökonomie in Lehrplänen in Deutschland im Vergleich	11
Übersicht 5: Ökonomische Themen in den Hauptschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten.....	14
Übersicht 6: Ökonomische Themen in den Realschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten.....	16
Übersicht 7: Ökonomische Themen in den Gymnasien in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten	18
Übersicht 8: Studienangebot POWI in Hessen	29
Übersicht 9: Ökonomisches Wahlpflichtmodul POWI/ L2 Frankfurt.....	31
Übersicht 10: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L2 Gießen.....	34
Übersicht 11: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L2 Kassel	36
Übersicht 12: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ POWI/ L2	38
Übersicht 13: Vergleich Leistungspunkte POWI/ L2	38
Übersicht 14: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise POWI/L2.....	39
Übersicht 15: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L3 Darmstadt	41
Übersicht 16: Ökonomische Wahlpflichtmodule POWI/ L3 Darmstadt	42
Übersicht 17: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Frankfurt	46
Übersicht 18: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Gießen.....	49
Übersicht 19: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Kassel.....	51
Übersicht 20: Pflichtmodul mit Wahlmöglichkeit bezüglich Inhalten POWI/ L3 Gießen	52
Übersicht 21: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3	54
Übersicht 22: Ökonomische Wahlpflichtmodule POWI/ L3 Marburg	55
Übersicht 23: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ POWI/ L3	59
Übersicht 24: Vergleich Leistungspunkte POWI/ L3	60
Übersicht 25: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise POWI/ L3.....	60
Übersicht 26: Gegenüberstellung Gutachten für die Lehrerausbildung und Inhalte der Modulbeschreibungen POWI der hessischen Universitäten	61
Übersicht 27: Forderungen des Gemeinschaftsgutachtens der an eine ökonomische Lehrerausbildung.....	64
Übersicht 28: Ökonomische Pflichtmodule AL Gießen.....	67
Übersicht 29: Ökonomische Wahlpflichtmodule AL Gießen.....	67
Übersicht 30: Pflichtmodule mit wahlweise ökonomischen Inhalten AL Kassel.....	70
Übersicht 31: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ Arbeitslehre.....	72
Übersicht 32: Vergleich Leistungspunkte Arbeitslehre	72
Übersicht 33: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise Arbeitslehre	72

1. Einleitung

Wirtschaft und wirtschaftliches Verhalten haben in modernen Gesellschaften erheblich an Bedeutung gewonnen, sowohl in den Lebenssituationen der Individuen als auch in Gesellschaft und Politik. Diese zunehmende Bedeutung des „Wirtschaftlichen“ stellt erhebliche Anforderungen an die Menschen hinsichtlich ökonomischer Kenntnisse und Kompetenzen. Ökonomische Bildung wird für die Gestaltung des eigenen Lebensbereichs benötigt, sie ist aber auch für die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen von wesentlicher Bedeutung: „In immer mehr Lebensbereichen ist der Mensch mit seinen ökonomischen Kompetenzen gefordert.“ (Retzmann u.a. 2010, 11).

Die allgemeinbildenden Schulen bilden einen zentralen Bereich für die Vermittlung ökonomischer Bildung. Wirtschaftliche Themen sind inzwischen ein fester Bestandteil in den Lehrplänen und in den neuen Bildungsstandards der unterschiedlichen Schulformen. Während über die Bedeutung der ökonomischen Bildung als Allgemeinbildung weitgehend Einigkeit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft besteht, ist deren Ausprägung im deutschen allgemeinbildenden Schulwesen aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer sehr unterschiedlich ausgeprägt. Diese Unterschiede beziehen sich sowohl auf die Organisation des Faches als auch auf die Inhalte und Themen. Auch das Ökonomiestudium von Lehrern und Lehrerinnen unterscheidet sich zwischen den Bundesländern; es ist inhaltlich, organisatorisch und personell verschieden ausgestaltet (vgl. u.a. Klein 2011; Weber 2007; Retzmann u.a. 2010, 83ff.).

In der wissenschaftlichen Diskussion wird die ökonomische Bildung kontrovers diskutiert. Diese Kontroverse bezieht sich darauf, ob eine ökonomische Bildung sich an Ökonomie als Wissenschaft orientieren (vgl. Retzmann u.a. 2010) oder ob sie Wirtschaft als Gegenstandsbereich der Bildung umfassen sollte; damit wären verschiedene Bezugsdisziplinen insbesondere die Politologie bei der Vermittlung ökonomischer Bildung einzubeziehen (vgl. Hedtke u.a. 2010; Wichmann 2012, 305ff).

Ökonomische Allgemeinbildung ist auf die Perspektive der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet (vgl. z.B. Retzmann u.a. 2010); diese Perspektive umfasst aber auch Interaktionen mit anderen Wirtschaftsakteuren, insbesondere im Wirtschafts- und Arbeitsleben. Damit bildet u.a. die Arbeitgeberseite einen wichtigen Bezugspunkt für deren ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen, denn sowohl für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktchancen als auch für den Konsumbereich bilden Unternehmen und deren Handeln einen wichtigen Bezug für die Schulabsolventen und -absolventinnen. Daher bedarf es der Einbeziehung der Arbeitgeberseite für die Ausgestaltung der ökonomischen Bildung im Sinne der Schülerinnen und Schüler, so kritisch das auch teilweise gesehen wird (vgl. Hedtke u.a. 2010). Selbst eine kritische Sicht auf die Rolle und Funktion der Arbeitgeber bedarf der Kenntnis, welche Anforderungen an ökonomischer Allgemeinbildung tatsächlich auf Seiten der Arbeitgeber bestehen.

An diesen Überlegungen setzt das Projekt „Wirtschaft und ökonomische Bildung in Hessen“ an. Die zentrale Fragestellung richtet sich darauf, wie die ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen in Hessen erfolgt und inwieweit diese Bildung „der Wirtschaft“ entspricht. Einen Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden somit die Erwartungen und Anforderungen der Arbeitgeberseite an die ökonomische Bildung der Schulabsolventinnen und -absolventen im allgemeinbildenden Schulwesen in Hessen. Damit verbunden ist als zweiter Schwerpunkt dieser Kurzstudie eine Untersuchung des Studiums von Lehrern und Lehrerinnen an den hessischen Universitäten in Ökonomie. Hier richtet sich das Erkenntnisinteresse auf Organisation und Inhalt des Ökonomiestudiums für das Lehramt. Die Analysen bleiben auf die beiden Fächer Politik und Wirtschaft (POWI) sowie Arbeitslehre beschränkt, da die Vermittlung ökonomischer Bildung in anderen Fächern wie z.B. Geographie nur ergänzenden Charakter hat. Sie beziehen sich auf die Haupt- und Realschulen sowie das Gymnasium und bei den Universitäten auf das fachwissenschaftliche Studium der beiden Fächer Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre.

Die Bearbeitung der beiden Schwerpunkte, Schule und Hochschule, basiert auf einem Methodenmix. Mittels einer Inhaltsanalyse erfolgt eine Synopse der Lehrpläne und der neuen Bildungsstandards in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre für die Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Diese Synopse bildet die Basis für die Bewertung der Inhalte aus Arbeitgebersicht. Diese Bewertung erfolgt zum einen anhand des Gutachtens für den Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft¹ als komprimierte Vorstellung der Wirtschaftsverbände für die ökonomische Bildung. Daraus lassen sich erste Anhaltspunkte aus formaler Sicht finden, inwieweit Vorstellungen und Forderungen der Arbeitgeberseite in den Lehrplänen bzw. Bildungsstandards zur ökonomischen Bildung enthalten sind.² Zusätzlich erfolgten Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern hessischer Wirtschaftsverbände und Kammern. In diesen qualitativen, teilstandardisierten Interviews wurden auch Fragen nach den tatsächlichen ökonomischen Kompetenzen der Schulabsolventinnen und -absolventen einerseits sowie den tatsächlichen Anforderungen der Betriebe andererseits gestellt. Diese tatsächlichen Kenntnisse wurden zusätzlich mittels einer quantitativen Befragung einiger Personalleiter in Betrieben sowie einiger Lehrkräfte weiter untersucht. Die konkreten ökonomischen Kompetenzen und die tatsächlichen Anforderungen der Betriebe an eine ökonomische Bildung der Schulabsolventen können damit in dieser Kurzstudie nur in einer ersten Annäherung eruiert werden. Für genauere Erkenntnisse darüber bedarf es einer fundierteren Analyse. Hier besteht noch Forschungsbedarf.

¹ Eine Bewertung der ökonomischen Bildung in Hessen an einem oder mehreren anderen Bundesländern ist nicht zielführend, weil sich Konzepte, Organisation, Struktur und Inhalte der ökonomischen Bildung an Schulen und Hochschulen in den einzelnen Bundesländern gravierend unterscheiden.

² Schlüsse auf die tatsächlichen ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen der Schülern und Schülerinnen lassen sich durch dieses Vorgehen nicht ziehen.

Die Analyse und Bewertung des Ökonomiestudiums in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre an den hessischen Universitäten erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. In einem ersten Schritt wurde eine Synopse der Ökonomieausbildung in den entsprechenden Modulen sowie den Prüfungs- und Studienordnungen hinsichtlich Umfang, Organisation und Leistungsanforderungen in diesen beiden Fächern an den fünf hessischen Universitäten erstellt. Da diese Ordnungen nur allgemeine Angaben über ökonomische Inhalte und Kompetenzen enthalten, erfolgte in einem zweiten Schritt eine Auswertung der angebotenen Lehrveranstaltungen incl. der kommentierten Vorlesungsverzeichnisse, damit konkretere Aussagen über die Ökonomieausbildung gemacht werden können.

Die Einschätzung und Bewertung der ökonomischen Lehrer- und Lehrerinnenausbildung an den hessischen Universitäten erfolgt durch zwei Schritte. Zum einen wird das Studium zwischen den Universitäten hinsichtlich Organisation und Inhalten verglichen. Damit lässt sich zumindest annähernd eruieren, welche Unterschiede zwischen den Universitäten im Bereich Ökonomie der Fächer Arbeitslehre und Politik und Wirtschaft in Hessen bestehen. Als zweiten Beurteilungsmaßstab verwenden wir wieder das Gutachten für den Gemeinschaftsausschuss der gewerblichen Wirtschaft mit seinem Curriculum für ein ökonomisches Lehramtsstudium.

Um erste Anhaltspunkte über die tatsächlichen ökonomischen Kompetenzen der Lehrer und Lehrerinnen zu erhalten, sollte exemplarisch für die Universität Frankfurt auch das „Nachfrageverhalten“ der Studierenden in Politik und Wirtschaft einbezogen werden. Es sollte eruiert werden, ob die Studierenden Lehrveranstaltungen in Ökonomie gewählt und Leistungsscheine bzw. eine Prüfung darin gemacht haben. Aus Datenschutzgründen ließ sich dieses Vorhaben in dem begrenzten Zeitrahmen der Studie nicht realisieren.

Ebenfalls in die Interviews einbezogen wurden Ausbilderinnen bzw. Ausbilder für das Referendariat sowie Vertreterinnen und Vertreter des Kultus- und Wissenschaftsministeriums. Aus deren Aussagen lassen sich erste Anhaltspunkte über die tatsächlichen ökonomischen Kenntnisse der Lehrer und Lehrerinnen in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre ableiten.

Wir beginnen die Studie mit einem ausgewählten Literaturüberblick über die ökonomische Bildung in Hessen aus der Wirtschaftsperspektive. Anschließend wird eine Lehrplansynopse der ökonomischen Bildung in den drei Schulformen in Hessen dargestellt und bewertet. Der zweite Schwerpunkt dieser Untersuchung, das Lehramtsstudium in Ökonomie in den beiden Studienfächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre, schließt mit der Darstellung der Situation dieser Fächer an den hessischen Universitäten und der Bewertung an. Abschließend werden aus den Ergebnissen dieser Kurzstudie Handlungsbedarfe und Handlungserfordernisse eruiert und Vorschläge für die ökonomische Bildung in Hessen gemacht.

2. Kurzer Literaturüberblick

Der Literaturüberblick bleibt auf die Arbeitgeberperspektive beschränkt, d.h. welche Erwartungen und Anforderungen an ökonomischen Kompetenzen bestehen seitens der Arbeitgeber an Schulabgängerinnen und -abgängern. Im Kontext der Frage nach der "Ausbildungsfähigkeit" von Schülern und Schülerinnen werden auch Aspekte der ökonomischen Bildung angesprochen. So wurde in einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) von Experten und Expertinnen aus verschiedenen Bereichen der beruflichen Bildung erfragt, welche Merkmale ihrer Ansicht nach "für alle Ausbildungsberufe bereits zu Beginn einer Lehre zwingend erforderlich" (Ehrenthal u.a. 2005, 3) sind. Ökonomische Kenntnisse und Fähigkeiten nahmen insgesamt einen sehr geringen Stellenwert ein: Nur 23% der Experten und Expertinnen sahen "betriebswirtschaftliche Kenntnisse" als zwingend erforderlich an, nur "Grundkenntnisse der englischen Sprache" wurden seltener genannt. Andere ökonomische Kenntnisse und Kompetenzen wurden nicht abgefragt (vgl. ebd.).

Eine durch die IW Consult GmbH durchgeführte repräsentative Umfrage bei mehr als 1.100 Betrieben zeigte im Unterschied dazu, dass ein Großteil der Unternehmen Wirtschaftskennnisse im Hinblick auf die Ausbildungsreife von Schulabgängerinnen und -abgängern als unverzichtbar bzw. eher unverzichtbar einschätzt (vgl. Klein/Schöpfer-Grabe 2012, 35). Gleichzeitig berichtete etwa jedes dritte Unternehmen, bei Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern "sehr häufig" Defizite im Bereich der Wirtschaftskennnisse festgestellt zu haben (vgl. ebd., 48).

Zu den Erwartungen, Anforderungen oder Wünschen seitens der Arbeitgeber an ökonomischen Kenntnissen und Kompetenzen bei Schulabgängerinnen und -abgängern existieren meist nur allgemeine Aussagen. Eine Unterscheidung nach den einzelnen Schulformen fehlen ebenso wie konkrete inhaltliche Abgrenzungen der erwarteten ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen. Gleichzeitig erfolgt die Einschätzung über diese Erwartungen in der Regel durch Verbände, die ihrerseits meist Mindestanforderungen benennen, die für die gesamte Bandbreite der Mitgliedsunternehmen Gültigkeit besitzen sollen und entsprechend allgemein formuliert sind. So unterteilt die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern die Erwartungen der Wirtschaft zwar in fachliche, persönliche und soziale Kompetenzen, differenziert aber diese Erwartungen bspw. nicht nach den einzelnen Schulabschlüssen. Auch bildet die ökonomische Bildung nur einen von sieben inhaltlichen Themenbereichen. Explizit genannte Erwartungen beziehen sich hier auf „grundlegende Informationen über das Funktionieren unseres marktwirtschaftlichen Systems und die Rolle der Unternehmen, des Staates, der Tarifparteien und Haushalte in unserer Gesellschaftsordnung“ (IHK (o.J.)).

Im Rahmen des "Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" (Bundesagentur für Arbeit 2006) wurden die zur Ausbildungsfähigkeit benötigten ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen entlang folgender Indikatoren und Kriterien formuliert (vgl. ebd., 30):

- Sie/er kennt das wirtschaftliche Ziel unternehmerischen Handelns.
- Sie/er hat ein Grundverständnis von Pflichten und Rechten aus Verträgen und Geschäften (Ausbildungsvertrag, Kaufvertrag).
- Sie/er kennt die gängigen Arten des Zahlungsverkehrs.
- Sie/er kennt die Bedeutung wirtschaftlicher Grundbegriffe (Angebot, Nachfrage, Preis, Umsatz, Gewinn, Steuern).

Einen ersten fundierten Eindruck über die tatsächlich vorhandene Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und -abgängern liefert der Berufsbildungsbericht 2010 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): Hiernach erfüllen etwa die Hälfte aller Schulabgängerinnen und -abgängern die Kriterien der Ausbildungsfähigkeit nicht (vgl. BMBF 2010, 23). Ob dies jedoch auf die fehlenden ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen oder auf andere Wissenslücken zurückzuführen ist, bleibt offen.

Eine Zusammenstellung von Ergebnissen repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken enthält einige Aussagen bezüglich ökonomischer Kenntnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 24 Jahren. Danach verbinden etwa 40% der Befragten "nichts Bestimmtes" mit dem Begriff der "Sozialen Marktwirtschaft". Dieser Anteil sinkt mit steigendem Interesse an wirtschaftlichen Themen (vgl. Bundesverband deutscher Banken 2009, 11). Zu einer Bewertung der "Globalisierung" sehen sich 28% der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht in der Lage, hier werden jedoch große Unterschiede hinsichtlich des abgeschlossenen oder angestrebten Schulabschlusses deutlich: Während mehr als jede/r zweite Hauptschüler/in (52%) "nichts Bestimmtes" mit diesem Begriff verbindet, fällt der Anteil bei abgeschlossenem oder angestrebtem Hochschulabschluss mit nur 18% deutlich niedriger aus. Zur Thematik "Angebot und Nachfrage" können lediglich 53% der Befragten korrekte Angaben machen, die Erklärung des Begriffs "Inflationsrate" gelingt 54%. Lediglich 6% konnten die ungefähre Höhe der Inflationsrate angeben (vgl. ebd., 12).

Gleichzeitig konstatiert diese Studie ein hohes Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an wirtschaftlichen Inhalten und Zusammenhängen. So sprechen sich etwa drei Viertel der befragten Schüler und Schülerinnen für eine verstärkte Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Schule aus (vgl. ebd., 10). Ein ebenso hoher Anteil befürwortet die Einführung eines eigenen Schulfachs "Wirtschaft" (vgl. ebd.).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2008: Danach besteht bei mehr als der Hälfte (61%) der 15- bis 20-Jährigen ein Interesse an einer eigenen unternehmerischen Selbstständigkeit. Jede/r siebte Befragte will sogar „ganz bestimmt“ Unternehmer werden. Während dies eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber wirtschaftlichen Themen aufzeigt, schätzen die Befragten ihren tatsächlichen ökonomischen Wissensstand insgesamt als gering ein: Lediglich 8 Prozent der Befragten schätzen diesen als gut ein, 50 Prozent als einigermaßen und 42 Prozent sind der Meinung, wenig bis überhaupt kein Wirtschaftswissen zu haben (vgl. SchuleWirtschaft Newsletter 1/2009, 4).

Insgesamt lässt sich aus dieser kurzen Übersicht folgern, dass sich Aussagen über die Anforderungen/Erwartungen der Arbeitgeber an ökonomische Kenntnisse und Kompetenzen der Schulabsolventinnen und -absolventen und Auszubildenden eher auf einer allgemeinen Ebene bewegen. Dieser allgemeine Überblick vermittelt den Eindruck, dass die ökonomische Bildung der Jugendlichen in nicht geringem Umfang verbesserungsfähig ist.

Differenzierter erfolgt die Darstellung der Erwartungen der Wirtschaft an die Schulabgängerinnen und -abgänger im Gutachten für den Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft (vgl. Retzmann u.a. 2010). In dem Gutachten wird ein Kompetenzmodell für die ökonomische Bildung beschrieben, das die Erwartungen der Arbeitgeber von insgesamt 17 deutschen Arbeitgeberverbänden³ an Schulabgängerinnen und -abgänger von Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im Detail erörtert. Der hohe Präzisierungsgrad der im Rahmen des Kompetenzmodells beschriebenen Standards erlaubt nicht nur eine Unterscheidung der Erwartungen seitens der Arbeitgeberverbände⁴ für die einzelnen Schulformen, sondern auch einen Vergleich mit den an Inhalten anstatt Kompetenzen ausgerichteten hessischen Lehrplänen.

Dieses Gutachten, auch wenn es für die Bundesrepublik Deutschland und nicht für ein einzelnes Bundesland verfasst wurde, stellt u.W. den z.Z. bestmöglichen Referenzrahmen für den Vergleich der Erwartungen seitens der Arbeitgeber bezüglich ökonomischer Kenntnisse

³ BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BdB – Bundesverband deutscher Banken, BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie, BDZV – Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, BGA – Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, BVR – Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, CDH – Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb, DEHOGA – Deutscher Hotel- und Gaststättenverband, DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, DSGV – Deutscher Sparkassen- und Giroverband, GDV – Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, HDE – Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, VDR – Verband Deutscher Reeder, ZDH – Zentralverband des Deutschen Handwerks, ZGV – Zentralverband Gewerblicher Verbundgruppen, BfB – Bundesverband der Freien Berufe, DBV – Deutscher Bauernverband.

⁴ Das Gutachten vermittelt die Erwartungen der Arbeitgeberverbände und Kammern, nicht unbedingt die Erwartungen der Betriebe hinsichtlich der ökonomischen Bildung von Schulabsolventen/innen.

und Kompetenzen mit den hessischen Lehrplänen der verschiedenen Schulformen dar.⁵ Daher bildet es im Rahmen dieser Studie eine wesentliche Orientierung für die Beurteilung der ökonomischen Bildung an Schulen in Hessen aus Arbeitgebersicht.

Ausgangspunkt dieses Kompetenzmodells ist die Befähigung von Schülerinnen und Schülern, "in Verantwortung gegenüber sich selbst, der Mitwelt und der Sache zu handeln" (Retzmann u.a. 2010, 14). Anhand der wirtschaftlichen Rollen Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmer und Wirtschaftsbürger und der Ausformulierung dreier Kompetenzbereiche (Entscheidung und Rationalität (des Einzelnen), Beziehung und Interaktion (mit Anderen) sowie Ordnung und System (des Ganzen)) in entsprechende Teilkompetenzen werden anschließend Regelstandards für die einzelnen Abschlüsse formuliert. Die Unterteilung der Teilkompetenzen erfolgt entlang der drei Kompetenzkategorien analysieren, bewerten und gestalten.

Übersicht 1: Kompetenzen ökonomischer Bildung im Gemeinschaftsgutachten	
Kompetenzbereich	Teilkompetenzen
A Entscheidung und Rationalität	A1 Situationen analysieren A2 Handlungsalternativen bewerten A3 Handlungsmöglichkeiten gestalten
B Beziehung und Interaktion	B1 Interessenkonstellationen analysieren B2 Kooperationen analysieren, bewerten und gestalten B3 Beziehungsgefüge analysieren
C Ordnung und System	C1 Märkte analysieren C2 Wirtschaftssysteme und Ordnungen analysieren C3 Politik ökonomisch beurteilen und gestalten

Quelle: Retzmann u.a. 2010, 19.

Die Teilkompetenzen werden in einem nächsten Schritt auf einer allgemeinen Ebene weiter spezifiziert, wonach eine weitere Konkretisierung nach der jeweiligen Schulform erfolgt. Dies sei beispielhaft an Kompetenzbereich A "Entscheidung und Ordnung" kurz aufgezeigt (vgl. die folgende Übersicht).

Übersicht 2: Spezifizierung der Teilkompetenzen im Gemeinschaftsgutachten	
Kompetenzbereich	Kompetenzanforderungen
A 1 Situationen analysieren	Die Schülerinnen und Schüler identifizieren situationsspezifisch die Ziele wirtschaftlich Handelnder (Personen und Organisationen) und ermitteln deren Handlungsalternativen. Sie analysieren die Faktoren, die den Handlungsspielraum beschränken (Restriktionen).
A 2 Handlungsalternativen bewerten	Die Schülerinnen und Schüler antizipieren die Folgen alternativer Handlungen und berücksichtigen dabei auch die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens. Sie bewerten die (objektiven) Folgen anhand subjektiver Wertmaßstäbe (Präferenzen) und wählen die – unter den gegebenen Bedingungen – beste Handlungsalternative aus.
A 3 Handlungsmöglichkeiten gestalten	Die Schülerinnen und Schüler analysieren die Veränderbarkeit von Handlungsrestriktionen und die Erweiterbarkeit der eigenen Handlungsspielräume und Entscheidungsfähigkeit.

Quelle: Retzmann u.a. 2010, 20.

⁵ Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Näherung an die Sicht der Arbeitgeber durch die Aussagen seitens der Arbeitgeberverbände handelt. Inwieweit die Aussagen der Verbände als repräsentativ für die jeweils vertretenen Betriebe gelten können, kann nur durch eine repräsentative Betriebsbefragung geklärt werden, die im Rahmen dieser Kurzstudie nicht vorgesehen war.

Für Schulabgängerinnen und -abgänger der Hauptschule werden auf Grundlage von Übersicht 2 daraufhin folgende konkreten Lernziele abgeleitet:

Übersicht 3: Erwartete Kompetenzen von Schulabgängern einer Hauptschule	
Kompetenzbereich	Kompetenzanforderungen
A 1 Situationen analysieren	Die Schülerinnen und Schüler ... A 1.1 ermitteln die Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen in exemplarischen Entscheidungssituationen von Verbrauchern und Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Unternehmer), A 1.2 analysieren die schulischen und beruflichen Bildungswege nach der Sekundarstufe I (z. B. im Hinblick auf Voraussetzungen, Anforderungen, Kosten), A 1.3 beschreiben die Determinanten und wirtschaftlichen Folgen unterschiedlicher Lebenslagen sowie die damit verbundenen individuellen Handlungsmöglichkeiten und -grenzen.
A 2 Handlungsalternativen bewerten	Die Schülerinnen und Schüler ... A 2.1 ermitteln die einzelwirtschaftlichen Folgen von Handlungsalternativen unter Zugrundelegung einfacher Schemata (z. B. Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, Kostenvergleichsrechnung), A 2.2 beurteilen das Ergebnis einzelwirtschaftlicher Handlungen in verschiedenen Bereichen anhand einfacher ökonomischer Kriterien, Regeln und Größen (z. B. Risiko, Kosten, Gewinn), A 2.3 lösen gut strukturierte Entscheidungsprobleme unter Anwendung des ökonomischen Prinzips (z. B. Kostenminimierung, Erlösmaximierung).
A 3 Handlungsmöglichkeiten gestalten	Die Schülerinnen und Schüler ... A 3.1 nutzen Medien und Institutionen zur Gewinnung, Verarbeitung und Bewertung entscheidungsrelevanter Informationen (z. B. über Produkte, Berufe, Anbieter und Märkte), A 3.2 entwerfen Handlungspläne für die zielgerichtete Umsetzung ökonomisch begründeter Entscheidungen und passen diese an sich verändernde Bedingungen an, A 3.3 identifizieren und prüfen Möglichkeiten zur Erweiterung von Handlungsspielräumen (z. B. in finanzieller und beruflicher Hinsicht).

Quelle: Retzmann u.a. 2010, 28f.

Für die weiteren Schulformen erfolgen darüber hinaus Anpassungen der Kompetenzanforderungen sowohl bezüglich des Inhalts als auch des Umfangs des zu vermittelnden Stoffs. Eine Sammlung von Aufgabenbeispielen mit Erläuterungen, welche Leistungen von den Schülern und Schülerinnen erwartet werden (Erwartungshorizont), rundet die Bildungsstandards für ökonomische Bildung ab.

3. Ökonomische Bildung an hessischen allgemeinbildenden Schulen

Ökonomische Bildung soll Schülerinnen und Schüler auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben vorbereiten. In der neueren Diskussion über Bildungsstandards (vgl. für Hessen: Hessisches Kultusministerium 2010) stehen dabei nicht mehr (nur) Inhalte, sondern auch die Vermittlung von Kompetenzen im Vordergrund. Eine Konkretisierung dieser Kompetenzen erfolgt mittels eines Lebensweltkonzepts mit im Wesentlichen drei Rollen der Schüler und Schülerinnen in späteren Lebenssituationen der Wirtschafts- und Arbeitswelt: Verbraucher, Erwerbstätiger und Wirtschaftsbürger (vgl. Retzmann 2010, 14f.).

In dieser Kurzstudie liegt der Fokus auf der Arbeitgeberperspektive. Unternehmen stellen sowohl für Beschäftigungs- und Arbeitsmarktchancen der Jugendlichen als auch für deren Einkommens- und Konsumbereich einen zentralen Fokus dar und bilden somit einen wichtigen Bezugspunkt für die Vermittlung ökonomischer Bildung der Schüler und Schülerinnen.

In diesem Kapitel untersuchen wir daher, welche ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen die Arbeitgeber von den Schulabsolventinnen und -absolventen erwarten. Ergänzend wird in einer Annäherung eruiert, welche ökonomische Bildung die Schulabsolventinnen und -absolventen in Hessen tatsächlich aus Arbeitbersicht haben.⁶

Die Beantwortung der erkenntnisleitenden Fragen erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Zuerst erfolgt eine Synopse der Lehrpläne und Bildungsstandards der beiden einschlägigen Fächer für die ökonomische Bildung in Hessen: Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre für die drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Lehrplaninhalten, da Kompetenzen in den Lehrplänen bisher eher ergänzenden Charakter hatten bzw. Bildungsstandards erst eingeführt werden (sollen).

Der Wirtschaftsbezug der ökonomischen Bildung an hessischen Schulen wird im zweiten Schritt hergestellt. Der Schwerpunkt liegt hier auf der „Angebotsseite“ der Vermittlung. Wir „messen“ die ökonomischen Inhalte und Kompetenzen an den Schulen in Hessen an dem Gutachten für den Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft, da in diesem Gutachten die Vorstellungen der Arbeitgeberverbände und Kammern dokumentiert sind: „Im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses wurden die vorliegenden beiden Gutach-

⁶ Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden sei kurz darauf hingewiesen, dass es bei dieser Lehrplan- und Kompetenzanalyse nicht darum geht, ökonomische Bildung auf die Arbeitgeberperspektive zu reduzieren. Natürlich umfasst ökonomische Allgemeinbildung auch weitere Perspektiven (s. z.B. die genannten Lebensweltbereiche). Aber eine dieser Perspektiven bezieht sich auf Unternehmen als ein späterer Lebensweltbereich für die Schülerinnen und Schüler, wie kritisch das man auch immer sehen mag (vgl. z.B. Hedtke u.a. 2010).

ten zur ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen verfasst.“ (Henzler, Vorwort zu Retzmann u.a. 2010).

Im ersten Teil dieses Gutachtens werden von den Autoren Anforderungen an die ökonomische Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen formuliert, die (auch) den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände entsprechen. Diese Anforderungen umfassen entsprechend der neueren Diskussion Bildungsstandards für Kompetenzbereiche, sie enthalten aber auch relativ detaillierte Inhalte.

Für die drei Schulformen werden die in dem Gutachten enthaltenen ökonomischen Inhalte und ökonomischen Kompetenzen zu einer Synopse komprimiert. Diese Synopse dient in dieser Kurzstudie als „Norm“ der Arbeitgeberverbände für eine ökonomische Allgemeinbildung auch in Hessen. An dieser Norm messen wir die ökonomische Bildung an den hessischen Schulen. Durch diesen Vergleich lassen sich mögliche Unterschiede und mögliche Defizite feststellen, die aus Sicht der Arbeitgeberverbände bestehen.

Mit diesem Vergleich können zwar Aussagen darüber gemacht werden, inwieweit das Angebot an ökonomischer Bildung in Hessen den Vorstellungen der Arbeitgeberseite entspricht. Es lassen sich aber keine Aussagen darüber machen, welche Kenntnisse und Kompetenzen die Schulabsolventinnen und –absolventen tatsächlich haben. Es lassen sich auch keine fundierten Aussagen machen, ob diese Norm der Arbeitgeberverbände und Kammern hinsichtlich Inhalten und Kompetenzen auch den Forderungen und Erwartungen der Betriebe entsprechen. In einer ersten Annäherung haben wir durch qualitative Interviews mit Vertretern und Vertreterinnen hessischer Kammern und Arbeitgeber- und Branchenverbände sowie mit Ausbildern und Ausbilderinnen im Referendariat für Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre versucht, einige Aspekte der „Nachfrageseite“ der ökonomischen Bildung einzubeziehen. In diesen leitfadengestützten Interviews wurde nach den tatsächlichen Kenntnissen und Kompetenzen der Schulabsolventen und Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in Ökonomie gefragt. Die Befragung der hessischen Arbeitgeberverbände bezog sich auch auf die betriebliche Perspektive, d.h. darauf, wie die Betriebe die tatsächliche ökonomische Bildung der Schüler und Schülerinnen beurteilen und welche Erwartungen sie diesbezüglich haben.⁷

⁷ Einbezogen wurden Bildungsexperten der VhU, das Bildungswerk der hessischen Wirtschaft, Vertreter der (hessischen) IHKn und der Handwerkskammern sowie von vier Branchenverbänden (Bankenverband Hessen e.V., Handelsverband Deutschland (HDE), Speditions- und Logistikverband Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. (SLV), HessenChemie). Die Befragung der Arbeitgebervertreter bezieht sich auf die ökonomische Bildung von Schülerinnen und Schülern aus Haupt- und Realschulen und Gymnasien.

3.1 Ökonomie in den Lehrplänen in Hessen im Vergleich

Wir beginnen mit einer kurzen Einordnung der ökonomischen Bildung in Hessen. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, dass lediglich in wenigen Bundesländern ein eigenes Schwerpunktfach "Wirtschaft" existiert; in den meisten Bundesländern werden ökonomische Themen in Verbundfächern oder nur in Fächern ohne wirtschaftlichen Schwerpunkt behandelt⁸:

Übersicht 4: Ökonomie in Lehrplänen in Deutschland im Vergleich			
Bundesland	Schwerpunktfach Wirtschaft	Verbundfach mit wirtsch. Schwerpunkt	Fach ohne wirtsch. Schwerpunkt
Baden-Württemberg	GSII (WP)	HS, RS, GSI + II	-
Bayern	RS,GSI + II*	HS	-
Berlin	RS (WP), GSI (WP), GSII	HS,RS	-
Brandenburg	GSII (WP)	HS,RS,GSI	-
Bremen	GSII (WP)	HS,RS,GSI	-
Hamburg	GSII(WP)	HS,RS,GSI	-
Hessen	-	HS,RS,GSI + II	-
Meckl.-Vorpommern	GSII (WP)	HS,RS,GSII	GSI
Niedersachsen	HS,RS	GSI + II	-
Nordrhein-Westfalen	-	HS, GSI + II	RS (WP)
Rheinland-Pfalz	-	HS (WP),RS (WP)	GSI + II
Saarland	GSI + II (WP)	RS	GSI
Sachsen	-	HS,RS, GSI + II	-
Sachsen-Anhalt	HS**,RS**	GSI + II	HS,RS
Schleswig-Holstein	-	HS,RS,GSI + II	-
Thüringen	HS,RS, GSI, GSII (WP)	-	-

*Bemerkung: HS= Hauptschulen, RS= Realschulen, GSI= Gymnasien Sekundarstufe I, GSII= Gymnasien Sekundarstufe II, WP=Wahlpflichtbereich, *bei G8 in Sek II als WP, **seit 2010 in Erprobung; Quelle: Klein/ Schare 2011, 10ff, eigene Darstellung.*

In Hessen erfolgt eine ökonomische Bildung vor allem in den beiden Fächern Arbeitslehre und Politik und Wirtschaft. Arbeitslehre wird in der Sekundarstufe I in den Haupt- und Realschulen unterrichtet; in beiden Schulformen finden sich ergänzend in Sozialkunde einige ökonomische Inhalte. In den Gymnasien werden ökonomische Kenntnisse und Kompetenzen in dem Gemeinschaftsfach Politik und Wirtschaft in der Sekundarstufe I und II vermittelt.

⁸ Vgl. Klein 2011, 10 ff, vgl. ausführlich Anhang A.

Aus den Lehrplänen für Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre für Hauptschulen, Realschulen sowie Gymnasien wurde eine Gesamtsynopse der ökonomischen Themen und Inhalte erstellt, die an den hessischen allgemein bildenden Schulen im Unterricht insgesamt behandelt werden (sollen). Diese Zusammenstellung erfolgte soweit wie möglich nach dem Rollenkonzept in der ökonomischen Bildung. Wir geben hier einen komprimierten Überblick, eine ausführlichere Darstellung findet sich im Anhang (vgl. Anhang C). Wir haben den Ökonomiebegriff breit gefasst, also auch wirtschaftliche Themen berücksichtigt, die eher den Sozialwissenschaften zugeordnet werden können.

Aus dem Gemeinschaftsgutachten wurden ebenfalls die ökonomischen Themen und Inhalte herausgefiltert, die für die drei Schulformen vorgeschlagen werden. Allerdings unterliegt diese inhaltliche Synopse insofern einer Einschränkung, als entsprechend der neueren Kompetenz- und Bildungsstandarddiskussion diese ökonomischen Inhalte und Themen aus den Kompetenzen und Standards des Gemeinschaftsgutachtens eruiert wurden.⁹

Durch den Vergleich der ökonomischen Inhalte in den hessischen Lehrplänen mit dem Gutachten für die gewerbliche Wirtschaft lässt sich näherungsweise eruieren, inwieweit die ökonomische Bildung an den Schulen in Hessen den Erwartungen und Vorstellungen der Arbeitgeberverbände entspricht.

Wir beginnen mit einem Vergleich für die drei Schulformen. Ergänzend werden wir dazu anschließend einige erste Eindrücke wiedergegeben, die aus Interviews und Befragungen von Verbänden und Kammern sowie einigen Betrieben gewonnen wurden.

Aus inhaltlichen und Übersichtsgründen referieren wir im Folgenden die ökonomischen Inhalte und Themen getrennt für die drei Schulformen und vergleichen sie jeweils mit den Erwartungen der Verbände der gewerblichen Wirtschaft.

⁹ Wir verweisen zu einem inhaltlichen Vergleich auf das Kerncurriculum einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Verbänden, DGB und KMK von 2003 (vgl. Gemeinsame Arbeitsgruppe 2003, 5f.).

Hauptschulen

Entsprechend der Zielsetzung des Faches Arbeitslehre in der Sekundarstufe I dominieren in den Lehrplänen die einzelwirtschaftlichen Themenfelder, die die Schüler und Schülerinnen auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt vorbereiten sollen: Betrieb, Arbeitnehmer, Konsument. Eher gesamtwirtschaftliche Themen enthält der Themenkomplex Markt. Makroökonomische Themen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Insgesamt vermittelt diese Synopse, dass, berücksichtigt man den ausführlicheren Überblick im Anhang (vgl. Anhang B und C), in den Haupt- und Realschulen in Hessen ökonomische Themen in den Lehrplänen relativ umfangreich enthalten sind, wobei die Themen teilweise einen unterschiedlichen Schwerpunkt bzw. Umfang haben.

Im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten zeigt sich, dass die darin formulierten ökonomischen Themen und Inhalte weitgehend auch in den hessischen Lehrplänen enthalten sind. Sowohl die einzelwirtschaftliche Schwerpunktbildung als auch der Umfang der Behandlung der jeweiligen Inhalte entsprechen sich weitgehend. So werden z.B. die Themen Produktion und Kosten sowohl in den Lehrplänen als auch im Gutachten relativ umfangreich behandelt bzw. gefordert. Wo Unterschiede bestehen - in einigen Aspekten enthalten die Lehrpläne mehr Themen, in einigen das Gutachten - sollten diese nicht überbewertet werden, da hier nur die explizit genannten Inhalte in der Synopse und im Gemeinschaftsgutachten enthalten sind; implizit dürften die jeweils in beiden Bereichen nicht aufgeführten Themen weitgehend ebenfalls enthalten sein. Ob die einzelnen Themen und Begriffe für die Themenkomplexe adäquat für eine ökonomische Bildung sind und in entsprechenden Zusammenhängen erfolgreich vermittelt werden, ist nicht Gegenstand dieser Studie.

Es lässt sich festhalten, dass es zwar einige Unterschiede und Diskrepanzen hinsichtlich der ökonomischen Themen gibt, aber insgesamt enthalten die Lehrpläne für die Hauptschule in Hessen auch aus der Perspektive der Arbeitgeberverbände ökonomische Inhalte und Themen in weitgehend adäquater Weise.

In der folgenden Übersicht ist jeweils für das Gemeinschaftsgutachten, wie auch die Lehrpläne aufgeführt, wie häufig die einzelnen Themen auftauchen. Ausführlichere Übersichten, in denen auch bezeichnet ist, in welcher Klassenstufe die Themen Gegenstand des Unterrichts sind, finden sich im Anhang (vgl. Anhang C).

Übersicht 5: Ökonomische Themen in den Hauptschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten¹⁰

		Gutachten	Lehrplan
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle		
	Budget	■ ■ ■ ■	■ ■ ■
	Kostenbegriff	■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■
	Finanzierung	■	■ ■
	Verbraucherschutz	■	■
	Preis-Leistungs-Verhältnis	■ ■ ■	
	Sparen		
Themenkomplex 2	Betrieb	■	■
	Betriebsgründung		■
	Produktion	■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■
	Kostenkalkulation	■ ■ ■	■ ■ ■ ■
	Absatz	■	■ ■ ■ ■ ■ ■
	Wettbewerb		●
	Absatzstrategien		
	Buchführung		■
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle		
	Innerbetrieblich	■	
	Arbeitssituation	■	■ ■ ■ ■
	Rechte und Pflichten	■ ■ ■	■
	Mitbestimmung	■ ■	■ ■
	Überbetrieblich		
	Arbeitslosigkeit	■ ■	●
	Zeitarbeit		
	Berufswahl	■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■
	Einkommen	■ ■ ■	■
	Qualifikation	■ ■ ■	
	Armut		
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt	■	■ ●
	Güterkreislauf	■ ■	■ ■ ● ●
	Regionaler Wirtschaftsraum	■ ■	■ ■ ●
	Wirtschaftsstruktur	■ ■	■ ● ●
	Soziale Sicherung	■ ■ ■	● ●
	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	■	
	Bedeutung von Arbeit		
	Preisbildung und - lenkung	■	
	Marktkonzentration	■	
Themenkomplex 5	Makroökonomie		
	Internationale Wirtschaftsbeziehungen		
	Entwicklungsländer		
	Wirtschafts- und Währungsunion		
	Infrastruktur		●
	Wirtschaftswachstum		
	Waren- und Geldkreislauf	■	●
	Staatsverschuldung		
	Stabilität		
	Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft	■	●

Legende: ■ – Arbeitslehre, ● – Sozialkunde

Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Auswertung waren die Lehrpläne für Sozialkunde nach Auskunft der Experten noch in Ergänzung der „neuen“ Lehrpläne für Politik und Wirtschaft im Umlauf. Beim Erstellen dieses Berichtes, sind die Lehrpläne nicht mehr auf der Homepage des Kultusministeriums abzurufen.

Quelle: Hessische Lehrpläne in Arbeitslehre und Gemeinschaftsgutachten, eigene Darstellung.

¹⁰ Diese Übersicht zeigt, wie häufig die einzelnen ökonomischen Themen im Gutachten und im Vergleich dazu in den hessischen Lehrplänen genannt werden.

Realschulen

In den Realschulen werden weitgehend dieselben ökonomischen Themen und Inhalte unterrichtet wie in Hauptschulen. Einen etwas größeren Stellenwert nehmen gesamtwirtschaftliche Themen ein.

Im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten gilt die bereits für die Hauptschulen gemachte Feststellung, dass die ökonomischen Inhalte *cum grano salis* auch in den Lehrplänen für Realschulen in Hessen weitgehend denen im Gemeinschaftsgutachten entsprechen, auch hinsichtlich des Umfangs der Vermittlung.

Übersicht 6: Ökonomische Themen in den Realschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten¹¹

		Gutachten	Lehrplan
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle		
	Budget		■ ■ ■
	Kostenbegriff	■ ■ ■ ■	■ ■ ■
	Finanzierung		■
	Verbraucherschutz		■
	Preis-Leistungs-Verhältnis	■ ■ ■ ■	■ ■
Sparen	■ ■		
Themenkomplex 2	Betrieb	■	■ ●
	Betriebsgründung	■ ■	■ ■ ■
	Produktion	■ ■ ■	■ ■ ■
	Kostenkalkulation	■ ■ ■ ■	■ ■
	Absatz	■	■ ■ ■ ■
	Wettbewerb	■	■
	Absatzstrategien		
Buchführung			
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle	■	■ ■
	Innerbetrieblich	■	
	Arbeitssituation	■ ■ ■	
	Rechte und Pflichten	■ ■ ■	
	Mitbestimmung	■ ■ ■	■ ●
	Überbetrieblich		
	Arbeitslosigkeit	■	■ ■ ■
	Zeitarbeit		■
	Berufswahl	■ ■	■ ■ ■
	Einkommen	■ ■ ■ ■	■
	Qualifikation		
Armut		●	
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt		●
	Güterkreislauf	■ ■ ■ ■	● ● ●
	Regionaler Wirtschaftsraum	■ ■ ■ ■	■ ● ● ●
	Wirtschaftsstruktur	■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ● ●
	Soziale Sicherung	■	■ ■ ●
	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	■	●
	Bedeutung von Arbeit		■
	Preisbildung und - lenkung	■	
Marktkonzentration	■	■	
Themenkomplex 5	Makroökonomie		
	Internationale Wirtschaftsbeziehungen		● ●
	Entwicklungsländer		●
	Wirtschafts- und Währungsunion	■	●
	Infrastruktur		■
	Wirtschaftswachstum		
	Waren- und Geldkreislauf	■	● ●
	Staatsverschuldung		
	Stabilität		
Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft	■	●	

Legende: ■ – Arbeitslehre, ● – Sozialkunde

Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Auswertung waren die Lehrpläne für Sozialkunde nach Auskunft der Experten noch in Ergänzung der „neuen“ Lehrpläne für Politik und Wirtschaft in Umlauf. Beim Erstellen dieses Berichtes, sind die Lehrpläne nicht mehr auf der Homepage des Kultusministeriums abzurufen.

Quelle: Hessische Lehrpläne in Arbeitslehre und Gemeinschaftsgutachten, eigene Darstellung.

¹¹ Diese Übersicht zeigt, wie häufig die einzelnen ökonomischen Themen im Gutachten und im Vergleich dazu in den hessischen Lehrplänen genannt werden.

Gymnasien

Für die Gymnasien lässt sich aus der Synopse für den Lehrplan konstatieren, dass einzelwirtschaftliche Themen einen geringeren Stellenwert haben als in den Haupt- und Realschulen, während gesamtwirtschaftlichen Inhalten eine größere Bedeutung zukommt. Diese Unterschiede entsprechen aber den Lernzielen vor allem für die Sekundarstufe II an den Gymnasien.

Der Vergleich mit dem Gemeinschaftsgutachten als Näherungsnorm für die Erwartungen der Arbeitgeberverbände und Kammern ergibt ein ähnliches Ergebnis wie bei den Haupt- und Realschulen: Auch hier bestehen mehr Übereinstimmungen als Unterschiede zwischen den beiden Kategorisierungen der ökonomischen Bildung. Auch bei der Schwerpunktsetzung zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Themen entsprechen sich beide weitgehend. In den Lehrplänen erscheinen sogar etwas mehr ökonomische Inhalte als im Gemeinschaftsgutachten; allerdings sollte man hier aus dem bereits genannten Grund – die Inhalte im Gemeinschaftsgutachten wurden aus Kompetenzen/Standards eruiert – vorsichtig hinsichtlich einer solchen Folgerung sein. Implizit dürften im Vergleich zu den Lehrplänen fehlende ökonomische Themen auch im Gemeinschaftsgutachten enthalten sein, aber gerade im Hinblick auf Gymnasien aufgrund des hohen Abstraktionsgrads der Ausformulierung der geforderten Kompetenzen nicht explizit genannt werden.

Übersicht 7: Ökonomische Themen in den Gymnasien in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten¹²

		Gutachten	Lehrplan
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle		
	Budget		■
	Kostenbegriff	■	
	Finanzierung		
	Verbraucherschutz		
	Preis-Leistungs-Verhältnis	■	■
	Sparen		■
Themenkomplex 2	Betrieb	■ ■	
	Betriebsgründung	■ ■	• •
	Produktion		
	Kostenkalkulation	■	
	Absatz		■ •
	Wettbewerb		•
	Absatzstrategien		
	Buchführung		
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle	■	■
	Innerbetrieblich	■	
	Arbeitssituation	■	■ ■
	Rechte und Pflichten	■ ■ ■	■ ■
	Mitbestimmung	■ ■ ■	■ •
	Überbetrieblich	■	
	Arbeitslosigkeit		
	Zeitarbeit		
	Berufswahl	■	■
	Einkommen		■ ■
	Qualifikation		■ ■ ■
	Armut		■
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt		•
	Güterkreislauf	■ ■ ■ ■	■ ■ • •
	Regionaler Wirtschaftsraum	■ ■	■ • • •
	Wirtschaftsstruktur	■ ■ ■ ■ ■ ■	■ • •
	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	■ ■	■ •
	Bedeutung von Arbeit		■
	Preisbildung und - lenkung	■	• •
	Marktkonzentration	■	•
Themenkomplex 5	Makroökonomie		
	Internationale Wirtschaftsbeziehungen		■ • • •
	Entwicklungsländer		■ • •
	Wirtschafts- und Währungsunion		■ •
	Infrastruktur	■ ■ ■	
	Wirtschaftswachstum		•
	Waren- und Geldkreislauf	■	• •
	Staatsverschuldung	■	• •
	Stabilität		•
Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft	■	■ ■ • • •	

Legende: ■ – Sek I, • – Sek II

Quelle: Hessische Lehrpläne für Politik und Wirtschaft und „Gemeinschaftsgutachten“, eigene Darstellung.

¹² Diese Übersicht zeigt, wie häufig die einzelnen ökonomischen Themen im Gutachten und im Vergleich dazu in den hessischen Lehrplänen genannt werden.

Insgesamt lässt sich aus dem Vergleich von Lehrplänen und Gemeinschaftsgutachten festhalten, dass die ökonomische Bildung in Hessen weitgehend den Erwartungen der Arbeitgeberverbände und Kammern entspricht. Diese Feststellung gilt für alle drei Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens in Hessen.

3.2 Ökonomieunterricht aus Sicht hessischer Arbeitgeberverbände

Der zweite Schwerpunkt der Analyse der ökonomischen Bildung an den allgemein bildenden Schulen in Hessen bezog sich auf die Arbeitgeberseite in Hessen. Ergänzend zur „Angebotsseite“ des Ökonomieunterrichts und dem Vergleich mit den im Gemeinschaftsgutachten formulierten Erwartungen erfolgten qualitative Interviews mit Vertretern und Vertreterinnen der hessischen Arbeitgeberverbände und Kammern unter zwei Fragestellungen: Zum einen mit Blick auf die Frage nach den tatsächlichen ökonomischen Kenntnissen und Kompetenzen der hessischen Schulabsolventinnen und -absolventen; zum anderen auf die Erwartungen und Anforderungen an ökonomischer Bildung aus Arbeitgebersicht.

Zur Beantwortung dieser erkenntnisleitenden Fragen wurden verschiedene Methoden angewandt. Im Mittelpunkt standen Befragungen und Interviews mit den genannten hessischen Arbeitgeberverbänden und Kammern. Diese erfolgten in einem zweistufigen Verfahren. Aus der Synopse der Lehrpläne wurde ein Fragebogen über tatsächliche und erwartete ökonomische Kenntnisse der hessischen Schulabsolventinnen und -absolventen erstellt und den Interviewpartnern in den Verbänden und Kammern zur Beantwortung zugesandt.

Die qualitative Befragung der Vertreter der Arbeitgeberverbände und Kammern war eine gute Ergänzung des quantitativen Vergleichs der Lehrpläne mit insgesamt weitgehender Bestätigung und teilweisen Ergänzung der Ergebnisse dieses Vergleichs. Für die betriebliche Perspektive der erwarteten ökonomischen Kenntnisse konnten allerdings nur eher allgemeine Aussagen gemacht werden, detaillierte Aussagen über die Erwartungen und Anforderungen der Betriebe waren leider nicht möglich. Es ergab sich aus den Interviews aber die Möglichkeit, den Fragebogen an einige Ausbildungsverantwortliche in Betrieben zu schicken¹³ sowie einige Personalverantwortliche zu befragen. Die Antworten aus diesen Befragungen liefern, das sei nochmals ausdrücklich betont, nur erste Anhaltspunkte über die ökonomischen Kenntnisse hessischer Schulabsolventinnen und -absolventen; sie sind keinesfalls repräsentativ und daher nur als ein erster Anhaltspunkt zu verwenden.

¹³ Dafür möchten wir uns nochmals ausdrücklich bei der VhU Hessen bedanken.

Ergänzend zur Befragung der Arbeitgeberseite haben wir zum einen den Fragebogen zur Beantwortung über die VhU an einige Lehrer und Lehrerinnen aus dem Arbeitskreis Schule-Wirtschaft weiterreichen können. Außerdem wurden Ausbilderinnen und Ausbilder für das Referendariat in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre in Hessen sowie Vertreter aus dem hessischen Kultusministerium ergänzend zur Situation der ökonomischen Bildung an den hessischen Schulen interviewt.

Hessische Arbeitgeberverbände und Kammern

Die Fragestellungen an die Vertreter der hessischen Arbeitgeberverbände und Kammern (Bankenverband, Einzelhandelsverband, Speditions- und Logistikverband Hessen und Rheinland-Pfalz, IHK, HWK, VhU) richteten sich auf die tatsächlichen Ökonomiekenntnisse der Schulabgängerinnen und -abgänger der verschiedenen Schulformen und die erwarteten ökonomischen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Aus den im Rahmen des Projektes geführten leitfadengestützten persönlichen Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeberverbände und Kammern lassen sich vier Thesen in Bezug auf die Fragestellungen formulieren, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden.

- ***Die ökonomischen Kenntnisse und Fähigkeiten der Schulabgängerinnen und -abgänger sind insgesamt auf einem zu geringen Niveau***

Alle interviewten Vertreterinnen und Vertreter der Branchenverbände waren ausnahmslos der Meinung, dass die Schulabgängerinnen und -abgänger über zu geringe Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der ökonomischen Bildung verfügen, um in der jeweiligen Branche dauerhaft erfolgreich arbeiten zu können. Deshalb unterstützen alle Interviewpartner die Forderung des Gemeinschaftsgutachtens für eine bessere ökonomische Bildung in den Schulen.

Dieses Gutachten besitzt für alle Schulformen Gültigkeit: Während bei Absolventinnen und Absolventen der Gymnasien insbesondere Defizite beim Thema Berufswahl und berufliche Möglichkeiten außerhalb der Aufnahme eines Studiums bemängelt wurden, wurden als Defizite bei den Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und Realschulen von den Expertinnen und Experten unzureichende Kenntnisse bezüglich der Erstellung adäquater Bewerbungsunterlagen sowie das ökonomische Verständnis insgesamt benannt.

Die Interviewpartner wiesen dabei mehrfach darauf hin, dass es für eine Verbesserung der gegenwärtigen defizitären Situation nicht nur einer umfangreicheren Vermittlung entsprechender ökonomischer Inhalte und Kompetenzen bedürfe, sondern vor allem ein zwischen den relevanten Unterrichtsfächern aufeinander abgestimmtes Erarbeiten ökonomischer Zusammenhänge. Aufgrund des hierzu nötigen, enormen Abstimmungsaufwands zwischen den

Lehrkräften verschiedener Fachrichtungen würden die interviewten Vertreterinnen und Vertreter der Branchenverbände eine Bündelung aller relevanten Aspekte in einem für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtenden eigenständigen Unterrichtsfach „Wirtschaft“ begrüßen.

- ***Die Erwartungen der Verbände an die ökonomischen Kenntnisse und Fähigkeiten von Schulabgängerinnen und -abgänger unterscheiden sich je nach Branche***

In jedem der geführten Expertengespräche wurden unterschiedliche inhaltliche Aspekte genannt, die nach Ansicht des oder der Interviewpartner einer besonderen Vertiefung im Rahmen der in der Schule vermittelten ökonomischen Inhalte und Kompetenzen bedürfen. So gehören aus der Sicht gründungsintensiver Branchen – wie bspw. dem Einzelhandel – Grundkenntnisse über Aspekte der Unternehmensgründung zu einer adäquaten Schülerausbildung, während diese Thematik bspw. für die Logistikbranche nicht zwingend im Rahmen der Schulausbildung vermittelt werden muss. Hier würden vielmehr bessere Kenntnisse über den internationalen Handel wie Währungsumrechnungen oder auch geographische Aspekte seitens der Schulabgänger und -abgängerinnen begrüßt. Aus Sicht des Bankgewerbes wiederum sollten makroökonomische Zusammenhänge in den schulischen Lehrplänen mehr in den Vordergrund gerückt werden.

Zugleich wies ein großer Teil der Interviewpartner darauf hin, dass es sich bei diesen Aussagen um die Ansichten des jeweiligen Verbands handle und dies nicht generell gleichzusetzen ist mit der Meinung der Mehrheit der dort organisierten Unternehmen: Die Sicht von Kammern und Verbände beinhaltet gesellschaftspolitische Interessen, die teilweise von der Sicht der Unternehmen abweichen können. Um die genauen Erwartungen der Arbeitgeber an die Schulabgängerinnen und -abgänger bezüglich ökonomischer Kenntnisse und Fähigkeiten abzubilden, wäre eine die entsprechenden Branchen repräsentativ berücksichtigende Betriebsbefragung vonnöten, so ein Verbandsvertreter.

- ***Kaum Erweiterung der Lehrpläne nötig, um Erwartungen zu erfüllen***

Trotz der beschriebenen Unterschiede werden bei den Expertengesprächen keine tiefgreifenden thematischen Erwartungen deutlich, die nicht formal in den hessischen Lehrplänen für Haupt- und Realschulen und Gymnasien abgedeckt wären.

Vielmehr legen die Aussagen der Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgeberverbände den Schluss nahe, dass die in den hessischen Lehrplänen vorgegebenen Inhalte nicht adäquat vermittelt werden. Mehrfach wurde von den Interviewpartnern darauf hingewiesen, dass die im Rahmen des Gemeinschaftsgutachtens formulierten Forderungen an die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler im Bereich der ökonomischen Bildung eine Art „Idealvorstellung“ seien, eine erfolgreiche Ausbildung und Beschäftigung jedoch durchaus auch dann

möglich sei, wenn die im Rahmen der Lehrpläne formulierten Kenntnisse und Kompetenzen tatsächlich vorhanden wären. Dies ist nach Aussage der Expertinnen und Experten bei einem großen Teil der Schulabgänger jedoch nicht der Fall.

Die durch die Expertinnen und Experten benannten Defizite seitens der Schulabgänger liegen häufig bereits in grundlegenden ökonomischen Bereichen wie dem Verständnis, was ein Unternehmen ist und welchen Zweck es erfüllt oder bezüglich der Rollen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers innerhalb eines Unternehmens. Wie die Lehrplananalyse zeigt, sind dies alles Themen, die in den Lehrplänen aller drei Schulformen verankert sind.

- ***Vermittlung der festgeschriebenen Inhalte muss deutlich verbessert werden***

Im Rahmen der Gespräche mit den Expertinnen und Experten wurden auch deren Erfahrungen und Kenntnisse über die Situation der Vermittlung ökonomischer Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen der Schulausbildung erfragt: Schließlich unterstützen Verbände und Kammern Schulen oder kooperieren mit diesen im Rahmen öffentlich geförderter Projekte (bspw. die „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen“ (OloV)).

Die Erfahrungen der Interviewpartner zeigen, dass die bezüglich einer ökonomischen Grundausbildung relevanten Fächer (Arbeitslehre bzw. Politik und Wirtschaft) sehr häufig fachfremd unterrichtet werden. Hierdurch erfährt der Lehrplan eine andere Akzentuierung, deren Ausprägung von den Fächern abhängt, für die die Lehrkraft ursprünglich ausgebildet wurde.

Ein entsprechendes Gegensteuern seitens der Schulleitungen erfolgt aus verschiedenen Gründen in nur unzureichendem Maß: Zum einen erscheint der ökonomische Bereich aus Sicht der Interviewpartner - als Folge des Fehlens eines eigenen Wirtschaftsfachs in Hessen - nicht ausreichend geeignet, um das Profil der Schulen zu schärfen. Zum anderen könnte, so die Aussagen, eine flächendeckende Abdeckung des Unterrichts mit adäquat ausgebildeten Lehrkräften nur durch "Zuwanderung" von Lehrkräften aus anderen Bundesländern bewerkstelligt werden, was erhebliche administrative Anstrengungen mit sich bringt und deshalb offenbar häufig gescheut wird.

Die fehlende Ausrichtung auf wirtschaftliche Themen bewirkt nach Ansicht der Interviewpartner schließlich, dass seitens der Verbände, Kammern und anderer Akteure angebotene Unterstützungsaktivitäten nur in unzureichendem Maß in Anspruch genommen werden. Solche Unterstützungsangebote, die bspw. durch Konzepte zur Etablierung eines Schülerkiosks oder die Durchführung eines Unternehmensplanspiels die ökonomischen Praxiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler wesentlich verbessern könnten, sind zahlreich vorhanden.

Betriebsvertreter

Zusätzlich wurden einige Ausbildungsleiter und -leiterinnen in verschiedenen Betrieben anhand des auf der Basis der Lehrpläne entwickelten Fragebogens nach den ökonomischen Kenntnissen und Kompetenzen der Auszubildenden nach dem jeweiligen Schulabschluss gefragt. Die folgende Zusammenfassung der Befragungsergebnisse verdeutlicht, dass die Einschätzungen der Befragten über die ökonomischen Kenntnisse in der Grundtendenz doch recht gut übereinstimmen (vgl. ausführlich Anhang D und E).

Haupt- und Realschulen

- Bei den Haupt- und Realschulen haben aus Sicht der Ausbildungsleiter und -leiterinnen die Schüler und Schülerinnen nach ihrem Schulabschluss und bei Beginn der Ausbildung in keinem der aufgeführten Items ausreichende Kenntnisse.
- Gesamtwirtschaftliche Kenntnisse scheinen ebenfalls nicht vorhanden zu sein, wenn man das „nicht Ankreuzen“ so interpretiert.
- Auf einzelwirtschaftlicher Ebene sind nach Einschätzung einiger Betriebsvertreter Grundkenntnisse vorhanden, z.B. beim Preisvergleich. Es bestehen aber teilweise Unterschiede bei den einzelnen Themen; so geben z.B. relativ viele Betriebe an, dass die Auszubildenden Grundkenntnisse über das Thema "Berufswahl" haben - einem Schwerpunkt im Fach Arbeitslehre; beim Item Produktentwicklung sind dagegen nach Angaben der befragten Betriebe keine Kenntnisse vorhanden.
- Etwa die Hälfte der Betriebe hat angegeben, wenn auch bei den Inhalten etwas differierend, dass die Auszubildenden nach ihrem Schulabschluss insgesamt keine ökonomischen Kenntnisse haben.

Erwähnenswert ist noch, dass die Betriebe offensichtlich die Fragen recht differenziert beantworten konnten.

Gymnasien

- Im Unterschied zu den Haupt- und Realschulen geben einige Betriebe an, dass bzgl. bestimmter ökonomischer Themen bei den Schulabgängern ausreichende ökonomische Kenntnisse bei den abgefragten Items vorhanden sind.
- Die Mehrzahl der befragten Betriebe bescheinigt den Absolventen und Absolventinnen Grundkenntnisse in Ökonomie.
- Geringer als bei den Haupt- und Realschulen ist der Anteil der Betriebe, nach deren Einschätzung Auszubildende aus den Gymnasien keine ökonomischen Kenntnisse haben.
- Auffallend ist, dass nach Einschätzung der Betriebe im Gymnasium makroökonomische Themen einen Schwerpunkt bilden, wenn dort auch überwiegend nur Grundkenntnisse vorhanden sind.

Wir haben ergänzend noch nach den ökonomischen Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen gefragt. Diese Kompetenzen wurden aus den neuen Kerncurricula in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre für Hessen entnommen. Auffallend ist hier, dass diese Kompetenzen, die erst künftig für den Unterricht gelten sollen, nach Einschätzung der befragten betrieblichen Ausbildungsleiter und -leiterinnen bereits jetzt nach dem Unterricht auf Basis der bestehenden Lehrpläne teilweise, vor allem bei den Absolventinnen und Absolventen der Gymnasien, vorhanden sind. Allerdings sei nochmals betont, dass das Sample nur 17 Betriebe umfasst und daher nur einen ersten Anhaltspunkt vermittelt.

Auch wenn aufgrund der geringen Fallzahl der befragten Betriebe keinerlei repräsentative Aussagen gemacht werden können, stützen diese Ergebnisse die aus den Interviews mit Verbänden und Kammern auf einer allgemeineren Ebene gemachten Erkenntnisse, dass Defizite bei Schulabsolventinnen und -absolventen bezüglich ökonomischer Kenntnisse und Kompetenzen bestehen: teilweise sind nur Grundkenntnisse vorhanden, teilweise gar keine Kenntnisse in Ökonomie.

Der Fragebogen konnte auch an einige Lehrerinnen und Lehrern für Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre gesendet werden. Die Ergebnisse entsprechen in der Grundtendenz denen aus der Betriebsbefragung: Ausreichende ökonomische Kompetenzen werden an den hessischen Schulen kaum vermittelt. Bei den Haupt- und Realschulen teilen sich die Antworten in „Grundkenntnisse vorhanden“ und „nicht vorhanden“ auf. Zur Makroökonomie wurden hier keine Angaben gemacht. In den Gymnasien dominiert die Antwort „Grundkenntnisse vorhanden“, auch in makroökonomischen Themen (vgl. Anhang D und E).

Zusätzlich zu den Vertretern und Vertreterinnen der aufgeführten Verbände und Kammern wurden ergänzend und selektiv Referendariats-Ausbildungsleiter und -leiterinnen in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre im Rahmen persönlicher Interviews befragt. Nach Aussage dieser Interviewpartner besteht Handlungsbedarf bezüglich des fachfremd¹⁴ durchgeführten Unterrichts in Arbeitslehre, insbesondere im Themenbereich Berufswahl – dieser Punkt wurde auch von den Vertretern und Vertreterinnen der Verbände und Kammern moniert – sowie der adäquaten didaktischen Umsetzung im Ökonomieunterricht, in Politik und Wirtschaft weniger auf inhaltlicher Ebene.

Diese Einschätzung wird von Vertretern des Kultusministeriums nicht geteilt; soweit diese darüber Kenntnis haben, wird kaum fachfremder Unterricht in den beiden Fächern erteilt.

Auch bezüglich der hierfür ausgebildeten Lehrkräfte werden Probleme bei der Umsetzung der ökonomischen Thematik im Unterricht erwähnt. Hier kommt es nach Angaben der Inter-

¹⁴ „Fachfremd“ bedeutet hier, dass der Unterricht von Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt wird, die Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre nicht als Fach studiert haben.

viewpartner darauf an, künftig die entsprechenden wirtschaftsdidaktischen Anteile am Studium zu erhöhen, damit die Studierenden in die Lage versetzt werden, die gelernten Inhalte später im Unterricht auch gut vermitteln zu können.

Ergänzend wurde in den Interviews noch die Frage nach dem Weiterbildungsbedarf von Politik und Wirtschaft- und Arbeitslehrelehrern und -lehrerinnen gestellt. Während von den Vertretern und Vertreterinnen der Verbände und Kammern hier übereinstimmend ein erheblicher Weiterbildungsbedarf bei den Lehrern und Lehrerinnen an den hessischen Schulen in Ökonomie in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre konstatiert wurde, sind die Antworten der übrigen Interviewpartner differenziert. Seitens der Vertreter des Kultusministeriums wurde ein Weiterbildungsbedarf bejaht; es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass zum einen ökonomische Weiterbildung in einem nicht unerheblichen Umfang bereits erfolgte und zum anderen eine größere Verbindlichkeit der Ökonomieausbildung für Lehramtsstudierende an den hessischen Universitäten notwendig ist. Bei den Referendariatsausbildern und -ausbilderinnen in Politik und Wirtschaft bezog sich die Notwendigkeit ökonomischer Weiterbildung vor allem auf die fachdidaktische Weiterbildung, die Umsetzung fachlicher Inhalte im Unterricht.

3.3 Ergebnisse

Für die Untersuchung der Vermittlung von ökonomischen Inhalten in den Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen waren zwei Fragen erkenntnisleitend: Wie ist der formale Stand der ökonomischen Bildung in Hessen und wie ist der Kenntnisstand der Schulabsolventen und -absolventinnen in Ökonomie aus Sicht der Wirtschaft? Die Beantwortung dieser Fragen erfolgte in einem mehrdimensionalen Verfahren.

Bezüglich der Frage nach der ökonomischen Bildung in Hessen lassen sich zwei zentrale Erkenntnisse aus der Untersuchung ableiten. Das in den Lehrplänen in den beiden Fächern enthaltene Angebot an ökonomischen Themen und Inhalten erscheint aus der Wirtschaftsperspektive, gemessen am Gemeinschaftsgutachten der gewerblichen Wirtschaft, als weitgehend angemessen. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Themen werden, mit etwas unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in den beiden Fächern, entsprechend dieser Norm adäquat behandelt. Dieses Ergebnis wird auch durch die Interviews mit den Vertretern und Vertreterinnen der Arbeitgeberverbände und Kammern weitgehend bestätigt. Insgesamt erscheinen für die Wirtschaftsverbände und Kammern die in den Lehrplänen enthaltenen ökonomischen Themen und Inhalte hinsichtlich Quantität und Qualität angemessen. Bezüglich der neuen Kompetenzen und Bildungsstandards lassen sich noch keine Aussagen machen, da diese erst in der Einführungs- und Konkretisierungsphase sind.

Die Fragen nach den tatsächlichen ökonomischen Kenntnissen der hessischen Schüler und Schülerinnen können wir im Rahmen dieser Kurzstudie nicht valide beantworten. Aus den qualitativen und quantitativen Befragungen lässt sich aber tendenziell und in einer ersten Annäherung feststellen, dass die konkrete Umsetzung der ökonomischen Themen in den Lehrplänen stark verbesserungsbedürftig ist. Nach Einschätzung der Arbeitgeberseite werden sowohl ökonomische Einzelthemen im Unterricht als auch bestimmte Zusammenhänge wie z.B. die Rolle von privatwirtschaftlichen Betrieben in einer Sozialen Marktwirtschaft unzureichend vermittelt. Diese Sichtweise wird sowohl von den befragten Lehrern und Lehrerinnen als auch, mit einer Interviewausnahme für Politik und Wirtschaft, von den übrigen Interviewpartnern überwiegend geteilt.

Als eine Ursache für dieses Defizit bei der Umsetzung der ökonomischen Inhalte und Themen an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen wurde von allen Interviewpartnern und -partnerinnen die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung in Ökonomie in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre in Hessen angeführt, der Gegenstand unserer Untersuchung im folgenden Kapitel.

4. Studium der Ökonomie für das Lehramt in Hessen

Anknüpfend an die Einbettung der ökonomischen Bildung an hessischen allgemeinbildenden Schulen in den Bundesländervergleich soll auch hier zumindest eine kurze Bemerkung zum Vergleich stehen: Genauso unterschiedlich wie die Vermittlung ökonomischer Inhalte an die Schülerinnen und Schüler organisiert ist, erfolgt auch die Lehrerausbildung¹⁵. Neben der Einführung des Bachelors als fachwissenschaftlich ausgerichteten Studiengang existiert an vielen Studienorten weiterhin der "klassische" Lehramtsstudiengang. Das Ökonomiestudium für das Lehramt erfolgt in Baden-Württemberg¹⁶, Bayern¹⁷, Sachsen-Anhalt¹⁸ sowie Thüringen¹⁹ im Rahmen eines Studienganges mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt, in Hessen²⁰ und Mecklenburg-Vorpommern²¹ werden die relevanten Inhalte im Rahmen eines Verbundfachs vermittelt. In allen anderen Bundesländern sind die ökonomischen Studieninhalte schließlich Teil eines sozialwissenschaftlichen Studiums ohne erkennbaren wirtschaftlichen Schwerpunkt.²² Zusätzlich werden die konkret im Rahmen eines bestimmten Lehramtsstudienganges vermittelten ökonomischen Inhalte und Kenntnisse stark von den jeweiligen, seitens der Universitäten festgeschriebenen Studien- und Prüfungsordnungen beeinflusst.

In diesem Kapitel wird das Ökonomiestudium für das Lehramt in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre an den hessischen Universitäten vergleichend untersucht. Die erkenntnisleitende Frage richtet sich auf die ökonomischen (wirtschaftswissenschaftlichen) Inhalte, die in den beiden Fächern vermittelt werden. Der Fokus liegt dabei sowohl auf einer Untersuchung der jeweiligen Universität als auch auf einem quantitativen und qualitativen Vergleich zwischen den Universitäten.

Wir rekurren dafür schwerpunktmäßig auf die „Angebotsseite“ des Ökonomiestudiums. Für die Analyse werden kurz die relevanten Aspekte der jeweiligen Studienordnungen beschrieben sowie die Studienmodule aufgeführt, welche sich schwerpunktmäßig auf ökonomische Aspekte beziehen. Hierbei werden jeweils

- Art und Titel des Moduls
- die Art und Anzahl der darin zu besuchenden Lehrveranstaltungen (incl. SWS)

¹⁵ Hier und auch im Folgenden ist die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen gleichermaßen gemeint, wir verzichten auf Formen wie Lehrer/innen/ausbildung zum Zweck besserer Lesbarkeit.

¹⁶ Lehramt an Haupt- und Realschulen

¹⁷ Lehramt an Realschulen sowie an Gymnasien

¹⁸ Lehramt an Gymnasien

¹⁹ Lehramt an Gymnasien

²⁰ Arbeitslehre an Haupt- und Realschulen bzw. Politik und Wirtschaft an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien

²¹ Arbeit-Wirtschaft-Technik Wirtschaft an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien

²² Quelle: www.hochschulkompass.de, eigene Auswertung.

- die bei erfolgreichem Abschluss des Moduls erreichten Leistungspunkte
- sowie die abzulegenden Leistungsnachweise tabellarisch aufgeführt.

Außerdem erfolgt eine Auflistung der in den Modulbeschreibungen genannten ökonomischen Inhalte und der im wirtschaftlichen Spektrum zu erreichenden Kompetenzen. An dieser Stelle werden nur die ökonomischen Inhalte bezeichnet, nicht jedoch die gesamte Modulbeschreibung dargestellt.²³ Die ökonomischen Inhalte der Modulbeschreibungen sind jeweils in einen grau umrandeten Kasten gesetzt, so können Sie diese beim Lesen der Analyse nach Bedarf überspringen.

In einem dritten Schritt erfolgt eine quantitative Übersicht dazu, wie viele Leistungspunkte und Semesterwochenstunden (SWS) durch den Abschluss der entsprechenden Module mit ökonomischem Schwerpunkt oder auch Inhalten im Pflichtbereich erbracht werden müssen und im Wahlpflichtbereich maximal erbracht werden können.

Darüber hinaus wird anhand der kommentierten Vorlesungsverzeichnisse bezüglich ihrer ökonomischen Orientierung ein Überblick über die innerhalb der Module angebotenen Lehrveranstaltungen (exemplarisch anhand von zwei Semestern) gegeben. Es wird jeweils eingeschätzt, inwiefern die Veranstaltungsinhalte (wie sie aus dem Titel und der Kommentierung zu entnehmen sind) einer ökonomischen Bildung direkt, oder evtl. nur indirekt zuzuordnen sind. Dieses Vorgehen erfolgt für jeden der Studiengänge getrennt, also das Lehramt für Politik und Wirtschaft für Haupt- und Realschulen sowie für das Gymnasium und das Arbeitslehre - Lehramt an Haupt- und Realschulen.

Am Ende jedes der drei Abschnitte findet sich ein quantitativer Überblick zu dem entsprechenden Studiengang. Dieser ermöglicht einen ersten Vergleich zwischen den anbietenden Universitäten. Der Überblick zeigt, wie ähnlich oder unterschiedlich die einzelnen Studienordnungen hinsichtlich des ökonomischen Studiums sind; er zeigt auch, wie die Anteile der ökonomischen Themen insbesondere für das Verbundfach Politik und Wirtschaft an den für die Fachwissenschaft insgesamt vorgesehenen Anforderungen sind.

An dieser Stelle soll betont werden, dass mit diesem Vorgehen keine Einschätzung über die tatsächlich vermittelten Inhalte und Kompetenzen und die Qualität der Lehre möglich ist. Es handelt sich um eine Bestandsaufnahme der „Angebotsseite“ des Studiums: der Modulbeschreibungen, der angebotenen Veranstaltungen und deren Zuordnung anhand der aus den Kommentierungen hervorgehenden Beschreibungen.

²³ Für einen detaillierteren Überblick siehe die entsprechende Studien- und Modulordnung, im Anhang G-0 befindet sich eine Linkliste.

Auch möchten wir darauf hinweisen, dass die Einschätzung darüber, ob einzelne Inhalte gelehrt werden oder nicht, nur auf der Basis der von uns ausgewerteten Materialien zustande kommt. Dies gilt insbesondere für den Vergleich zwischen den im Gutachten geforderten Lehrerkompetenzen und den in den Hochschulen vermittelten Inhalten. Hier wird eine Einschätzung auf Basis der Modulbeschreibungen und darin enthaltenen Inhalte und Kompetenzen versucht, die aber nicht die reale Wissens- und Kompetenzvermittlung abbilden kann.

4.1 Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft

Politik und Wirtschaft als Fachwissenschaft kann an folgenden hessischen Universitäten im Rahmen eines Lehramtsstudiums studiert werden:

Übersicht 8: Studienangebot POWI in Hessen	
Studiengang	Universität
Lehramt an Haupt- und Realschulen	Frankfurt am Main
	Gießen
	Kassel
Lehramt an Gymnasien	Darmstadt
	Frankfurt am Main
	Gießen
	Kassel
	Marburg

Quelle: Studieren in Hessen, Studienführer 2011/2012, eigene Darstellung.

Überblick zur Organisation des Faches an den einzelnen Universitäten

Darmstadt:

Das Fach Politik und Wirtschaft ist in Darmstadt am Fachbereich „Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften“ angesiedelt. Die wirtschaftlich orientierten Veranstaltungen werden jedoch komplett vom Fachbereich „Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ angeboten. Es gibt hier eine klare Trennung und Verteilung der Zuständigkeiten. In dieser Studienstruktur bestehen zwischen den Bereichen Politik und Wirtschaft keine Überschneidungen und keine Parallelen.

Frankfurt am Main:

In Frankfurt wird das Lehrangebot in Politik und Wirtschaft durch den Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften“ gedeckt.

Gießen:

Das Lehrangebot des Faches Politik und Wirtschaft erfolgt durch den Fachbereich „Sozial- und Kulturwissenschaften“.

Kassel:

Das Lehrangebot des Faches Politik und Wirtschaft wird in Kassel komplett durch den Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften“ gestellt. Eine Besonderheit des Studiums an der Universität Kassel ist, dass es mit der Einführung einer neuen Studienordnung mit dem WS 2010/11 nur noch Pflichtmodule gibt. Die Wahlpflichtmodule entfallen bzw. wurden verpflichtend.

Marburg:

In Marburg ist das Studium des Lehramts Politik und Wirtschaft am Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften und Philosophie“ angesiedelt.

Dieser Überblick zeigt bereits im ersten Vergleich die Unterschiedlichkeit der Studienmöglichkeiten des Faches Politik und Wirtschaft in Hessen. Im Folgenden werden die Studiengänge je Universität ausführlicher vorgestellt.

4.1.1 Politik und Wirtschaft für Haupt- und Realschulen an den hessischen Universitäten

Da das Studium in Politik und Wirtschaft für die Sekundarstufe I an den drei hessischen Universitäten sehr unterschiedlich erfolgt, wird im Folgenden für jede einzelne Universität eine kurze Synopse des Ökonomieteils in diesem Fach erstellt.

4.1.1.1 Goethe-Universität Frankfurt (POWI/ L2)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Studium des für Lehramtsstudierende wird vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften angeboten.

Studienordnung²⁴

In Frankfurt sind im Rahmen des Studiums in Politik und Wirtschaft vier Pflichtmodule abzuschließen. Diese Pflichtmodule sind insgesamt politikwissenschaftlich und didaktisch orientiert, keines weist einen ökonomischen Schwerpunkt auf.

Darüber hinaus ist eines von acht Wahlpflichtmodulen zu belegen.

Ökonomische Pflichtmodule

Im Studiengang L2 besteht in Frankfurt kein Pflichtmodul mit ökonomischem Schwerpunkt.

Wahlpflichtmodule

Eines der Wahlpflichtmodule beinhaltet explizit ökonomische Themen.

Übersicht 9: Ökonomisches Wahlpflichtmodul POWI/ L2 Frankfurt			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt	PS, PS = 4 SWS	10	1 Klausur oder Hausarbeit

Quelle: Studienordnung POWI/ L2 Frankfurt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

²⁴ Vgl. Anhang G-0 und G-1

Modulbeschreibung „Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt“

Inhalte:

- Grundlagenwissen über private Haushalte, Betriebe, Märkte und Staat
- Grundlagen ökonomischer Theorien (Neoklassik, Keynesianismus, Institutionenökonomie)
- erweiterte ökonomische Kenntnisse über Beschäftigung und Arbeitsmarkt incl. betrieblicher Beschäftigungspolitik
- wirtschafts- und organisationssoziologische Kenntnisse über Betrieb und Beruf.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- Aneignung von einzel- und gesamtwirtschaftlichem Grundlagenwissen über die ökonomischen Akteure und Institutionen auf der privaten, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Ebene
- Verständnis grundlegender ökonomischer Konzepte und Durchführung eines kritischen Vergleichs
- Fähigkeit, ökonomische Denk- und Arbeitsweisen vergleichend zu diskutieren
- Veranschaulichung grundlegender Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik
- Zusammenführung und Integration ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/L2 Frankfurt, Verweis siehe Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Von den in der Fachwissenschaft zu erreichenden 30 bzw. 31 Leistungspunkten sind mit einem WP-Modul „Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt“ 10 LP zu erreichen. Das heißt, wenn dieses belegt wird, aber auch nur dann, beinhaltet das Studium je nach Veranstaltungswahl (s.u.) bis zu einem Drittel Inhalte mit ökonomischem Bezug. In dem WP-Modul sind 4 SWS im Rahmen von zwei Proseminaren zu belegen, wobei nur eines davon mit einem Leistungsnachweis (Klausur oder Hausarbeit) abzuschließen ist, das zweite erfordert lediglich eine regelmäßige Teilnahme.

Veranstaltungsangebot²⁵

Die dem Ökonomie-Modul „Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt“ zugeordneten Veranstaltungen führen Titel wie „Arbeit und Identität“; „Arbeitsmarktpolitische Zielgruppen - Entwicklung und Standortbestimmungen“; „Arbeitsökonomie“, „Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie, Teil 2“; „Standortverlagerungen und soziale Auseinandersetzungen in Europa“, oder in einem anderen Semester: „Gewerkschaftspolitik in Deutschland und der Europäischen Union“, „Prekarisierung von Arbeit und Leben“, „Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen“.

Bewertung

Das Studium des Faches Politik und Wirtschaft für L2 ist in Frankfurt am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften angesiedelt. Es gibt keine speziellen Veranstaltungen, welche der Lehrerbildung in Ökonomie in diesem Studienfach entsprechen, sondern die ohnehin vom Fachbereich angebotenen, d.h. politik- und sozialwissenschaftlich orientierte Veranstaltungen.

²⁵ Vgl. Anhang G-1.

gen können auch von Lehramtskandidaten belegt werden. Im Rahmen des Studiengangs Lehramt an Haupt- und Realschulen besteht zwar die Möglichkeit, ökonomische Aspekte im Rahmen eines Wahlpflichtmoduls abzudecken, jedoch gibt es selbst innerhalb dieses Moduls ein breites Spektrum an Lehrveranstaltungen, welche nicht alle eindeutig oder häufig nur am Rande ökonomisch orientiert sind. Betrachtet man die Titel und Kommentierungen der Veranstaltungen, so liegt der Schluss nahe, dass es sich hierbei eher um politologische Sichtweisen auf die Wirtschaft, weniger um Vermittlung von ökonomischen Inhalten handelt. Zwar werden ökonomische Inhalte bezeichnet, jedoch nicht aus der Sicht der Ökonomie, sondern der der Sozialwissenschaften.

Von einem inneruniversitär vergleichbaren Kenntnisstand der Studierenden in Politik und Wirtschaft L2 kann daher an der Universität Frankfurt nicht ausgegangen werden. Zudem ist keines der Pflichtmodule eines mit einem ökonomischem Fokus, was dazu führt, dass ein Studierender selbst innerhalb dieses Wahlmoduls um ökonomische Inhalte „herumkommt“, wenn er/sie eine politikwissenschaftliche Veranstaltung wählt, um einen Leistungsnachweis zu erlangen. Ein Studierender bzw. eine Studierende erhält also u. U. die Lehrbefähigung für das Fach Politik und Wirtschaft und hat keine einzige Lehrveranstaltung zur Ökonomie besucht, geschweige denn einen Leistungsnachweis auf diesem Gebiet erbracht.

4.1.1.2 Justus-Liebig-Universität Gießen (POWI/ L2)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Lehrangebot des Faches *Politik und Wirtschaft* erfolgt durch den Fachbereich „Sozial- und Kulturwissenschaften“.

Studienordnung²⁶

Im Studiengang L2 sind in der Fachwissenschaft zwei fachwissenschaftliche Pflichtmodule abzuschließen. Eines davon ist das Modul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“. Darüber hinaus ist aus fünf Wahlpflichtmodulen eines zu wählen, wobei drei ökonomische Themen beinhalten.

Übersicht 10: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L2 Gießen			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Grundlagen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	VL (1 SWS), PS, S = 5 SWS	10	1 Klausur

Quelle: Studienordnung POWI/ L2 Frankfurt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“

Inhalte:

- Ökonomische Theorien (insbes. Adam Smith, Keynes, Marx, Ordoliberalismus und soziale Marktwirtschaft, ökonomische Verhaltenstheorie)
- Wirtschaftsordnungen, Wirtschaftssysteme und Wohlfahrtsregimes (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union)
- Konsumökonomie und Verbraucherpolitik
- Arbeitsökonomie: Arbeit und Produktion, Betrieb und Unternehmen, Arbeitslosigkeit
- Märkte und Gesamtwirtschaft: Preisbildung, Wettbewerb, Konjunktur, Wachstum und Nachhaltigkeit
- Aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- grundlegender ökonomischer Theorien
- Grundstrukturen moderner Wirtschaftsordnungen und –systeme sowie Wohlfahrtsstaaten
- Grundlegende Funktionszusammenhänge und Probleme der Marktwirtschaft
- exemplarischer Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/L2 Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Von den in der Fachwissenschaft zu erreichenden 30 bzw. 31 Leistungspunkten sind mit diesem Modul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“ 10 LP zu erreichen. Eine Studierende schreibt eine Klausur, darüber hinaus ist die Teilnahme an zwei weiteren Veranstaltungen erforderlich, um das Ökonomiemodul abzuschließen. In der Summe bedeutet dies, dass ein Leistungsnachweis in einer Veranstaltung zu erbringen ist. Ob diese einen

²⁶ Vgl. Anhang G-0 und G-1.

zwangsläufig ökonomischen Schwerpunkt hat, ergibt sich aus der Analyse der zugeordneten Lehrveranstaltungen.

Veranstaltungsangebot²⁷

Die im Rahmen des Wirtschaftsmoduls angebotenen Veranstaltungen sind bspw. „Aktuelle Probleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, „Die Krise des Sozialstaats?“; im WS 10/11 „Economy Mainstreaming“ – Ökonomie als politisches Querschnittsthema“, Einführung in die Steuerungs- und Verteilungspolitik“, „Politische Ökonomie“, „Sozialpolitik. Eine Einführung“, im SS 11: „Aktuelle Probleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, „Einführung in die Wirtschaftspolitik der EU“. Daneben existieren weitere Veranstaltungen, deren Bezug zur Ökonomie in Frage zu stellen ist. Einige haben eindeutig einen Wirtschaftsbezug, allerdings überwiegt auch hier der politikwissenschaftliche Ansatz sich mit Wirtschaft auseinanderzusetzen.

Bewertung

Auch hier findet sich nur ein Ökonomie-Modul, insgesamt ist ein Leistungsnachweis in diesem Modul vorgesehen. Der Blick auf die dem Modul zugeordneten Veranstaltungen zeigt, dass zwar durchaus vereinzelt Veranstaltungen mit direktem Bezug zur Ökonomie angeboten werden, insgesamt lässt sich aber festhalten, dass die Veranstaltungen ohnehin am Fachbereich angeboten und auch für andere Studiengänge offen sind und zudem häufiger ein Bezug zur Sozialpolitik oder der politischen Ökonomie besteht. Auch hier erscheint es möglich das Studium abzuschließen, ohne Kenntnisse in wirtschaftlichen Zusammenhängen erworben zu haben.

²⁷ Vgl. Anhang G-1.

4.1.1.3 Universität Kassel (POWI/ L2)

Das Lehrangebot des Faches Politik und Wirtschaft wird in Kassel komplett durch den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften gestellt. Eine Besonderheit des Studiums an der Universität Kassel ist, dass es mit der Einführung einer neuen Studienordnung mit dem WS 2010/10 nur noch Pflichtmodule gibt. Die Wahlpflichtmodule entfallen bzw. wurden verpflichtend.

Studienordnung²⁸

Im Studiengang L2 sind in der Fachwissenschaft vier Pflichtmodule abzuschließen. Drei der Module sind politikwissenschaftlich bzw. soziologisch orientiert.

Übersicht 11: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L2 Kassel			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie	2 LV = 4 SWS	8	1 Klausur

Quelle: Studienordnung POWI/ L2 Kassel, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“

Inhalte:

- Zentrale Begriffe und Kategorien sowie Methoden und Theorien der Wirtschaftswissenschaft
- Konzeptionen und Instrumente der Wirtschaftspolitik
- Prinzipien und wesentliche Regelungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland
- fachdidaktische Prinzipien und Konzepte.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- zentrale Fragestellungen, Begriffe und Kategorien der Wirtschaftswissenschaft sowie Prinzipien und wesentliche Regelungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik
- wirtschaftswissenschaftliche Methoden und Theorien
- Lösungsansätze für komplexe ökonomische Probleme
- Logische Konsistenz und empirischer Gehalt von Theorien.

Der Modulbeschreibung ist darüber hinaus zu entnehmen, dass „neben diesen fachwissenschaftlichen Lernzielen [...] mit dem Modul angestrebt (wird), dass die Studierenden ökonomische Themen in Curricula zu sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern identifizieren und Ideen zur fachdidaktischen Aufbereitung ökonomischer Themen im Unterricht entwickeln können.“ Hier wird also eine enge Verzahnung der fachwissenschaftlichen mit den didaktischen Optionen gefördert. Dies zeigt sich auch in den Veranstaltungen, die diesen Modulen zugeordnet sind. Es handelt sich hier um spezifische Lehramtsveranstaltungen, nicht um Veranstaltungen, die auch für Lehramtsstudierende offen sind.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/L2 Kassel, Verweis siehe Anhang G-0, eigene Auswertung.

²⁸ Vgl. Anhang G-0 und G-1.

Leistungsanforderungen

Eines der Pflichtmodule, das Modul „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“, auf welches acht der insgesamt zu erreichenden Leistungspunkte entfallen, ist als „Wirtschaftsmodul“ zu bezeichnen. Ein Viertel der Studienleistung ist somit in dem „Wirtschaftsmodul“ zu belegen. Das Modul umfasst zwei Lehrveranstaltungen, aber nur einen Leistungsnachweis in Form einer Klausur.

Veranstaltungsangebot²⁹

In Kassel müssen alle L2 Studierenden die Lehrveranstaltung „Ökonomie in der Schule 1: Wie Märkte funktionieren“ und „Ökonomie in der Schule 2: Arbeitslosigkeit und Inflation“ belegen. Diese sind die einzigen im Modul angebotenen Veranstaltungen, sie erscheinen regelmäßig in allen Semestern seit der Einführung der neuen Prüfungsordnung.

Bewertung

Das Ökonomieangebot ist hier ebenfalls nicht besonders stark ausgeprägt, allerdings sind die in der Studienordnung verankerten Lehrveranstaltungen zum einen echte Ökonomieveranstaltungen (was nicht wirtschaftswissenschaftliche Veranstaltungen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften meint) und zudem spezifisch auf die Bedürfnisse der Lehramtskandidaten ausgerichtet; inneruniversitär muss jede(r) Studierende in Politik und Wirtschaft diese belegen.

²⁹ Vgl. Anhang G-1.

4.1.1.4 Zusammenfassung Politik und Wirtschaft Lehramt an Haupt- und Realschulen

Um einen ersten quantitativen Vergleich zwischen den Universitäten zu ermöglichen, sind die insgesamt im Studiengang L2 zu belegenden Module in der Fachwissenschaft mit dem Anteil der Ökonomiemodule an den drei hessischen Universitäten aufgelistet.³⁰

Übersicht 12: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ POWI/ L2		
Universität	Module insges. (Fachwiss.)	davon obligatorische Ökonomiemodule
Frankfurt am Main	4 PM, 1 WP = 5 Module	Keines
Gießen	2 PM, 1 WP = 3 Module	1 Modul = 3 LV
Kassel	4 PM, 0 WP = 4 Module	1 Modul = 2 LV

Quelle: Studienordnungen POWI/L2, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Schon hier zeigen sich erste formale Unterschiede in der Anzahl der zu belegenden Module. In Frankfurt besteht im Studiengang Lehramt für Haupt- und Realschulen keine Verpflichtung ein Ökonomiemodul zu belegen, in Gießen und Kassel ist jeweils ein Modul vorgesehen, wobei diese jeweils eine unterschiedliche Gewichtung innerhalb des Studiums der Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft haben.

Ergänzend wird in der folgenden Darstellung aufgelistet, wie viele Leistungspunkte mindestens von den Studierenden des Faches Politik und Wirtschaft formal durch den Besuch von obligatorischen Ökonomie-Modulen belegt werden müssen (LP Minimum) und daneben wie viele max. in dem Studiengang evtl. durch das Belegen von Wahlpflichtmodulen mit ökonomischen Inhalten abgedeckt werden können.

Übersicht 13: Vergleich Leistungspunkte POWI/ L2		
Universität	Leistungspunkte Minimum	Leistungspunkte Maximum
Frankfurt am Main	0	10 bzw. 11/30 bzw. 31
Gießen	10/30	10/30
Kassel	8/32	8/32

Quelle: Studienordnungen für POWI/ L2, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Dieser Vergleich bestätigt den Eindruck aus der ersten Übersicht, dass nicht unerhebliche Unterschiede bestehen. Der Vergleich zeigt, dass Frankfurt ein Wahlpflichtmodul mit Ökonomieausrichtung anbietet. In Gießen und Kassel ist jeweils das eine verpflichtende Modul vorgesehen, eine weitere Wahlmöglichkeit zum Abdecken von Ökonomie-Inhalten besteht nicht.

Zur Vertiefung werden im Folgenden noch die Anzahl und Art der zu besuchenden Lehrveranstaltungen und damit verbundenen Leistungsnachweise, die innerhalb der Ökonomiemodule nachzuweisen sind, vergleichend dargestellt.

³⁰ Wir beschränken uns hier auf eine Übersicht zur Fachwissenschaft, ohne Berücksichtigung der Fachdidaktiken.

Übersicht 14: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise POWI/ L2

Universität	Lehrveranstaltungen in den verpflichtenden „Ökonomiemodulen“	Leistungspunkte	Leistungsnachweise
Frankfurt am Main	Keine	0	Keine
Gießen	VL (1 SWS), PS, S = 5 SWS	10	1 Klausur
Kassel	2 LV = 4 SWS	8	1 Klausur

Quelle: Studienordnungen POWI/L2, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

In Frankfurt besteht damit im Studiengang L2 keine Verpflichtung, eine Lehrveranstaltung mit ökonomischen Inhalten zu belegen, es ist auch kein Leistungsnachweis in diesem Themenspektrum erforderlich. In Gießen und Kassel sind 5 bzw. 4 SWS innerhalb der verpflichtenden Ökonomiemodule zu belegen und immerhin jeweils eine Klausur zu schreiben.

Ergebnis

Insgesamt zeigen sich Schwachstellen der ökonomischen Bildung der Lehramtsstudierenden im Studiengang Lehramt an Haupt- und Realschulen im Fach Politik und Wirtschaft in dem hier angestellten Vergleich auf zwei Ebenen:

- Einerseits zeigt die Übersicht zu den jeweiligen Universitäten, dass zum einen, wenn überhaupt, dann nur ein geringer Anteil der zu erreichenden Leistungspunkte mit ökonomisch ausgerichteten Lehrveranstaltungen abgedeckt werden kann. In Frankfurt gibt es zum Beispiel für das Lehramt an Haupt- und Realschulen überhaupt keine in der Studienordnung verankerte Verpflichtung Ökonomie zu studieren. Lediglich als Wahlpflichtmodul existieren in diesem Studiengang ökonomische Inhalte. In Gießen sind wenigstens 10 der 30 zu erreichenden LP einem Ökonomie-Pflichtmodul zugeordnet, allerdings sind die meisten der zugeordneten Veranstaltungen als eher politikwissenschaftlich orientiert zu bezeichnen, höchstens wird eine wirtschafts- oder sozialpolitische Perspektive eingenommen.
- Auch zeigt die Übersicht zu den einzelnen Universitäten, dass das den Modulen zugeordnete Lehrangebot bei weitem nicht den Anforderungen an ökonomische Inhalte, die bspw. das Gemeinschaftsgutachten (vgl. Retzmann u.a. 2010) fordert, entspricht. Die Perspektiven, die gewählt werden, sind vielfach keine echten ökonomischen, sondern sozial- oder politikwissenschaftliche Sichtweisen auf Wirtschaft.
- Zudem zeigt sich in der Diversität der Wahlmöglichkeiten, die einem(r) Studierenden obliegen, dass von inneruniversitärer Vergleichbarkeit der Studierenden hinsichtlich der im Verlauf des Studiums des Faches Politik und Wirtschaft erreichten Kenntnisse im Spektrum ökonomischer Bildung keine Rede sein kann.
- Der interuniversitäre Vergleich zeigt auf, dass eine landesweite Vergleichbarkeit der im Studium erworbenen Ökonomiekenntnisse ebenfalls nicht gegeben ist. Die Universitäten

unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Leistungsanforderungen und bezüglich der inhaltlichen Schwerpunkte, die im Bereich des Ökonomiestudiums für das Lehramt L2 in Politik und Wirtschaft erworben werden.

Das Studium für L2 in Politik und Wirtschaft an den drei hessischen Universitäten ist insgesamt quantitativ gering, selbst im besten Fall wird nur ein Drittel der Leistungspunkte in Ökonomie erreicht. Im „schlimmsten“ Fall braucht Ökonomie in Politik und Wirtschaft für L2 nicht studiert zu werden. Eine auch nur annähernde Vergleichbarkeit der ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen der Lehramtsstudierenden in Politik und Wirtschaft für L2 ist weder bei den Absolventen und Absolventinnen dieses Studiums innerhalb einer Universität, geschweige denn zwischen den drei hessischen Universitäten gegeben.

4.1.2 Politik und Wirtschaft für Gymnasien an den hessischen Universitäten

Politik und Wirtschaft kann im Studiengang Lehramt für Gymnasien an allen fünf hessischen Universitäten studiert werden.

4.1.2.1 TU Darmstadt (POWI/ L3)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Fach Politik und Wirtschaft ist in Darmstadt am Fachbereich „Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften“ angesiedelt. Die wirtschaftlich orientierten Veranstaltungen werden komplett vom Fachbereich „Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“ angeboten. Es gibt hier eine klare Trennung und Verteilung der Zuständigkeiten. Die übrigen Module (auch die Fachdidaktik) deckt der Fachbereich „Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften“ ab. In dieser Studienstruktur bestehen zwischen den Bereichen Politik und Wirtschaft keine Überschneidungen und keine Parallelen.

Studienordnung³¹

Im fachwissenschaftlichen Teil von Politik und Wirtschaft sind sieben Pflichtmodule abzuschließen, darüber hinaus zwei Wahlpflichtmodule. Innerhalb der Pflichtmodule sind fünf politisch geprägt. Nur eines der sieben Pflichtmodule ist ein Wirtschaftsmodul.

Im Bereich der Wahlpflichtmodule haben drei der sechs Module einen ökonomischen Schwerpunkt, allerdings sind nur zwei aus den sechs zu wählen. Darmstadt ist die einzige Universität, die im Fach Politik und Wirtschaft ein (Pflicht-)Modul Recht vorsieht.

Übersicht 15: Ökonomisches Pflichtmodul POWI/ L3 Darmstadt			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Wirtschaft	VL VWL, Ü VWL, VL BWL = 6 SWS	9	3 Klausuren

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Darmstadt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

³¹ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

Modulbeschreibung „Wirtschaft“

Inhalte:

- Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre; der Markt als Steuerungsinstrument; der Wirtschaftskreislauf; Geld und Kredit, Grundbegriffe der Betriebswirtschaftslehre.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- Grundzüge der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland
- Interdependenz von Politik und Wirtschaft in einer modernen Industriegesellschaft und einer globalisierten Wirtschaftsordnung
- Funktionsweise einer modernen und komplexen Volkswirtschaft
- Bedingungen für die soziale Sicherung der Bevölkerung in einer Industriegesellschaft
- rechtlichen Rahmenbedingungen politischen Gestaltens
- Einfluss der Wirtschaft, aber auch der Rechtsordnung auf die Lebensgestaltung des Einzelnen
- wie private, gesellschaftliche, nationale und internationale Konflikte durch rechtliche Instrumentarien bewältigt werden können
- Rechtswissenschaft, Rechtsentwicklungen im europäischen und internationalen Raum
- Beziehungen zwischen Unternehmen und deren Umweltbedingungen, Unternehmensziele
- Grundlegende Begrifflichkeiten und Zusammenhänge in den Bereichen Marketing, Finanzierung, Personal, Organisation, Management, Entscheidungslehre, Produktions- und Kostentheorie, Produktionsplanung, Materialwirtschaft und Logistik, Kosten- und Leistungsrechnung, Buchführung und Investition.

Quelle: Modulbeschreibung POWI/L3 Darmstadt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Darüber hinaus besteht in Darmstadt die Möglichkeit folgende Wahlpflichtmodule zu belegen:

Übersicht 16: Ökonomische Wahlpflichtmodule POWI/ L3 Darmstadt

Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Vertiefung VWL	VL, VL = 4 SWS	6	2 Klausuren
Arbeitsmarkt und soziale Sicherung	VL, VL = 4 SWS	6	2 Klausuren
Vertiefung BWL	VL, VL = 4SWS	6	2 Klausuren

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Darmstadt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „Vertiefung Volkswirtschaftslehre“

Inhalte:

- Produktionstheoretische Grundlagen des Unternehmensangebots; präferenztheoretische Grundlagen der Haushaltsnachfrage; Faktor- und Gütermärkte bei vollkommener Konkurrenz; Monopol; Monopolistische Konkurrenz; Oligopol; externe Effekte und öffentliche Güter; Informationsasymmetrien (negative Auslese und moralisches Risiko)
- Makroökonomische Problemstellung; der Gütermarkt in der kurzen Frist; der Geldmarkt in der kurzen Frist; das IS-LM Modell; die Funktionsweise des Arbeitsmarkts, Lohn-Preis Spirale und die Phillips-Relation; der Gütermarkt in der langen Frist; Determinanten des Wachstums.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- produktionstheoretischen Voraussetzungen des Güterangebots, Faktornachfrage der Unternehmen
- präferenztheoretische Grundlage der Haushaltsentscheidungen, Güternachfrage und das Faktorangebot
- Marktformen
- Preisbildung
- Gründe für Marktversagen
- Interaktion von Güter- und Geldmarkt
- Wirkungen unterschiedlicher geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen auf das Sozialprodukt und den Zinssatz ableiten
- Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktdaten.

Modulbeschreibung „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“

Inhalte:

- kollektive Verfahren im Arbeitsrecht
- Arbeitsvertragsparteien auf kollektiver Ebene
- gesamtgesellschaftliche Funktion von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften
- Probleme mit Kollektivverfahren
- Rolle und Stellenwert der Arbeitnehmermitbestimmung in Betrieb und Unternehmen
- grundlegenden Sachfragen des kollektiven Arbeitsrechts
- aktuelle Reformvorhaben des Gesetzgebers einschätzen und in ihren Auswirkungen beurteilen
- Mitbestimmungsrechte im Arbeitsleben aus betrieblicher als auch aus arbeitnehmerischer Sicht und die durch sie eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten und –spielräume
- das System der sozialen Sicherung
- Chancen, Probleme und Reformbedarf im Sozialstaat; zwischenstaatliches und europäisches Sozialrecht; Arbeitslosengeld II; Arbeitsförderung; Krankenversicherung; Unfallversicherung; Rentenversicherung; Pflegeversicherung.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- rechtliche Rahmenbedingungen von Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland
- Arbeitsrecht als Faktor, der die Wirtschafts- und Standortbedingungen in Deutschland prägt
- sozialer Schutzzweck des Arbeitsrechts; Relevanz für das eigene, spätere Arbeitsleben; Lösung grundlegender Rechtsfragen des Arbeitsrechts
- Rechtsfragen des Arbeitsrechts.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/ L3 Darmstadt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Modulbeschreibung „Vertiefung Betriebswirtschaftslehre“

Inhalte:

- Grundlagen des Rechnungswesens und der Buchführung
- Bestandserfassung und -ausweis
- Inventur und Inventar, Bilanz, Bestandsbuchungen, Erfolgsbuchungen
- Ausgewählte Buchungsprobleme (Verbuchung des Warenverkehrs, Buchungsprobleme im Anlagevermögen, Buchungsprobleme im Umlaufvermögen, Buchungsprobleme der zeitlichen Abgrenzung, Verbuchung von Lohn und Gehalt, Erfolgsverbuchung)
- Hauptabschlussübersicht
- Besonderheiten der Industriebuchführung
- Grundlagen der Kosten- und Leistungsrechnung, Kostenartenrechnung
- Kostenstellenrechnung, Kostenträgerrechnung
- Betriebsergebnisrechnung, Deckungsbeitragsrechnung, Plankostenrechnung
- Break-Even-Analyse.

Qualifikationen auf folgenden Gebieten:

- Grundbegriffe, Grundsachverhalte und Methoden der Finanzbuchführung
- Rechnungswesen, Systematik der doppelten Buchführung
- Unterscheidung von Bestands- und Erfolgsbuchungen und deren Durchführung
- Weg von der Eröffnungsbilanz über die Buchung von Geschäftsvorfällen
- Inventur bis zur Schlussbilanz, Erfolgsverteilung.
- Geschäftsvorfälle
- Grundlagen und Aufgaben der Betriebsbuchführung
- klassische Bereiche der Kostenrechnung, die Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, z.B. die innerbetriebliche Leistungsverrechnung oder die Kalkulation.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/ L3 Darmstadt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Ein Studierender des Lehramtes im Fach Politik und Wirtschaft muss in Darmstadt mindestens das Modul Wirtschaft belegen. Damit sind mindestens neun der im Bereich der Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft zu erreichenden 30 LP in einem Wirtschaftsmodul zu belegen, also ca. ein Drittel der zu belegenden LP. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zwei weitere wirtschaftlich orientierte Module mit je 6 LP zu wählen, was bedeutet, dass maximal 21 LP mittels des Besuchs ökonomischer Veranstaltungen abgedeckt werden können, falls ein Studierender zwei der drei ökonomischen Module wählt.

Veranstaltungsangebot³²

Die ökonomischen Veranstaltungen sind in Darmstadt klassische wirtschaftswissenschaftliche Veranstaltungen, es handelt sich um die allgemeinen Einführungen in das Fach Ökonomie, welche auch von Lehramtsstudierenden besucht werden, nicht jedoch speziell auf deren Bedürfnisse abgestimmt sind. Die Lehrveranstaltungen zu den Modulen sind explizit bezeichnet und es gibt innerhalb der Module keine Wahlmöglichkeiten. Die zu besuchenden ökonomischen Veranstaltungen haben einen eindeutigen Ökonomiebezug. Da keine Wahlmöglichkeit bezüglich der Veranstaltungen innerhalb der Module besteht, werden die Veranstaltungen in einem regelmäßigen jährlichen Turnus angeboten. Dieses verhältnismäßig sta-

³² Vgl. Anhang G-0 und G-2.

tische Modell lässt den Studierenden wenig Wahlfreiheit, allerdings belegen diese so zumindest 6 SWS (9LP) in reinen Wirtschaftsveranstaltungen, die mit Klausuren abzuschließen sind.

Bewertung

In Darmstadt sind für alle Studierenden im Fach Politik und Wirtschaft für L3 6 SWS Veranstaltungen obligatorisch; diese werden vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften als Einführungen in VWL und BWL angeboten. Es gibt keine Wahlmöglichkeiten, d.h. es besteht bezüglich der Studierenden eine Vergleichbarkeit bezüglich der vermittelten Kompetenzen. Darüber hinaus sind diese in originär wirtschaftlich orientierten Veranstaltungen zu belegen, und stehen damit nicht unter dem Fokus einer anderen Wissenschaft. Zusätzlich bestehen Wahlmöglichkeiten im Bereich der Vertiefungen, welche ebenfalls „echte“ ökonomische Inhalte abdecken und nicht politikwissenschaftliche Perspektiven auf die Wirtschaft werfen. Inwieweit diese Wahlmöglichkeiten auch genutzt werden, können wir im Rahmen dieser Studie nicht beantworten. Insgesamt werden an der TU Darmstadt ökonomische Grundlagenkenntnisse vermittelt, quantitativ aber in recht geringem Umfang.

4.1.2.2 Goethe-Universität Frankfurt am Main (POWI/ L3)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

In Frankfurt wird das Lehrangebot in Politik und Wirtschaft durch den Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften“ gedeckt.

Studienordnung³³

Im Studiengang L3 im Studienfach Politik und Wirtschaft sind sieben Pflichtmodule der Fachwissenschaft vorgesehen, sowie eines aus zwei Wahlpflichtmodulen.

Im Studiengang L3 ist das Modul „Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt“ (13 LP) im Gegensatz zum Studium L2 ein Pflichtmodul. Darüber hinaus gibt es ein Pflichtmodul „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (11 LP).

Übersicht 17: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Frankfurt			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt	PS, PS, PS = 6 SWS	13	Klausur oder Hausarbeit (1LN)
Wirtschafts- und Sozialpolitik	S, S = 4 SWS	11	Klausur oder Hausarbeit (1LN)

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Frankfurt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

³³ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

Modulbeschreibung „Wirtschaftliche Grundlagen der Arbeitswelt“

Inhalte:

- Grundlagenwissen über private Haushalte, Betriebe, Märkte und Staat
- Grundlagen ökonomischer Theorien (Neoklassik, Keynesianismus, Institutionenökonomie)
- erweiterte ökonomische Kenntnisse über Beschäftigung und Arbeitsmarkt incl. betrieblicher Beschäftigungspolitik
- wirtschafts- und organisationssoziologische Kenntnisse über Betrieb und Beruf.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- einzel- und gesamtwirtschaftlichem Grundlagenwissen über die ökonomischen Akteure und Institutionen auf der privaten, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Ebene
- grundlegende ökonomische Konzepte, kritischer Vergleich
- grundlegende Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik
- Zusammenführung und Integration ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Modulbeschreibung „Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Inhalte:

- Grundlagen staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Theorien staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik (Politische Ökonomie, Institutionentheorie, Keynes und Neoklassik)
- Verteilungs- und Sozialpolitik, Konjunktur- und Wachstumspolitik, internationale Wirtschaftspolitik.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- Differenzierung von Zusammenhängen zwischen Staat und Wirtschaft
- Methodische, normative und institutionelle Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik
- wissenschaftliche Debatten um staatliche Intervention, staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Quelle: Modulbeschreibungen POWI/ L3 Frankfurt, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Im Studiengang L3 bestehen zwei Pflichtmodule mit ökonomischem Schwerpunkt, was insgesamt mit einem Anteil von 24 LP, gemessen an 60 in der Fachwissenschaft zu erreichenden, einen durchaus hohen Anteil ergibt, der nahe an den Forderungen ist, die sich aus dem Gemeinschaftsgutachten ergeben. Insgesamt sind zwei Leistungsnachweise (einer je Modul) zu erbringen.

Veranstaltungsangebot³⁴

Es handelt sich eher formal, weniger faktisch um ökonomische Anteile, ein Blick in die zugeordneten Veranstaltungen zeigt Folgendes:

Das Veranstaltungsangebot ist sehr divers und lässt den Studierenden zahlreiche Wahlmöglichkeiten. Der überwiegende Teil der angebotenen Veranstaltungen hat einen politologischen Schwerpunkt, einzelne Veranstaltungen sind jedoch explizit als ökonomische Veranstaltungen zu verstehen, wie bspw. im SS 10 „Arbeitsökonomie“, „Aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, oder „Soziale Marktwirtschaft“. Im folgenden WS 10/11 ist die Veranstaltung „Einführung in die Politische Ökonomie“ einem ökonomischen Schwerpunkt

³⁴ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

zuzuordnen, während andere Veranstaltungen sich zwar mit ökonomischen Inhalten befassen, diese aber aus einem eher politikwissenschaftlichen Blickwinkel. Im SS 10 sind dies eine „Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Teil2“, „Arbeitsmarktpolitische Zielgruppen – Entwicklungs- und Standortbestimmungen“, „Politische Ökonomie der globalen Finanzmärkte“, „Probleme der Sozialpolitik im internationalen Vergleich“, „Standortverlagerungen und soziale Auseinandersetzungen in Europa“, „Arbeitspolitik und industrielle Beziehungen in vergleichender Perspektive“, „Der Staat und die Regulierung der Finanzmärkte“.

Im WS 10/11 wurden Veranstaltungen wie die „Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen“, „Einführung in die Finanzmärkte“, und die „Einführung in die Politische Ökonomie“ angeboten.

Bewertung

Das Studium Politik und Wirtschaft in Frankfurt umfasst im Studiengang L3 zwar zwei Pflichtmodule mit ökonomischem Schwerpunkt, die Ausgestaltung dieser Module obliegt jedoch dem einzelnen Studierenden, welcher sich aus einem Pool an verschiedenen Angeboten auswählen kann, welche Veranstaltungen er besucht. Einzelne Veranstaltungen sind als Ökonomie-Veranstaltungen zu bezeichnen.

Ein Ökonomie-interessierter Studierender oder -interessierte Studierende kann maximal 24 LP von 64 in der Fachwissenschaft zu erreichenden LP mit ökonomischen Inhalten abdecken, was 10 SWS entspricht und zwei abzulegenden Prüfungsleistungen (je Modul eine Klausur oder Hausarbeit); faktisch sind jedoch viele den Modulen zugeordneten Veranstaltungen politologische Veranstaltungen, teilweise mit wirtschaftlichen Inhalten. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, ohne Ökonomieveranstaltungen das Studium in Politik und Wirtschaft an der Universität Frankfurt zu absolvieren.

4.1.2.3 Justus-Liebig-Universität Gießen (POWI/ L3)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Lehrangebot des Faches Politik und Wirtschaft erfolgt durch den Fachbereich „Sozial- und Kulturwissenschaften“.

Studienordnung³⁵

In der Fachwissenschaft in Politik und Wirtschaft sind fünf Pflichtmodule vorgesehen. Hier ist das Modul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“ für die ökonomische Bildung entscheidend. Darüber hinaus gibt es drei Pflichtmodule, welche ebenfalls ökonomische Aspekte abdecken, die im Studiengang L2 dem Wahlpflichtbereich angehören. Insgesamt sind sechs fachwissenschaftliche Module abzuschließen, eines davon ein Wahlpflichtmodul.

10 der 60 im Studiengang L3 der Fachwissenschaft zu erreichenden Punkte sind inhaltlich verpflichtend der ökonomischen Bildung zuzurechnen.

Das Pflichtmodul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“ ist das Wirtschaftsmodul in der Gießener Studienordnung für Politik und Wirtschaft L3.

Übersicht 18: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Gießen			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik	VL (1 SWS), PS, S = 5 SWS	10	Klausur (1LN)

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“

Inhalte:

- Ökonomische Theorien (insbes. Adam Smith, Keynes, Marx, Ordoliberalismus und soziale Marktwirtschaft, ökonomische Verhaltenstheorie)
- Wirtschaftsordnungen, Wirtschaftssysteme und Wohlfahrtsregimes (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union)
- Konsumökonomie und Verbraucherpolitik
- Arbeitsökonomie: Arbeit und Produktion, Betrieb und Unternehmen, Arbeitslosigkeit
- Märkte und Gesamtwirtschaft: Preisbildung, Wettbewerb, Konjunktur, Wachstum und Nachhaltigkeit
- Aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- grundlegende ökonomische Theorien
- Grundstrukturen moderner Wirtschaftsordnungen und –systeme, sowie Wohlfahrtsstaaten
- grundlegende Funktionszusammenhänge und Probleme der Marktwirtschaft
- exemplarische Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Quelle: Modulbeschreibung POWI/L3 Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

³⁵ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

Leistungsanforderungen

Zehn der 60 in der Fachwissenschaft zu erreichenden LP sind im Ökonomiemodul zu erreichen, so dass ein Sechstel der vorgesehenen fachbezogenen Lernzeit für explizit ökonomische Inhalte vorgesehen ist. Insgesamt ist ein Anteil von fünf SWS Ökonomieausbildung der sich aus drei Lehrveranstaltungen zusammensetzt mit der Verpflichtung zu einem Leistungsnachweis vorgesehen.

Veranstaltungsangebot³⁶

Die Veranstaltungen im Modul „Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik“ sind im SS 10 folgende: „Aktuelle Probleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, „Krise des Sozialstaats?“, im WS 10/11 „Economy Mainstreaming“ – Ökonomie als politisches Querschnittsthema“, „Einführung in die Steuerungs- und Verteilungspolitik“, „Politische Ökonomie“, „Soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat“, „Sozialpolitik. Eine Einführung“. Hier besteht durchaus für die Studierenden eine gewisse Wahlmöglichkeit aus einer einstelligen Anzahl an Veranstaltungen, jedoch beinhalten alle Veranstaltungen zum Modul zumindest ökonomische Inhalte bzw. haben einen ökonomischen Fokus. Es gibt in Gießen weitere Pflichtmodule, die nicht dem Titel nach einen ökonomischen Bezug haben, innerhalb derer jedoch einzelne ökonomische Aspekte auftauchen. Hierzu bestehen vereinzelt auch im Veranstaltungsangebot eindeutige ökonomische Bezüge, wie bspw. im SS 11: „Welthandel? Institutionen, Theorien, Produktmärkte“.

Bewertung

Da es sich bei dem Ökonomiemodul um ein Pflichtmodul handelt, ist davon auszugehen, dass Studierenden zumindest Grundkenntnisse in Ökonomie vermittelt werden, eindeutig ist jedoch im Veranstaltungsangebot ein politikwissenschaftlicher Schwerpunkt zu erkennen, die Wirtschaftsanteile im Studium „Politik und Wirtschaft“ sind beschränkt.

³⁶ Vgl. Anhang G-2.

4.1.2.4 Universität Kassel (POWI/ L3)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Lehrangebot des Faches Politik und Wirtschaft wird in Kassel komplett durch den Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften“ abgedeckt.

Studienordnung³⁷

Eine Besonderheit des Politik und Wirtschaft-Studiums an der Universität Kassel ist, dass es mit der Einführung einer neuen Studienordnung mit dem WS 2010/10 nur noch Pflichtmodule gibt. Die Wahlpflichtmodule entfallen bzw. wurden verpflichtend. In Kassel werden in den Modulbeschreibungen nicht nur verbindliche Prüfungsleistungen aufgelistet, sondern auch darüber hinaus zu erbringende Studienleistungen, wie bspw. die Übernahme eines Referates, einer Präsentation, Moderation, Essay etc.

Im Studiengang L3 sind 5 Pflichtmodule der Fachwissenschaft vorgesehen. Auch hier ist (wie im Studiengang L2) das Modul „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“ (8LP, 2LV) zu belegen. Zusätzlich ist im Studiengang L3 als Modul die „Fachwissenschaftliche Vertiefung“ vorgesehen, welche mittels der Belegung ökonomischer Veranstaltungen abgeschlossen werden kann.

Übersicht 19: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Kassel			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie	2 LV = 4 SWS	8	Klausur, Hausarbeit oder 15-minütige mündl. Prüfung (1LN) <i>Zusätzlich 1-2 Studienleistungen</i>

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Kassel, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modul „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“

Inhalte:

- Zentrale Begriffe und Kategorien sowie Methoden und Theorien der Wirtschaftswissenschaft
- Konzeptionen und Instrumente der Wirtschaftspolitik
- Prinzipien und wesentliche Regelungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland
- fachdidaktische Prinzipien und Konzepte.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- zentrale Fragestellungen, Begriffe und Kategorien der Wirtschaftswissenschaft sowie Prinzipien und wesentliche Regelungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik
- wirtschaftswissenschaftliche Methoden und Theorien
- Perspektive verschiedener Theorien
- Lösungsansätze für komplexe ökonomische Probleme
- Theorien auf logische Konsistenz und empirischen Gehalt hin überprüfen
- wirtschaftspolitische Implikationen verschiedener Theorien.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/ L3 Kassel, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

³⁷ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

Übersicht 20: Pflichtmodul mit Wahlmöglichkeit bezüglich Inhalten POWI/ L3 Gießen

Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Fachwissenschaftl. Vertiefung	3 LV = 6 SWS	18	Klausur, Hausarbeit oder 15-minütige mündl. Prüfung (2 LN) <i>Zusätzlich 1-2 Studienleistungen</i>

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Kassel, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung

Modul „Fachwissenschaftliche Vertiefung“

Dieses Modul ist ein Modul, in welchem der Schwerpunkt durch die Studierenden selbst bestimmt werden kann. Sie haben hier die Möglichkeit sich mit dem ökonomischen Spektrum vertiefend zu beschäftigen, allerdings besteht hierzu keine Verpflichtung. Die Mehrzahl der angebotenen Veranstaltungen ist politikwissenschaftlich orientiert.

Inhalte:

- U.a. Wirtschaftspolitik: Formen und Wandel staatlicher Eingriffe in Wirtschaft sowie deren sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Begründungen.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- U.a. komplexe sozial- oder wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen unter Verwendung sozialwissenschaftlicher Methoden bearbeiten.

Der Modulbeschreibung ist darüber hinaus zu entnehmen, dass „neben diesen fachwissenschaftlichen Lernzielen [...] mit dem Modul angestrebt (wird), dass die Studierenden ökonomische Themen in Curricula zu sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern identifizieren und Ideen zur fachdidaktischen Aufbereitung ökonomischer Themen im Unterricht entwickeln können.“

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/ L3 Kassel, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Hier wird also eine Verzahnung der fachwissenschaftlichen mit den didaktischen Optionen gefördert. Dies zeigt sich auch in den Veranstaltungen, die diesen Modulen zugeordnet sind. Es handelt sich hier um spezifische Lehramtsveranstaltungen, nicht um Veranstaltungen, die auch für Lehramtsstudierende offen sind.

Leistungsanforderungen

Eines der Pflichtmodule, „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“, auf welches 8 der insgesamt zu erreichenden LP entfallen ist eindeutig als „Wirtschaftsmodul“ zu bezeichnen. Das Modul umfasst 2 LV, aber nur einen Leistungsnachweis in Form einer Klausur, Hausarbeit oder einer 15-minütigen mündlichen Prüfung. Darüber hinaus kann in dem Modul „Fachwissenschaftliche Vertiefung“ ein Schwerpunkt Ökonomie gewählt werden.

Veranstaltungsangebot³⁸

Im Modul „Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie“ wird die Veranstaltung „Ökonomie in der Schule“, Teil 1 und 2 angeboten, diese ist explizit auf die Bedürfnisse der Lehrerinnen und Lehrer im Fach Politik und Wirtschaft ausgerichtet, hier bestehen keine Wahlmöglichkeiten. Diese Veranstaltungen werden regelmäßig unter gleichem Titel angeboten.

³⁸ Vgl. Anhang G-2.

Innerhalb der „Fachwissenschaftlichen Vertiefung“ werden in einem verhältnismäßig großen Angebot einzelne Veranstaltungen mit ökonomischem Schwerpunkt angeboten, wie bspw. „Arbeit- Arbeitslosigkeit- Arbeitsmarktpolitik“, wobei in diesem Bereich eindeutig der Anteil politikwissenschaftlicher Veranstaltungen überwiegt. Hier variieren die Veranstaltungen allerdings, ca. ein Sechstel der Veranstaltungen haben einen ansatzweise ökonomischen Schwerpunkt.

Bewertung

Acht der 60 in der Fachwissenschaft zu erreichenden Leistungspunkte sind in dem obligatorischen „Wirtschaftsmodul“ zu belegen. Hier bestehen keine Wahlmöglichkeiten bezüglich der Veranstaltungen, so dass zumindest allen Studierenden zwar geringe, aber vergleichbare ökonomische Inhalte vermittelt werden. Wirtschaftsaffine Studierende haben die Möglichkeit, in der Fachwissenschaftlichen Vertiefung einen Ökonomieschwerpunkt zu wählen.

Zusammenfassend lässt sich für Kassel festhalten, dass die Ökonomieausbildung der Politik und Wirtschaft-Studierenden einen Anteil in der Fachwissenschaft umfasst, der immerhin inneruniversitär vergleichbar ist, da alle Studierenden in diesem Modul die gleichen Veranstaltungen durchlaufen. Allerdings ist der Anteil der verpflichtenden ökonomischen Veranstaltungen mit 2 Lehrveranstaltungen insgesamt gering.

4.1.2.5 Philipps-Universität Marburg (POWI/ L3)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

In Marburg ist das Studium Lehramt Politik und Wirtschaft am Fachbereich „Gesellschaftswissenschaften und Philosophie“ angesiedelt. Alle Veranstaltungen werden von diesem Fachbereich angeboten.

Studienordnung³⁹

In der Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft sind sechs Pflichtmodule abzuschließen, darüber hinaus vier Wahlpflichtmodule, also sind insgesamt zehn Module. Innerhalb der Pflichtmodule ist nur eines ökonomisch orientiert, das Modul 6: „Politische Ökonomie I“.

Daneben existieren zwei fachwissenschaftliche Wahlpflichtbereiche (außerdem verschiedene fachdidaktische Wahlpflichtbereiche). Im „Wahlpflichtmodulbereich 1: Fachwissenschaftliche Kerngebiete“ sind drei aus fünf Modulen zu wählen, sowie im „Wahlpflichtmodulbereich 2: Fachwissenschaftliche Erweiterungsgebiete“ eines aus vier. Im Wahlpflichtbereich der sog. Schnittstellenmodule (Fachwissenschaft und Fachdidaktik) sind zwei aus vier Modulen zu wählen.

Neben dem bezeichneten Pflichtmodul ist im Wahlpflichtbereich 1 eines der fünf zur Wahl stehenden Module ein „Wirtschaftsmodul“, es handelt sich um das Wahlpflichtmodul 4: „Politische Ökonomie II“, welches den Abschluss von „Politische Ökonomie I“ voraussetzt. Im Bereich der Schnittstellenmodule findet sich das Wahlpflichtmodul 15: „Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft“.

Fünf der Pflichtmodule sind politologisch oder anderweitig sozialwissenschaftlich orientiert, acht der neun Wahlpflichtmodule haben keinen ökonomischen Ansatz, nur eines der Pflichtmodule und auch nur eines der Wahlpflichtmodule im fachwissenschaftlichen Bereich hat originär ökonomische Inhalte.⁴⁰

Übersicht 21: Ökonomische Pflichtmodule POWI/ L3 Marburg			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Politische Ökonomie I	VL, PS = 4 SWS	6	Referat mit schriftl. Ausarbeitung, Hausarbeit, Klausur oder mündl. Prüfung (1LN)

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Marburg, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung

³⁹ Vgl. Anhang G-0 und G-2.

⁴⁰ In der Marburger Modulbeschreibung werden Kompetenzen und Inhalte nicht in der gleichen Weise unterschieden wie an den anderen Universitäten, daher werden hier nur die aus der Modulbeschreibung zu entnehmenden Inhalte aufgelistet, die als Qualifikationsziele bezeichnet werden.

Modulbeschreibung „Politische Ökonomie I“

Inhalt:

- Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie
- relevante Theorien der politischen Ökonomie bezogen insb. auf die Beziehungen von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, auf Entwicklungsdynamik und Krise sowie auf Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung ökonomischer Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland
- Grundelemente des ökonomischen und des sozialen Systems der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext – bezogen auf Wirtschaftsordnung, Konjunktur- und Stabilitätspolitik; Wettbewerbspolitik; Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik; Geldpolitik; Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie auf internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/L3 Marburg, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Übersicht 22: Ökonomische Wahlpflichtmodule POWI/ L3 Marburg

Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	LN
Politische Ökonomie II	S, S = 4 SWS	6	Referat mit schriftl. Ausarbeitung, Hausarbeit, Klausur oder mündl. Prüfung (1 LN)
Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft (Schnittstellenmodul)	S, S = 4 SWS	3 (+3 Fachdidaktik)	Referat mit schriftl. Ausarbeitung, Hausarbeit, Klausur oder mündl. Prüfung (1 LN)

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Marburg, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „Politische Ökonomie II“

Voraussetzung: Abschluss von PÖ I

Inhalte:

- Überblicksveranstaltung zum Themenfeld „Politische Theorie der Ökonomie – Politische Ökonomie der Demokratie“ in wechselnden Formen und mit wechselnden Schwerpunkten
- exemplarische Analyse der Politischen Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland im europäischen und globalen Kontext einschl. ihrer Akteursstruktur
- Geschichte und Theorie sowie zur vergleichenden Analyse kapitalistisch-demokratisch verfasster Wohlfahrtsstaaten
- Probleme und Perspektiven ökonomischer Globalisierung *in politikwissenschaftlicher Perspektive* sowie zu ausgewählten Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik.

Kompetenzen:

- in ökonomischen und sozialen Problemlagen der aktuellen Transformationsprozesse in den modernen Gesellschaften, im europäischen Kontext und im globalen Maßstab und den sich daraus ergebenden Problemen und Herausforderungen politischen Handelns
- vertiefende Kenntnisse der Politischen Ökonomie von Kapitalismus und Globalisierung sowie von alternativen Transformationskonzepten im lokalen, nationalen, inter- und transnationalen Maßstab
- Aufbau von Theorie- und Praxiskompetenz der Studierenden im Hinblick auf Politikalternativen unter schwierigen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen.

Modulbeschreibung „Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft“

Zielgruppe: Lehramtsstudierende mit dem Fach Politik und Wirtschaft

Inhalte:

- Überblicksveranstaltung zum Themenfeld „Politische Ökonomie“ (s. Wahlpflichtmodul 5b)
- didaktisch orientiertes Seminar mit Praxisbeispielen des Unterrichts zu Themen des Lehrplans ‚Politik und Wirtschaft‘ in Hessen wie z.B.: Ökonomie und Arbeitswelt; Beschäftigung und Arbeitsmarkt; Sozialstruktur, Einkommens- und Vermögensverteilung; Sozialstaatlichkeit; wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik; Wirtschaftsordnung, Markt, Preisbildung, Konzentration und Wettbewerb; Wirtschaftliche Integration Europas, internationale Wirtschaftsbeziehungen und Probleme und Perspektiven ökonomischer Globalisierung.

Kompetenzen:

- ökonomische Theorien und gesamtwirtschaftliche Grundlagen
- Vorstellung für das Unterrichten zu diesen Themenbereichen
- Verknüpfung von Theorie und Praxis, didaktisch-methodisch begründete Planung von Unterricht zu wirtschaftlichen Themen zu befähigen sowie deren Fachkenntnisse, Methoden- Kommunikations- und Präsentationskompetenzen, Kooperationsfähigkeiten zu erweitern.

Quelle: Modulbeschreibungen der Studienordnung POWI/L3 Marburg, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Sechs der im fachwissenschaftlichen Pflichtmodulbereich zu erreichenden LP sind in einem Wirtschaftsmodul zu erreichen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, 2 weitere Wirtschaftsmodule zu wählen, was bedeutet, dass maximal drei Module à 6 LP ökonomische Inhalte decken können, wobei dem Schnittstellenmodul nur drei fachwissenschaftliche LP zuzuordnen ist. Maximal 15 der 60 zu belegenden LP in der Fachwissenschaft können also durch ökonomische Inhalte abgedeckt werden.

Veranstaltungsangebot⁴¹

Insgesamt ist eine politikwissenschaftliche Perspektive vorherrschend im Veranstaltungsangebot, welches hier beispielhaft für SS 10 und WS 10/11 beschrieben wird.

Im SS 10 werden im Pflichtmodul „Politische Ökonomie I“ sechs Veranstaltungen angeboten, welche allesamt einem politikwissenschaftlichen Schwerpunkt zuzuordnen sind. Jene, welche ansatzweise ökonomische Aspekte abdecken, sind bspw. eine „Einführung in die Politische Ökonomie der BRD“, „Die Rolle von Gewerkschaften im Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland“ und „Grundlagen der deutschen Wirtschaftspolitik“. Die Kommentierung der letztgenannten Veranstaltung lässt darauf schließen, dass wirtschaftspolitische Problemfelder angesprochen werden, hier werden die Themen

- Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und politische Steuerungsmaßnahmen
- Inflation und Geldpolitik, Konjunktur und Fiskalpolitik, Staatsverschuldung und Haushaltspolitik
- Kartelle, Fusionen und Wettbewerbspolitik
- sowie Finanzmarktkrise, Standortwettbewerb und nationale Wirtschaftspolitik angeführt.

Im Wahlpflichtmodul „Politische Ökonomie II“ werden im SS 10 insgesamt folgende Veranstaltungen angeboten: „Die Europäische Integration in der kritischen Politischen Ökonomie“, „Die Krise verstehen“, „The Political Economy of the United States“. Jene, welche nach der Kommentierung zu schließen als ökonomische Veranstaltung gewertet werden kann, ist: „Die Krise verstehen“.

Die im Modul „Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft“ angebotenen Veranstaltungen sind speziell für Lehramtsstudierende vorgesehen, hier wird in der Kommentierung explizit darauf hingewiesen, dass eine Orientierung an den Themen erfolgt, welche im Fach Politik und Wirtschaft an Gymnasien relevant sind.

Bewertung

Verpflichtend ist in Marburg nur ein einziges Modul mit sechs Leistungspunkten. In diesem besteht eine große Wahlfreiheit innerhalb des Moduls. Ein an Ökonomie nicht interessierter Studierender kann durchaus ökonomische Inhalte vermeiden. Allerdings gibt es im Rahmen der Wahlpflichtmodule die Option, spezifisch für das Lehramtsstudium angedachte Veranstaltungen zu besuchen, welche in dieser Form im Fach Politik und Wirtschaft in Hessen selten vorkommen.

Insgesamt findet ein verpflichtendes Ökonomiestudium an der Universität Marburg im Fach Politik und Wirtschaft quantitativ und qualitativ nur sehr begrenzt statt. Es ist zwar ein Leis-

⁴¹ Vgl. Anhang G-2.

tungsnachweis vorgesehen, diesen können Studierende jedoch faktisch auch in einer nicht-ökonomisch orientierten Veranstaltung erreichen.

4.1.2.6 Ergebnis: Politik und Wirtschaft Lehramt an Gymnasien in Hessen

Abschließend wird anhand der verwandten Indikatoren untersucht, welche Unterschiede im Studium des Faches Politik und Wirtschaft bezüglich der Ökonomie zwischen den Universitäten in Hessen bestehen. Damit soll eine (erste) Antwort auf die Frage gegeben werden, ob Absolventinnen und Absolventen des Politik und Wirtschaft-Studiums in Hessen unterschiedliche Ökonomiekenntnisse haben. Im ersten Schritt erfolgt ein quantitativer Vergleich der insgesamt im Studiengang L3 zu belegenden Module in der Fachwissenschaft sowie der Anteil der Ökonomiemodule daran.⁴²

Übersicht 23: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ POWI/ L3		
Universität	Module insges. (Fachwissenschaft)	davon obligatorische Ökonomiemodule
Darmstadt	7 PM, 2 WP = 9 Module	1 Modul = 3 Lehrveranst.
Frankfurt am Main	7 PM, 1 WP = 8 Module	2 Module = 5 Lehrveranst.
Gießen	5 PM, 1 WP = 6 Module	1 Modul = 3 Lehrveranst.
Kassel	5 PM, 0 WP = 5 Module	1 Modul = 2 Lehrveranst.
Marburg	6 PM, 4 WP = 10 Module	1 Modul = 2 Lehrveranst.

Quelle: Studienordnungen POWI/ L3, Verweise s. Anhang G-0, eigene Darstellung

Schon hier zeigen sich erste Unterschiede in der Anzahl der zu belegenden Module. Einerseits ist durch die höchst unterschiedliche Gesamtzahl der Module (Spektrum von 5 bis 10 Module insgesamt) im Bereich der Fachwissenschaft ein einzelnes Modul unterschiedlich gewichtet. Andererseits zeigt sich, dass an allen Universitäten mindestens und zumeist ein Modul innerhalb des gesamten Studiums der Fachwissenschaft als originär ökonomisch zu bezeichnen ist. Die Anzahl der innerhalb der Ökonomiemodule zu besuchenden Veranstaltungen schwankt zwischen den Universitäten ebenfalls zwischen zwei und fünf Lehrveranstaltungen.

In der folgenden Darstellung werden die Leistungspunkte, die mindestens von den Politik und Wirtschaft-Studierenden formal durch den Besuch von Ökonomie-Modulen belegt werden müssen (LP Minimum), sowie die Leistungspunkte, die maximal in dem Studiengang evtl. durch das Belegen von Wahlpflichtmodulen mit ökonomischen Inhalten erreicht werden können (LP Maximum), verglichen. Der Vergleich bestätigt das bereits beim Modulvergleich erzielte Ergebnis: Zwischen den hessischen Universitäten bestehen auch bei den in Ökonomie geforderten Leistungspunkten erhebliche Unterschiede. Der Vergleich bestätigt ebenfalls

⁴² Wir beschränken uns hier auf eine Übersicht zur Fachwissenschaft ohne Berücksichtigung der Fachdidaktik.

die geringe Bedeutung, die im Studium des Faches Politik und Wirtschaft für L3 der Ökonomie schon formal zugemessen wird. So entfallen in Marburg gerade 10% der LP, die in dem Fach erreicht werden müssen, auf Ökonomie.

Übersicht 24: Vergleich Leistungspunkte POWI/ L3		
Universität	LP Minimum	LP Maximum
Darmstadt	9/60	21/60
Frankfurt am Main	24/60	35/66
Gießen	10/60	20/60
Kassel	8/60	26/60
Marburg	6/60	12 bzw. 18/60

Quelle: Studienordnungen POWI/ L3, Verweise s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Um einen (noch) nachhaltigeren Eindruck zu erhalten, rekurrieren wir noch auf die Anzahl und die Art der zu besuchenden Lehrveranstaltungen und damit verbundenen Leistungsnachweise, die innerhalb der Ökonomiemodule nachzuweisen sind. Damit stellen wir auf tatsächliche Leistungsanforderungen in den Ökonomiemodulen ab.

Übersicht 25: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise POWI/ L3			
Universität	Lehrveranstaltungen in den verpflichtenden „Ökonomiemodulen“	Leistungspunkte	Leistungsnachweise
Darmstadt	VL VWL, Ü VWL, VL BWL = 6 SWS	9	3 Klausuren
Frankfurt am Main	PS, PS, PS, S, S = 10 SWS	24	2 Klausuren oder Hausarbeiten (in <i>einem</i> PS und <i>einem</i> S)
Gießen	VL (1SWS), PS, S = 5 SWS	10	1 Klausur
Kassel	2 Lehrveranst. = 4 SWS	8	1 Klausur, Hausarbeit oder 15-minütige mündl. Prüfung <i>Zusätzlich 1-2 Studienleistungen</i>
Marburg	VL, PS = 4 SWS	6	1 Referat mit schriftl. Ausarbeitung oder Hausarbeit oder Klausur oder mündl. Prüfung

Quelle: Studienordnungen POWI/ L3, Verweise s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Auch der an dieser Stelle gezeigte Vergleich bestätigt die bisherigen Ergebnisse, dass der Anteil ökonomischer Inhalte gering ist. Den nach dieser Übersicht größten Anteil an ökonomischen Inhalten bietet Frankfurt mit 24 Leistungspunkten. Diese Einschätzung ist, wie oben bereits formuliert, mit Vorsicht zu behandeln: Die den beiden Ökonomiemodulen zugeordneten Lehrveranstaltungen sind insgesamt eher nicht ökonomisch, sodass die tatsächlich zu erbringenden LP in Frankfurt geringer sind. Die im Vergleich meisten Leistungsnachweise müssen in Darmstadt abgelegt werden, immerhin drei Klausuren in wirtschaftswissenschaftlichen Veranstaltungen.

Für einen inhaltlichen Vergleich rekurren wir auf die Struktur des Gemeinschaftsgutachtens. Anhand dieser Struktur werden in der folgenden Übersicht die geforderten Inhalte für ein Lehramtsstudium in Ökonomie nochmals komprimiert aufgestellt und je Universität für den Studiengang L3 angegeben, ob die Inhalte laut Modulbeschreibung im Pflicht- (P) oder Wahlpflichtbereich (W) abgedeckt werden.⁴³

Übersicht 26: Gegenüberstellung der Forderung des Gutachtens (Retzmann u.a. 2010) für die Lehrerausbildung und der Inhalte der Modulbeschreibungen POWI hessischer Universitäten

		Da	F	Gi	Ks	Mr
BWL I: Grundlagen						
	Rechnungswesen	P				
	Investition u. Finanzierung	P	W	W	W	
	betr.wirtsch. Modelle und Funktionen	P	P	W	W	
BWL II: Unternehmensführung						
	Strategisches Management, Unternehmensführung	P	P/W	P		
	Personal und Organisation	P	P/W			
VWL I: Einzel- und gesamtwirtschaftliche Grundlagen						
	Mikroökonomie	P	P	P	P	
	Makroökonomie	P	P	P	P	W
VWL II: Wirtschaftssystem und soziale Sicherung						
	Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik	P	P/W	P/W	W	P/W
	Soziale Marktwirtschaft	W	P	P	W	W
	Steuer- und Sozialpolitik	P	P	P	P	P

Quelle: Retzmann u.a. 2010, 124ff und Modulbeschreibungen POWI/ L3, Verweise s. Anhang G-0 und G-2, eigene Darstellung.

Diese Übersicht zeigt, dass teilweise gravierende inhaltliche Unterschiede zwischen den Universitäten bestehen. Die Darstellung ist zwar auf grundlegende Aspekte der Ökonomie beschränkt; es zeigt sich dennoch zum einen, dass das Lehramtsstudium in Politik und Wirtschaft für L 3 an den Universitäten insgesamt sehr unterschiedlich ausgestaltet ist und zum

⁴³ Hier wird zur besseren Lesbarkeit eine Kurzversion dargestellt, im Anhang G-2 befindet sich eine ausführlichere Version.

anderen, dass genau die hier dargestellten Grundlagen häufig nur im Wahlpflichtbereich benannt werden und nicht Teil der verpflichtenden Studieninhalte sind.

Insgesamt zeigen sich teilweise erhebliche Unterschiede im Ökonomiestudium der Lehramtsstudierenden im Studiengang Lehramt an Gymnasien im Fach Politik und Wirtschaft in dem hier angestellten Vergleich auf zwei Ebenen:

- Einerseits zeigt die Übersicht zu den jeweiligen Universitäten, dass zum einen, wenn überhaupt, dann nur ein geringer Anteil der zu erreichenden Leistungspunkte mit ökonomisch ausgerichteten Lehrveranstaltungen zu belegen ist. An keiner der hessischen Universitäten wird auch nur annähernd ein etwas hälftiger Anteil Ökonomie, wie ihn das Verbundfach eigentlich vorgibt, eingehalten, erst recht nicht, berücksichtigt man die offensichtlich mit einer gewissen Beliebigkeit zugeordneten Lehrveranstaltungen.
- Die Übersichten zu den einzelnen Universitäten zeigen, dass das den Modulen zugeordnete Lehrangebot bei weitem nicht den Anforderungen an ökonomischen Inhalten für ein adäquates Ökonomiestudium für das Lehramt, das bspw. das Gemeinschaftsgutachten (Retzmann u.a. 2010) fordert, entspricht. Die Perspektiven, die gewählt werden, sind teilweise keine echten ökonomischen, sondern sozial- oder politikwissenschaftliche Sichtweisen auf die Wirtschaft, dies gilt sowohl für den Studiengang L2 als auch für L3.
- Zudem zeigt sich in der Diversität der Wahlmöglichkeiten, die die Studierenden haben, dass innerhalb der einzelnen Universitäten keine Vergleichbarkeit der Studierenden hinsichtlich der im Verlauf des Studiums des Faches Politik und Wirtschaft erreichten Kenntnisse in Ökonomie gegeben ist.
- Der interuniversitäre Vergleich zeigt, dass eine landesweite Vergleichbarkeit der Ökonomiekenntnisse von Lehramtsabsolventen und -absolventinnen ebenfalls nicht gegeben ist. Die Universitäten unterscheiden sich hinsichtlich ihres Angebots, ihrer Leistungsanforderungen und bezüglich der inhaltlichen Schwerpunkte, die im Bereich ökonomische Bildung gelegt werden, ganz erheblich.
- In Darmstadt wird verpflichtend BWL vermittelt, allerdings mit deutlichen Anteilen an Inhalten wie Buchführung, die wiederum für die Anwendung und Umsetzung im Lehrerberuf nur bedingt erforderlich ist. Frankfurt und Gießen vermitteln ebenfalls überwiegend Wirtschaftskennntnisse aus politikwissenschaftlicher Perspektive und damit politische Ökonomie. In Kassel ist das Angebot immerhin speziell auf das Lehramt ausgerichtet, während insgesamt eher Veranstaltungen, die im Rahmen gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge ohnehin bestehen, auch für Lehramtsstudierende angeboten werden. In Marburg wird insbesondere (kritische) politische Ökonomie angeboten, also das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, während mikroökonomische Inhalte nicht abgedeckt werden.

4.1.2.7 Abgleich Stand der Lehrerbildung mit den formalen Anforderungen

Vergleich der Lehrerausbildung mit den hessischen Lehrplänen

Eine Gegenüberstellung der im Rahmen des Studienganges Politik und Wirtschaft an hessischen Universitäten vermittelten Inhalte mit den in den Lehrplänen genannten Inhalten wäre zwar wünschenswert im Hinblick auf die Beantwortung der Frage, ob die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Fach Politik und Wirtschaft in Hessen den Anforderungen, die die Umsetzung des Lehrplanes an jene stellt, gerecht wird. Ein solcher Abgleich ist jedoch, und dies ergibt sich aus der oben dargestellten Analyse, nur schwer durchzuführen.

An den einzelnen Universitäten bestehen – mit Ausnahmen – große Wahlfreiheiten innerhalb der Module und dies führt dazu, dass weder intra- noch interuniversitär Vergleichbarkeit besteht. Aus einem Abgleich der in den Modulbeschreibungen genannten Inhalte kann noch nicht darauf geschlossen werden, ob diese tatsächlich in der durchgeführten Lehrveranstaltungen vorkommen, geschweige denn umsetzbar vermittelt werden. Ein Vergleich der Kommentierung der Veranstaltungen in den Vorlesungsverzeichnissen ist aus den gleichen Gründen wenig fruchtbar, zumal zu vielen Veranstaltungen gar keine oder nur sehr knappe Kommentierungen vorliegen. Jenen jedoch zu unterstellen, dass sie keine relevanten Inhalte vermitteln, wäre methodisch fragwürdig.

Vergleich mit dem Gemeinschaftsgutachten: quantitativ und qualitativ

Die hier zugrunde gelegte Norm für die Arbeitgeberperspektive ist das Gemeinschaftsgutachten (vgl. Retzmann u.a. 2010). Wir haben uns daher dazu entschieden, uns auf den Abgleich der quantitativen Forderung für die Lehrerausbildung eines eigenständigen Faches Ökonomie und qualitativ im Gutachten geforderten Inhalte mit den in der Lehrerausbildung verpflichtend oder wahlweise abzudeckenden Inhalten zu beschränken, wobei auch hierzu angemerkt werden muss, dass es sich nur um eine erste Orientierung bezüglich der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an hessischen Universitäten handeln kann und diese Analyse sich auf die in den Modulbeschreibungen angegebenen Inhalte, nicht auf tatsächlich vermittelte Inhalte und Kompetenzen bezieht.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass die in dem Gemeinschaftsgutachten aufgestellten Forderungen für ein eigenständiges Fach Ökonomie stehen und dies mit dem in Hessen eingeführten Kombinationsfach Politik und Wirtschaft nur beschränkt vergleichbar ist. Daher sind auch die im Gutachten angegebenen zu erreichenden Leistungspunkte auf ein paritätisch angelegtes Kombinationsfach nur schwer umzumünzen. Eine erste Idee zu Diskrepanzen zwischen der realen Lehrerausbildung (in Hessen) und dem von den Arbeitgebervertretern geforderten Umfang der Ausbildung für Ökonomielehrerinnen und -Lehrer lassen sich

durch die Gegenüberstellung in Form eines rein mengenmäßigen Vergleiches dennoch erhalten. Wir beschränken den Vergleich hier auf die fachwissenschaftlichen Bereiche, im Gutachten werden selbstverständlich auch die fachdidaktischen Inhalte mit berücksichtigt.

Übersicht 27: Forderungen des Gemeinschaftsgutachtens der deutschen gewerblichen Wirtschaft an eine ökonomische Lehrerausbildung (für ein eigenständiges Fach Wirtschaft)	
Inhalte	Umfang – Leistungspunkte (angenommene Werte für ein Kombinationsfach POWI: 50%)
BWL	20 (10)
VWL	Mind. 40 (20)
Wahlpflichtbereich (2 aus 4):	10 (5)
<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltsökonomik • Existenzgründung • Neue Institutionenökonomik • Ökonomischer Spieltheorie und Experimentelle Wirtschaftsforschung 	
Gesamt	70 (35)

Quelle: Retzmann u.a. 2010, 121, eigene Darstellung.

Das Gutachten fordert für das Lehramt an Gymnasien mindestens 20 LP im Bereich BWL, min. 40 LP für VWL, zudem einen Bereich Wirtschaftsrecht mit mindestens fünf LP, sowie einen Wahlpflichtbereich, in dem zwei aus den vier Bereichen „Haushaltsökonomik“, „Existenzgründung“, „Neue Institutionenökonomik“ und „Ökonomischer Spieltheorie und Experimenteller Wirtschaftsforschung“ gewählt wird, um damit weitere zehn LP zu erreichen.

Damit besteht die Forderung des Gutachtens –wohlgemerkt für ein eigenständiges Fach Ökonomie – aus einer Mindestsumme von 75 LP. Handhabt man diese rein numerisch, so müsste für ein paritätisch organisiertes Kombinationsfach in etwa die Hälfte auf den Anteil Ökonomie entfallen. Näherungsweise setzen wir die Norm von 35 LP.

Orientiert man sich an den in den derzeit gültigen Prüfungsordnungen, so sind im Studiengang L2 30 und im Studiengang L3 60 LP im fachwissenschaftlichen Studium zu erreichen. Bei einer in etwa gleichen Teilung des Faches entfielen damit theoretisch für das Lehramtsstudium Haupt- und Realschulen 15 LP und für das Gymnasium 30 LP auf den Ökonomieteil der Fachwissenschaft.

Berücksichtigt man für Hessen nur die schon nach Titel und Pflichtmodulbeschreibung eindeutig mittels ökonomischer Bildung zu erreichenden Leistungspunkte, so zeigt sich bei einer sehr wohlwollenden Deutung der innerhalb der Module angebotenen Lehrveranstaltungen, dass die hier erreichten Werte eher unter einem Drittel des Wertes von 35 LP, manche gar bei einem Viertel davon liegen. Mittels der Pflichtmodule erreicht man Darmstadt einen Anteil von neun LP, in Frankfurt immerhin 24 LP, wobei hier auf die entsprechende detaillierte Dar-

stellung des Studienganges hingewiesen sei. Gießen wartet mit immerhin zehn LP in einem wirtschaftlich orientierten Modul auf, Kassel verpflichtet die Studierenden zu acht LP in Wirtschaft und Marburg zu lediglich sechs verpflichtenden „ökonomischen Leistungspunkten“.

4.1.2.8 Fazit

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Ökonomieausbildung im Lehramtsstudiengang Politik und Wirtschaft in Hessen an den fünf hessischen Universitäten sehr unterschiedlich ausgestaltet wird. Dies zeigt sich zuallererst in der Ansiedlung des Faches Politik und Wirtschaft an unterschiedlichen Fachbereichen. Der hier durchgeführte Vergleich zeigt auch, dass zum einen ein geringer Anteil, zum anderen ein breites Spektrum von verpflichtenden Anteilen Wirtschaft bis weitgehender Wahlfreiheit der Studierenden besteht. Dies folgt aus einem Vergleich der Studienordnungen und Modulbeschreibungen, vor allem aber aus den verpflichtenden Studienmodulen, wo teilweise Wahlmöglichkeiten bestehen, die ein Umgehen von Ökonomieinhalten möglich machen.

Es dürfte weitgehender Konsens darüber bestehen, dass die Ambitionen an die ökonomische Bildung an den hessischen allgemeinbildenden Schulen quantitativ – die Lehrpläne sind anspruchsvoll – angemessen sind und dabei eine etwa vergleichbare Qualität anzustreben ist. Nach der hier vorgelegten Analyse kann nur eingeschränkt von Vergleichbarkeit ausgegangen werden, da inter- und inneruniversitär erhebliche Unterschiede in Ökonomie in diesem Lehramtsstudium bestehen, die unterschiedliche ökonomische Kenntnisse der Lehrerinnen und Lehrer zur Folge haben dürften.

Diese Beurteilung bezieht sich einmal auf die Ökonomiekenntnisse der Absolventen und Absolventinnen dieses Studiums allgemein. Es bezieht sich auch auf die recht großen Unterschiede in den Kompetenzen der Lehramtsstudierenden in diesem Studienfach. Daraus dürfte der Schluss zu ziehen sein, dass aufgrund der geringen Bedeutung der Ökonomie und der bestehenden Unterschiede in der Lehrerausbildung innerhalb und zwischen den Universitäten die ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen der hessischen Schülerinnen und Schüler nicht nur insgesamt eher gering sind, sondern dass sie auch erheblich divergieren.

4.2 Fachwissenschaft Arbeitslehre

Ökonomie bildet für die Haupt- und Realschulen in Arbeitslehre einen von drei Schwerpunkten.⁴⁴ In Hessen kann Arbeitslehre im Rahmen eines Lehramtsstudiums an der Universität Kassel und Gießen studiert werden.

4.2.1 Justus-Liebig-Universität Gießen (Arbeitslehre)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Lehrangebot zum Studium der Arbeitslehre wird in Gießen von mehreren Fachbereichen gestellt. Die pädagogischen Aspekte deckt der FB „Institut für Erziehungswissenschaften“ ab, die technischen Bereiche FB 07 und 08 (Didaktik der Physik und Didaktik der Chemie), die ökonomischen Bereiche der FB „Wirtschaftswissenschaften“, welcher spezielle Veranstaltungen für Nebenfachstudierende anbietet, die jedoch nicht für das Studium der Fachwissenschaft Politik und Wirtschaft vorgesehen sind. Aspekte des Wohnens und Haushaltes werden durch den FB 09 (Ökotrophologie, Institut Wirtschaftslehre des Haushaltes und der Verbrauchsforschung) vermittelt.

Studienordnung⁴⁵

In der Fachwissenschaft Arbeitslehre sind insgesamt zwei fachwissenschaftliche Pflichtmodule vorgesehen. Eines davon ist „VWL für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)“. Darüber hinaus sind drei Wahlpflichtmodule aus drei Bereichen vorgesehen.

Der erste Wahlpflichtbereich besteht aus zwei zur Wahl stehenden Modulen, von denen eines ökonomische Inhalte bedient. Auch im zweiten Wahlpflichtbereich werden in einem der beiden zur Wahl stehenden Module ökonomische Aspekte zumindest angeschnitten. Der dritte WP- Bereich besteht aus sechs Wahlpflichtmodulen, woraus ebenfalls eines zu wählen ist. Drei dieser sechs Module sind wirtschaftsorientiert, zum einen die „Einführung in die BWL“, die „VWL für Nebenfachstudierende I (Makroökonomik)“, sowie das Modul „Konsummuster privater Lebensformen“.

Hier findet sich, legt man einer Beurteilung zunächst nur die Modulbeschreibungen zugrunde, ein relativ großer Anteil an „Wirtschaftsmodulen“, wengleich dies nicht immer deren einziger Fokus ist.

⁴⁴ Ergänzend werden in den Haupt- und Realschulen ökonomische Inhalte im Fach Politik und Wirtschaft (Sozialkunde) unterrichtet.

⁴⁵ Vgl. Anhang G-0 und G-3.

⁴⁵ Vgl. Anhang G-0 und G-3.

Übersicht 28: Ökonomische Pflichtmodule AL Gießen

Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
VWL für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)	VL, Ü = 4 SWS	6	1 Klausur

Quelle: Studienordnung AL Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „VWL für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)“

Inhalte:

- Theorie der privaten Haushalte sowie der privaten Unternehmungen
- Analyse der Preisbildung bei verschiedenen Marktformen (vollständige und unvollständige Konkurrenz)
- Allokationseffizienz auf Produkt- und Faktormärkten
- Konzentrations- und Verteilungsproblemen in Theorie und Politik
- Marktversagen (wie die Problematik externer Effekte oder öffentlicher Güter)
- theoretische Erklärungsansätze und politische Konsequenzen (z.B. für die Bereiche der Umwelt- oder Wettbewerbspolitik)
- Prozesse der marktlichen Koordination und des Marktversagens.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- Komplexität des Markt- und Preissystems einer Volkswirtschaft
- mikroökonomische Sicht des Wirtschaftssystems
- Entscheidungsprozesse der Konsumenten, der Produzenten und der staatlichen Stellen, die im System der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte zusammentreffen und dezentrale Koordinationslösungen in einer prinzipiell marktwirtschaftlichen Ordnung ermöglichen
- Störfaktoren in Form von Marktversagenstatbeständen und alternativen Koordinationsformen
- Mikrokosmos preisgesteuerter Abläufe
- Möglichkeiten der Mikropolitik in Gestalt der Wettbewerbs-, Steuer- und Umweltpolitik.

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung AL Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Übersicht 29: Ökonomische Wahlpflichtmodule AL Gießen

Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Einführung in die BWL	VL, Ü = 4 SWS	6	1 Klausur
VWL für Nebenfachstudierende I (Makroökonomik)	VL, Ü = 4 SWS	6	1 Klausur
Konsummuster privater Lebensformen	S, Ü = 4 SWS	6	Referat mit Ausarbeitung und 1 Klausur

Quelle: Studienordnung AL Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Modulbeschreibung „Einführung in die BWL“

Inhalte:

- Grundlagen und Rahmenbedingungen: Gegenstand und Umfeld
- Leistungsprozess: Beschaffung, Produktion, Absatz und Finanzen
- Management: Personal, Organisation und internationale Tätigkeit
- Werkzeuge: Rechnungswesen und IuK-Systeme
- Entrepreneurship: Business Plan und Gründungsteam
- Mittelstand: Unternehmensnachfolge und Internationalisierung

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- betriebswirtschaftliches Basiswissen
- grundlegende Einführung in die Rahmenbedingungen, den Leistungsprozess, das Management und die Werkzeuge der Betriebswirtschaft
- Vertiefung in Bezug auf mittelständische Unternehmen sowie Unternehmensgründungen.

Modulbeschreibung „VWL für Nebenfachstudierende I (Makroökonomik)“

Inhalte:

- Einführung in die makroökonomische ex post-Analyse
- volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Geldmengenrechnung und Zahlungsbilanz
- ex-ante-Analyse: klassische und Keynesche Einkommens- und Beschäftigungstheorie, Inflationstheorie, Ansätze der Wachstumstheorie und die monetäre Theorie der Außenwirtschaft
- elementare Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik
- Modellstrukturen der Kreislaufanalyse und die Gleichgewichtsansätze der statischen und dynamischen Makroökonomik werden parallel zur o.a. Vorlesung didaktisch aufgearbeitet.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- das Funktionieren des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufsystems in seinen ex post-Beziehungen (das Definitions- und Erfassungssystem) und in seinen ex ante-Beziehungen (das makroökonomische Theoriesystem)
- realwirtschaftliche sowie monetäre theoretische Analyse im Rahmen einer angewandten Ökonomik mit den grundlegenden Optionen der Makropolitik
- zentrale makroökonomische Stabilitätsprobleme.

Modulbeschreibung „Konsummuster privater Lebensformen“

Inhalte:

- Grundlagen und Prinzipien von Erklärungsmodellen zum Konsumverhalten: sozial-ökonomische Verhaltensforschung, Lebensstilforschung, ökologisch-nachhaltige Verhaltensforschung
- Analyse und Interpretation von Daten: amtliche und nichtamtliche Statistiken, empirische Studien zum Konsumverhalten und zu privaten Lebensformen, Aufbau und Erstellung von Tabellen.

Kompetenzen auf folgenden Gebieten:

- unterschiedliche Erklärungsmodelle zum Konsumverhalten in der Ökonomie, Soziologie, Psychologie und Ökologie.

Quelle: Modulbeschreibungen AL Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Auswertung.

Leistungsanforderungen

Von den 30 in der Fachwissenschaft Arbeitslehre zu belegenden Leistungspunkte sind mindestens sechs der ökonomischen Bildung zuzurechnen; ein wirtschaftsaffiner Studierender kann jedoch 12 der insgesamt zu erreichenden LP in Modulen belegen, die zumindest ökonomische Inhalte streifen, wenn eines der ökonomischen Wahlpflichtmodule belegt wird.

Zu berücksichtigen ist, dass hier insgesamt drei Wahlpflichtmodule mit ökonomischem Bezug bestehen. Die verpflichtenden Anteile sind allerdings als eher gering einzuschätzen.

Veranstaltungsangebot⁴⁶

In der für Nebenfachstudierende konzipierten Veranstaltung „VWL für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)“ findet sich eine didaktische Aufarbeitung der Inhalte, die speziell für Lehramtsstudierende von Bedeutung ist. Die Veranstaltungen werden entsprechend der Modulbeschreibung „regelmäßig“ angeboten, es gibt in diesem Bereich keine Wahlmöglichkeiten, so dass Studierende zumindest inneruniversitär vergleichbare Kompetenzen erreichen.

Bewertung

Mit einem verpflichtenden Ökonomiemodul (6 LP) ist die obligatorische Ökonomie-Ausbildung insgesamt eher gering ausgeprägt, allerdings handelt es sich bei den zugeordneten Veranstaltungen um echte Ökonomieveranstaltungen, die speziell für Nebenfachstudierende konzipiert sind. Darüber hinaus besteht formal ein breites Angebot an Wahlmöglichkeiten auch ökonomischer Art.

⁴⁶ Vgl. Anhang G-3.

4.2.2 Universität Kassel (Arbeitslehre)

Organisation des Faches innerhalb der Universität

Das Lehrangebot zum Studium der Arbeitslehre ist in Kassel am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften angesiedelt.

Studienordnung⁴⁷

In der Fachwissenschaft Arbeitslehre sind drei Pflichtmodule vorgesehen. Diese sind „Grundlagen der Arbeitslehre“, „Praxisformen der Arbeitslehre“ sowie die „Fachwissenschaftliche und –didaktische Vertiefung“. Festzuhalten ist, dass, auch wenn dem Titel nach keine eindeutige Zuordnung als ökonomisches Modul gewertet werden kann, grundsätzlich in allen drei Pflichtmodulen die Möglichkeit besteht, mit ökonomischen Themen in Kontakt zu kommen.

Die Modulstrukturen sehen vor, dass mindestens drei der zu belegenden Veranstaltungen unterschiedliche Fachbezüge haben. Es sind Bezüge zu z.B.: Ökonomie, Technik, Sozio-Ökologie/Arbeitswissenschaft, Physik oder anderen ausgewählten Sachgebieten/Praxisfeldern möglich.

Übersicht 30: Pflichtmodule mit wahlweise ökonomischen Inhalten AL Kassel⁴⁸			
Modultitel	Lehrveranstaltungen	LP	Leistungsnachweis
Grundlagen der Arbeitslehre	3 LV = 6 SWS	9 (+3 Fachdidaktik)	2 Prüfungsleistungen, Klausur oder Referat und schriftliche Ausarbeitung
Fachwiss. u. (–didakt.) Vertiefung	4 LV = 8 SWS	9 (+3 Fachdidaktik)	2 Prüfungsleistungen, Klausur oder Referat und schriftliche Ausarbeitung

Quelle: Studienordnung AL Gießen, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Leistungsanforderungen

In jedem der Module, sowie auch in einem der Fachdidaktik zugeordneten Modul besteht die Wahlmöglichkeit, Ökonomie zu belegen.

Es ergibt sich insgesamt, dass ein Studierender der Arbeitslehre in Kassel gänzlich ohne ökonomische Inhalte sein Studium abschließen kann, er aber die Möglichkeit hat, in jedem der Module zumindest eine Veranstaltung mit Wirtschaftsschwerpunkt zu belegen.

⁴⁷ Vgl. Anhang G-0 und G-3.

⁴⁸ Wir beschränken uns an dieser Stelle auf eine Auflistung der Module incl. der Leistungsanforderungen, die zusammengefassten Modulbeschreibungen entfallen hier, da diese keine ökonomischen Inhalte aufweisen. Die Auswertung der Lehrveranstaltungen jedoch zeigt, dass wenn auch nicht verpflichtend, so doch optional Ökonomie belegt werden kann.

Veranstaltungsangebot⁴⁹

Die Veranstaltungen, die dem Bereich Ökonomie zugeordnet sind, sind Ökonomieveranstaltungen mit einem Schwerpunkt auf der betrieblichen und Arbeitnehmerperspektive, was dem Fach Arbeitslehre entspricht, bspw. im WS 10/11 „Situation der Arbeitnehmer im Betrieb“, „Leistung und Lohn“ und im SS 11 „Arbeit im Wandel“ oder „Der Betrieb - Wirkungsstruktur und Entscheidungsbereich“.

Bewertung

Die Studierenden können einen Anteil Ökonomie im Rahmen der Modulstruktur belegen. Es bestehen aber keine verpflichtenden Anteile an Ökonomie, was insbesondere vor dem Hintergrund der Inhalte der Lehrpläne fragwürdig scheint. Zwar bietet das Vorlesungsverzeichnis entsprechende Themen zur Wahl, jedoch bleibt die Ökonomieausbildung dem einzelnen Studierenden selbst überlassen, bzw. haben Studierende des Faches Arbeitslehre in Kassel die Möglichkeit, gänzlich ohne Ökonomiekenntnisse ihr Studium abzuschließen.

⁴⁹ Vgl. Anhang G-3.

4.2.3 Zusammenfassung Arbeitslehre

Um einen ersten quantitativen Vergleich zwischen den Universitäten zu ermöglichen, sind an dieser Stelle die insgesamt im Fach Arbeitslehre zu belegenden Module in der Fachwissenschaft mit dem Anteil der Ökonomiemodule aufgelistet.⁵⁰

Übersicht 31: Quantitativer Vergleich „Ökonomiemodule“ Arbeitslehre		
Universität	Module insges. (Fachwissenschaft)	davon obligatorische Ökonomiemodule
Gießen	2 PM, 3 WP = 5 Module	1 Modul = 2 Lehrveranst.
Kassel	3 PM, 0 WP = 3 Module	0 Module, aber im Rahmen zweier PM die Möglichkeit jeweils einen der Schwerpunkte mit Ökonomie zu belegen.

Quelle: Studienordnungen AL, Verweise s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

In der folgenden Übersicht sind die mittels der Belegung der obligatorischen Ökonomiemodule zu erreichenden LP (Minimum) und die durch „ökonomieaffine“ Wahl höchstens (Maximum) formal in Ökonomiemodulen zu erreichenden Leistungspunkte aufgestellt. Hier zeigen sich, wie auch im Fach Politik und Wirtschaft, deutliche Unterschiede zwischen den beiden Universitäten.

Übersicht 32: Vergleich Leistungspunkte Arbeitslehre		
Universität	Leistungspunkte Minimum	Leistungspunkte Maximum
Gießen	6/30	24/30
Kassel	0/32	Hierzu lässt sich kein Wert angeben.

Quelle: Studienordnungen AL, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Übersicht 33: Vergleich Lehrveranstaltungen/LP/Leistungsnachweise Arbeitslehre			
Universität	Lehrveranstaltungen in den verpflichtenden „Ökonomiemodulen“	Leistungspunkte	Leistungsnachweise
Gießen	VL, Ü = 4 SWS	6	1 Klausur
Kassel ⁵¹			

Quelle: Studienordnungen AL, Verweis s. Anhang G-0, eigene Darstellung

Die obige Übersicht verdeutlicht den Unterschied zwischen den beiden Universitäten in der Verpflichtung zu ökonomischen Inhalten im Rahmen des Lehramtsstudiums Arbeitslehre.

⁵⁰ Wir beschränken uns auf eine Übersicht zur Fachwissenschaft, ohne Berücksichtigung der Fachdidaktiken.

⁵¹ Es existiert kein verpflichtendes Ökonomiemodul. Daher sind hier keine Angaben möglich, auch wenn Wahlmöglichkeiten in Richtung Ökonomie durchaus bestehen. Diese können durch die Studierenden vollständig autonom belegt oder umgangen werden.

In Gießen ist immerhin ein Anteil von sechs Leistungspunkten mit einem Leistungsnachweis in einem einschlägig ökonomisch geprägten Modul zu belegen, während in Kassel in diesem Studiengang bezüglich der zu legenden Schwerpunkte für die Studierenden Wahlfreiheit besteht und das obwohl die Ansiedlung des Faches am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften auf einen eindeutigeren Ökonomiebezug schließen ließe, wobei zu bemerken bleibt, dass in Kassel durchaus ein breites Angebot an ökonomischen Wahlmöglichkeiten besteht, allerdings ohne Verpflichtung.

Auch für das Fach Arbeitslehre lässt sich festhalten, dass strukturelle und formale Unterschiede der ökonomischen Bildung der Lehramtsstudierenden bestehen:

- Insgesamt zeigt sich, dass nur wenige Anteile verpflichtend sind, allerdings ist der Anteil der Wahlmöglichkeiten für Ökonomie groß. Es kann also im Fach Arbeitslehre durchaus eine ökonomische Bildung, auch mittels explizit ökonomischen Veranstaltungen, stattfinden, allerdings zu großen Anteilen in den zur Wahl stehenden Bereichen des Studienganges.
- Bezüglich des Faches Arbeitslehre liegt das Problem weniger in der Zuordnung der Veranstaltungen zu den Modulen, sondern eher in der Struktur der Studienordnung, die den Studierenden hinsichtlich der Schwerpunktsetzung des Faches große Wahlfreiheiten lässt.
- So ist auch hier nur eine geringe Standardisierung der Lehrerausbildung hinsichtlich der ökonomischen Bildung zu finden, so dass von intrauniversitärer Vergleichbarkeit der Ökonomiekenntnisse der Lehramtsabsolventen auch hier kaum ausgegangen werden kann.

Auf einen quantitativen Abgleich der Inhalte des Arbeitslehrestudiums mit den Inhalten des hessischen Lehrplans verzichten wir hier ebenfalls, da bspw. in Kassel kein verpflichtender Anteil Ökonomie existiert und damit auch, zumindest formal betrachtet, kein Mindestkenntnisstand der Lehramtsabsolventen definiert werden kann.

Festzuhalten bleibt im Hinblick auf einen derartigen Abgleich, dass der hessische Lehrplan für Arbeitslehre eine Vielzahl an ökonomischen Themen abdeckt, die Studienmöglichkeiten im Hinblick auf diese Inhalte auch in einem gewissen Umfang gegeben sind, allerdings für Hessen keine standardisierte ökonomische Bildung der Lehramtskandidaten im Hinblick auf die spätere Vermittlung entsprechender Inhalte im Fach Arbeitslehre stattfindet.

4.3 Aussagen der Experten zur Lehrerbildung in den Fächern Arbeitslehre und Politik und Wirtschaft

Um darüber hinaus einen Eindruck vom tatsächlichen Stand der Lehrerbildung in Ökonomie zu erhalten, wurden einige Interviews mit Ausbilderinnen und Ausbildern im Referendariat geführt und danach befragt, welche ökonomischen Kenntnisse die Lehramtsanwärter und -anwärterinnen tatsächlich haben.⁵²

Referendaren und Referendarinnen des Faches Politik und Wirtschaft wird zwar eine gewisse ökonomische Grundbildung attestiert, jedoch fehlen ihnen nach Aussage der Interviewpartner häufig vertiefte Kenntnisse von Theorien und Modellen. Auch stellt man fest, dass jene mit einem persönlichen Interesse am Fach entsprechend gute Kenntnisse mitbringen, andere jedoch deutlich weniger. Wo Wissenslücken bestehen zeige sich im Laufe der Tätigkeit als Lehrer, und an dieser Stelle bleibt es auch in der Eigenverantwortung der Lehrer, sich die nötigen Kenntnisse und Kompetenzen z. B. durch Weiterbildung anzueignen.

Anders stellt sich die Situation für das Fach Arbeitslehre dar: Hier wird den Studienabsolventen und -absolventinnen ein geringes Niveau an ökonomischem Wissen bescheinigt, das unreflektiert und ohne den nötigen Praxisbezug in den Unterricht übertragen werde. Die Wissenslücken umfassen neben den bereits erwähnten Aspekten häufig auch sehr unterrichtsrelevante Themen wie Betriebsformen und innerbetriebliche Aspekte.

Die Interviewpartner bestätigen, dass die ökonomische Bildung der Lehrer und Lehrerinnen differiert, daher hängen auch die ökonomischen Kenntnisse und Kompetenzen der Schulabgänger und -abgängerinnen deutlich von denen der jeweiligen Lehrkraft ab.

Die Interviewpartner geben auch an, dass die Lehrerausbildung im Bereich Ökonomie kein wirtschaftswissenschaftliches Studium sein solle, da bspw. vertiefte Kenntnisse in betriebswirtschaftlichen Bereichen sowie der Statistik den Schülerinnen und Schülern später nicht vermittelt werden müssten. Auch hier wird auf das Interesse der Referendare und Referendarinnen verwiesen, die aus persönlichem Antrieb eigene Schwerpunkte setzen und sich spezielle Themengebiete selbst erschließen.

Handlungsbedarf sehen die Interviewpartner insbesondere bezüglich des fachfremd durchgeführten Unterrichts und der Vermittlung adäquater didaktischer Methoden zur Umsetzung im Unterricht.

⁵² An dieser Stelle sei darauf hinweisen, dass es sich hierbei nicht um eine repräsentative Stichprobe handelt, und dass die Aussagen keinen verbindlichen Charakter haben, sie aber dennoch einen ersten Eindruck vermitteln können, wie sich der Stand der Lehrerbildung tatsächlich darstellt.

Es sei eine Erhöhung der wirtschaftsdidaktischen Anteile im Studium nötig, allerdings auf der Basis einer soliden fachwissenschaftlichen Ausbildung, damit die Studierenden in die Lage versetzt werden, den gelernten Stoff später im Unterricht auch gut vermitteln zu können.

Insgesamt bestätigen die geführten Gespräche die aus der Studie entwickelten Einschätzungen zum Stand der ökonomischen Lehrerbildung. Wirtschaftsinteressierte Studierende haben gute ökonomische Kenntnisse, sie nutzen die Wahlmöglichkeiten um sich in diesem Bereich solides Wissen anzueignen, wer jedoch einen eher politikwissenschaftlichen Zugang besitzt, der kann die ökonomischen Themen auch ohne weiteres im Studium und sogar in den Prüfungen umgehen.

Auch die Aussagen der Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberverbände legen den Schluss nahe, dass die in den hessischen Lehrplänen vorgegebenen Inhalte nicht adäquat vermittelt werden. Mehrfach wurde von den Interviewpartnern darauf hingewiesen, dass die im Rahmen des Gemeinschaftsgutachtens formulierten Forderungen an die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler im Bereich der ökonomischen Bildung eine Art „Idealvorstellung“ sei, eine erfolgreiche Ausbildung und Beschäftigung jedoch durchaus auch dann möglich sei, wenn die im Rahmen der Lehrpläne formulierten Kenntnisse und Kompetenzen tatsächlich durch die Lehrerinnen und Lehrer kompetent vermittelt würden.

Diese Aspekte wurden auch in den Gesprächen mit Vertretern des hessischen Kultusministeriums aufgegriffen. Der Bedarf an einer qualitativen Verbesserung in Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre an den hessischen Universitäten wird dort gesehen, ein konkreter Handlungsspielraum aber wegen der Autonomie der Universitäten als eher begrenzt eingeschätzt. Ein mögliches Instrument sei jedoch, die Staatsprüfungen, welche bisher nur formal diese Bezeichnung tragen, faktisch jedoch Universitätsprüfungen sind, als solche so umzustrukturieren, dass zumindest hinsichtlich der Prüfungsleistungen eine Vergleichbarkeit erreicht wird. Hierdurch könnte auch auf Seiten der Universitäten ein Handlungsdruck entstehen, wenn die Studierenden bestimmte Kenntnisse und Kompetenzen am Ende ihres Studiums unter Beweis stellen müssten.

Um kurzfristig eine Verbesserung des Unterrichts in Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre zu erreichen, sehen die Gesprächspartner vermehrte ökonomische Weiterbildung für Lehrer als Mittel der Wahl an.

4.4 Zusammenfassung

Die erkenntnisleitende Frage für das Lehramtsstudium in Ökonomie für die beiden Fächer Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre richtete sich die Quantität und Qualität dieses Studiums an den hessischen Universitäten. Hinsichtlich der Quantität lässt sich festhalten, dass der Umfang an Ökonomie an allen hessischen Universitäten im Vergleich zu den Lehrplänen und zum auf die Hälfte reduzierten Anspruch im Gemeinschaftsgutachten der gewerblichen Wirtschaft relativ gering ist.

Qualitativ bestehen teilweise erhebliche Unterschiede im Ökonomiestudium im Lehramt innerhalb der Universitäten, vor allem aber zwischen den Universitäten. So ist die formale Struktur dieses Studiums in den Modulen und Studienordnungen sehr divers. Gravierende Unterschiede und mögliche Schwächen zeigen sich insbesondere auch in der Zuordnung entsprechender Lehrveranstaltungen. Zwar gibt es teilweise durchaus adäquate Angebote, die sowohl vom Umfang, den die Studienstruktur vorgibt, als auch inhaltlich durch entsprechende Lehrveranstaltungen eine ökonomische Lehrer- und Lehrerinnenausbildung gewährleisten können. Aber deren Zahl ist entweder zu gering oder sie unterliegen einer gewissen Beliebigkeit sowohl bei der Wahl für die Studierenden als auch der Inhalte und Themen. Einen soliden, inneruniversitär oder gar landesweit vergleichbaren Erkenntnisstand der Lehramtsstudierenden können die Ergebnisse der vorgelegten Studie der ökonomischen Lehrerbildung in Hessen somit nicht bescheinigen.

Für die ökonomische Bildung an den hessischen Schulen lässt sich die begründete Vermutung äußern, dass aufgrund der unzureichenden ökonomischen Kenntnisse der Lehrer und Lehrerinnen, die in Hessen Politik und Wirtschaft oder Arbeitslehre studiert haben, die ökonomische Bildung an den hessischen Schulen verbesserungswürdig ist.

5. Zusammenfassung und Folgerungen

Zwei erkenntnisleitende Fragen liegen dieser Studie zu Grunde. Eine Fragestellung zielt auf den Stand der ökonomischen Bildung an den hessischen allgemeinbildenden Schulen und auf einen Vergleich mit den Erwartungen seitens der Arbeitgeber; die zweite Frage richtet sich auf das Lehramtsstudium in Ökonomie in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre an den fünf hessischen Universitäten. In diesem abschließenden Kapitel werden diese beiden Fragen zusammenfassend beantwortet und Folgerungen für die ökonomische Bildung in Hessen gezogen.

5.1 Ökonomische Bildung an hessischen Schulen

Als ein zentrales Ergebnis der Studie lässt sich festhalten, dass die hessischen Lehrpläne für die ökonomische Bildung in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre den Anforderungen, die die Wirtschaftsverbände und Kammern an Ökonomie im allgemeinbildenden Schulwesen stellen, weitgehend gerecht werden. In einzelnen Themen und Aspekten sowie bei der Schwerpunktsetzung an einzelnen Punkten bestehen kleinere Differenzen zwischen den Forderungen des Gemeinschaftsgutachtens der gewerblichen Wirtschaft und den ökonomischen Inhalten der Lehrpläne. Insgesamt entsprechen die ökonomischen Inhalte und Themen in den Lehrplänen von Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre aber den Erwartungen der Arbeitgeberverbände und Kammern. Im Fach Arbeitslehre sind die ökonomischen Inhalte auf den Betrieb sowie die Konsumenten- und Arbeitnehmerrolle konzentriert, die überbetriebliche Perspektive bleibt hier eher außen vor; aber das entspricht auch den Lernzielen dieses Faches. Im Fach Politik und Wirtschaft werden die Themen insgesamt weitgehend adäquat abgedeckt.

Aus den im Verlauf der Studie gewonnenen Ergebnissen lassen sich kaum Erkenntnisse zum tatsächlichen Kenntnisstand der hessischen Schülerinnen und Schüler in Ökonomie gewinnen. Der Literaturüberblick und die ergänzenden Interviews mit Experten und Expertinnen u.a. aus Verbänden, Kammern und Betrieben geben erste Hinweise darauf, dass ein Kenntnisdefizit bei den hessischen Schülern und Schülerinnen besteht. So lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, dass zwischen den (formalen) Lehrplänen einerseits und dem tatsächlichen Unterricht andererseits Diskrepanzen bestehen (können); Diskrepanzen insofern, als das tatsächliche ökonomische Wissen und die tatsächlichen ökonomischen Kompetenzen der hessischen Schulabsolventen und Schulabsolventinnen in allen drei Schulformen - Hauptschule, Realschule, Gymnasium - zumindest teilweise nicht unerhebliche Defizite aufweisen. Es sei nochmals ausdrücklich betont, dass diese Feststellung nur einen ersten Eindruck aus den Interviews und den Befragungen von einigen Betrieben sowie einigen Lehrern und Lehrerinnen widerspiegelt.

Als weitere Probleme bei der Vermittlung von Ökonomie an den hessischen Schulen wurde zum einen in den Gesprächen mit mehreren Experten und Expertinnen deutlich, dass die ökonomische Bildung der Schülerinnen und Schüler in erheblichem Maße vom ökonomischen Kenntnisstand der einzelnen Lehrkräfte abhängt und dieser recht unterschiedlich ist. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass insbesondere im Fach Arbeitslehre Ökonomie teilweise fachfremd unterrichtet wird. Dadurch dürften aufgrund der unterschiedlichen Kenntnisse der Lehrerinnen und Lehrer in Ökonomie erhebliche Unterschiede in der ökonomischen Bildung hessischer Schüler und Schülerinnen bestehen.

5.2 Ökonomie im Lehramtsstudium

Zentrales Ergebnis der hier vorgelegten Analyse ist, dass erhebliche quantitative und qualitative Unterschiede des Ökonomiestudiums in den beiden Fächern Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre zwischen den hessischen Universitäten bestehen sowie in einigen Universitäten teilweise eine ausgeprägte Beliebigkeit bezüglich des Ökonomiestudiums vorherrscht.

Das (verpflichtende) Ökonomiestudium in den beiden Fächern ist insgesamt an allen fünf (Politik und Wirtschaft) bzw. zwei (Arbeitslehre) hessischen Universitäten hinsichtlich des Umfangs zu gering. Diese Einschätzung ist nicht nur in den Forderungen des Gemeinschaftsgutachten der gewerblichen Wirtschaft begründet, dort wird sogar ein eigenständiges Studienfach gefordert, sondern auch in der Bedeutung der Ökonomie in den hessischen Lehrplänen.⁵²

Quantitative Unterschiede innerhalb und zwischen den hessischen Universitäten im Ökonomiestudium für das Lehramt bestehen in der Anzahl der ökonomischen Studienmodule, den zu erbringenden Leistungen wie auch in der Anzahl der Lehrveranstaltungen sowie der damit zu erreichenden Leistungspunkte. Die vergleichende Untersuchung der Universitäten hinsichtlich der Studienstruktur der Fächer Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre in den Studiengängen zeigt die Differenzen en détail auf, die, wenngleich kein repräsentativer Vergleich der Wissens- und Kenntnisstände der Lehramtsabsolventen durchgeführt wurde, zumindest die Standardisierung und Vergleichbarkeit der Lehrerbildung in Ökonomie in den beiden Studienfächern an den fünf Universitäten erheblich anzweifeln lässt. Gleiches gilt für die teilweise bestehende Beliebigkeit der Wahl von Ökonomieveranstaltungen und den zu erbringenden Leistungsnachweisen. Hier bestehen nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einiger Universitäten erhebliche Unterschiede in den Kenntnissen und Kompetenzen der künftigen Lehrer und Lehrerinnen in Ökonomie. Diese Unterschiede sind teilweise durch die Strukturen der Studienordnungen zu erklären. Teilweise können sie im Verhalten der Studierenden lie-

⁵² Für die gerade in der Diskussion befindlichen Kompetenzen und Bildungsstandards in den Kerncurricula für die beiden Fächer bedarf es eines fundierten Studiums in Ökonomie für das Lehramt, soll nicht eine inhaltliche Beliebigkeit in der ökonomischen Bildung die Folge sein.

gen, das aus einer beliebig erscheinenden Zuordnung von Lehrveranstaltungen zu den einzelnen Modulen folgen kann. Große Teile der überhaupt stattfindenden Ökonomieveranstaltungen sind fakultativ und können von den Studierenden durch entsprechendes Wahlverhalten umgangen werden. Außerdem schreiben die Studienordnungen für zahlreiche Veranstaltungen Teilnahmenachweise und nur begrenzt Leistungsnachweise vor. Unterschiede zwischen den Universitäten bestehen auch in den anbietenden Fachbereichen, teilweise bei Ökonomiefachbereichen in einem gemeinsamen Studium mit Volks- und Betriebswirten oder im Nebenfach, teilweise bei den Gesellschaftswissenschaften, teilweise in anderen Fachbereichen.

Auch auf der inhaltlichen Ebene bestehen teilweise erhebliche Defizite und Diskrepanzen zwischen den Universitäten; so werden in den einschlägigen Lehrveranstaltungen zum Teil eher gesamtwirtschaftliche Themen abgedeckt wie bspw. in Marburg, in Frankfurt hingegen dominieren eher soziologische/politologische Perspektiven im Ökonomiestudium incl. weitgehender Beliebigkeit bei der Wahl der Lehrveranstaltungen in Politik und Wirtschaft.

Aufgrund dieser intra- und interuniversitären Diskrepanzen und Beliebigkeiten im Ökonomiestudium der einschlägigen Studiengänge an den hessischen Universitäten dürften erhebliche Unterschiede in den ökonomischen Kenntnissen und Kompetenzen bei den Lehrern und Lehrerinnen in den Fächern Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre in Hessen bestehen. Als Folge davon sind auch erhebliche Unterschiede in der ökonomischen Bildung bei den Schulabsolventen und Schulabsolventen an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen zu erwarten.

5.3 Folgerungen

Als zentrale Ursache für die diagnostizierten Defizite der ökonomischen Bildung wurde das Ökonomiestudium in den beiden Fächern an den hessischen Universitäten sowohl aufgrund der Angebotsstrukturen als auch der ergänzenden Aussagen der befragten Experten und Expertinnen identifiziert. Deshalb steht bei den folgenden Überlegungen das Ökonomiestudium für das Lehramt im Mittelpunkt.

Universitäten

Um die Unterschiede und Beliebigkeiten innerhalb der und zwischen den Universitäten zu beseitigen, bedarf es jeweils eines einheitlichen Kerncurriculums für das Studium in Ökonomie für Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre. Damit erfolgte das Studium für das Lehramt in den beiden Studienfächern landesweit einheitlich und vermittelte die für die spätere Tätig-

keit notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen Grundkenntnisse.⁵³ Erforderlich dafür ist als erstes eine Angleichung der jeweiligen Studien- und Prüfungsanforderungen für die beiden Fächer. Das Argument der Autonomie der Hochschulen als Einwand gegen ein solches verpflichtendes Kerncurriculum erscheint nicht stichhaltig. Immerhin handelt es sich um eine Berufsausbildung von Lehrern und Lehrerinnen im Auftrag des Landes Hessen. Daher bedürfen die Studien- und Prüfungsordnungen auch der Genehmigung durch das Land. Durch die Verantwortung des Landes Hessen für die Studien- und Prüfungsordnungen besteht die Möglichkeit, diese Einheitlichkeit auch zu gewährleisten.

Ein solches verpflichtendes Curriculum bedarf, damit es auch tatsächlich umgesetzt wird, der Ergänzung durch weitere Maßnahmen. Quantitativ sollte - orientiert an dem Verbundfach in Hessen, das etwa die Hälfte des Unterrichts für Ökonomie vorsieht – ein solches Kerncurriculum für das Politik und Wirtschaft-Studium mindestens vier verpflichtende Lehrveranstaltungen enthalten. Darüber hinaus sollten zwei Wahlpflichtveranstaltungen mit eindeutig wirtschaftswissenschaftlichem Zugang vorgesehen werden. Der Kanon der Wahlpflichtveranstaltungen bedarf zumindest teilweise einer Vereinheitlichung. Für die Sekundarstufe I in Politik und Wirtschaft sollten die vier Pflichtveranstaltungen obligatorisch sein. Im Studienfach Arbeitslehre bedarf es ebenfalls eines einheitlichen Kerncurriculums mit vier obligatorischen Lehrveranstaltungen; dieses Curriculum könnte aber stärker einzelwirtschaftlich orientiert sein.

Um dieses einheitliche quantitative Angebot auch qualitativ zu gewährleisten, erscheint es sinnvoll, zum einen die Institution der Staatsprüfung ernst zu nehmen und einheitliche Staatsexamina für die Prüfung incl. der Ökonomie in den beiden Fächern durchzuführen. Damit wird das hohe Gut der Autonomie nicht beeinträchtigt: Es handelt sich um Berufsausbildung im staatlichen Auftrag, die gewisse gemeinsame Standards erfordert und die Wissenschaftsfreiheit bleibt damit bestehen, d.h. aus welcher Perspektive der Keynesianismus, die Neoklassik, die marxistische Theorie, Institutionentheorie, (neuere) ökonomische Verhaltenstheorien oder betriebswirtschaftliche Ansätze behandelt wird, bleibt davon unberührt.

Die Umsetzung dieses Kerncurriculums bedarf einer entsprechenden organisatorischen und personellen Ausstattung.⁵⁴ So sollte ein eigenständiges Angebot an Ökonomie für Politik und Wirtschaft- und Arbeitslehre-Studierende an allen hessischen Universitäten mit entsprechender personeller und sachlicher Ressourcenausstattung gewährleistet sein.⁵⁵ Ein gemeinsa-

⁵³ Das hier als Norm verwandte Gemeinschaftsgutachten ist nur teilweise als Referenz geeignet, insbesondere was die Folgerungen angeht. Das Gutachten fordert ein eigenständiges Fach Ökonomie, in Hessen wird Ökonomie im Verbundfach Politik und Wirtschaft unterrichtet. Umso erstaunlicher ist es, dass die Lehrpläne dennoch den Forderungen des Gutachtens in so weiten Teilen entsprechen.

⁵⁴ Denkbar wäre auch, wie im Fach Arbeitslehre auch im Fach Politik und Wirtschaft das Lehramtsstudium auf zwei oder drei hessische Universitäten zu beschränken. Damit ließen sich die erforderlichen Ressourcen bündeln.

⁵⁵ Dafür sollten als Minimum an jeder Universität zwei Professuren für Ökonomie (Wirtschaftswissenschaften) speziell für die Lehrerbildung vorhanden sein.

mes Studium mit Volks- und Betriebswirten erscheint nicht zielführend, da Studierende für das Lehramt ausgebildet werden sollen. Inwieweit ein solches Studium für Nebenfachstudierende von Ökonomiefachbereichen angeboten werden sollte, hängt davon ab, inwieweit hier Anforderungen aus dem Lehramt inhaltlich und didaktisch berücksichtigt werden. Sinnvoll erscheint ein eigenständiges Institut für Ökonomie für das Lehramt an denjenigen Fachbereichen, an denen Politik und Wirtschaft und Arbeitslehre angesiedelt ist.

Auch im Bereich der Fachdidaktik sollten ökonomische Inhalte enthalten sein, da die reine Kenntnis der ökonomischen Inhalte noch nicht die Kompetenz zur adäquaten Umsetzung der Inhalte im Unterricht beinhalten muss.

Schulen

Für die ökonomische Bildung an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen wäre ein solches verbindliches und (weitgehend) einheitliches Studium in Ökonomie für die beiden Fächer Politik und Wirtschaft sowie Arbeitslehre nicht nur eine notwendige, sondern überwiegend auch hinreichende Bedingung. Erforderlich ist aber, dass eine volle Unterrichtsabdeckung durch in den beiden Fächern adäquat ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen gewährleistet wird, um den Anteil der fachfremd durchgeführten Unterrichtseinheiten zu minimieren.

Außerdem erfordert der divergierende Kenntnisstand der Lehrer und Lehrerinnen, die bereits im Schuldienst sind, eine systematische Fort- und Weiterbildung. Hier dürfte es notwendig sein, um passgenaue Angebote zu entwickeln, zunächst deren Kenntnisstand in Ökonomie zu eruieren, um möglichst effektiv eine notwendige Angleichung des Wissens und Kompetenzen im Bereich Ökonomie zu erreichen. Zwar gab und gibt es seitens des hessischen Kultusministeriums und weiterer Akteure bereits Fort- und Weiterbildungsangebote in Ökonomie. Diese Fort- und Weiterbildung erscheint aber auf dem Hintergrund der befragten Experten und Expertinnen in Umfang und Anzahl bisher eher als unzureichend. Derartige Weiterbildungen sollten obligatorisch sein, oder es sollten zumindest entsprechende Anreize gesetzt werden, wie z. B. die Freistellung von Unterrichtsstunden, damit eine größere Anzahl an Lehrern und Lehrerinnen für eine ökonomische Fort- und Weiterbildung motiviert werden.

Insgesamt bedarf eine adäquate ökonomische Bildung in Hessen einer Verbesserung der Umsetzung der bestehenden Lehrpläne und Kompetenzen bzw. Bildungsstandards. Zentrale Voraussetzung dafür ist ein Studium an den hessischen Hochschulen für die einschlägigen Lehrämter mit einem quantitativ und qualitativ adäquaten Curriculum in Ökonomie.

6. Literaturverzeichnis

Bundesagentur für Arbeit (2006): Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland - Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife, verfügbar unter:

http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_PaktfAusb-Kriterienkatalog-AusbReife.pdf

Bundesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* (2009): Newsletter 1/2009, verfügbar unter: http://www.schule-wirtschaft-hamburg.de/service/infodienst/infos/newsletter_1_09.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2010: Berufsbildungsbericht 2010, verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2010.pdf.

Bundesverband deutscher Banken (2009): Wirtschaftsverständnis und Finanzkultur – Jugendstudie 2009, verfügbar unter: http://www.bankenverband.de/themen/politik-gesellschaft/meinungsumfrage/wirtschaft/downloads/meinungsumfrage/2009-07-03_Demoskopie_Jugendstudie_BDB-2.pdf

Ehrenthal, B., Eberhard, V., Ulrich, J.G. (2005): Ausbildungsreife - auch unter den Fachleuten ein heißes Eisen - Ergebnisse des BIBB-Expertenmonitors, verfügbar unter:

http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Expertenmonitor_Ergebnisbericht_2005.pdf

Gemeinsame Arbeitsgruppe der WMK, KMK, der BDA, des BDI, DIHK, ZDH und DBG 2003: Eckpunkte - Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft, Bremen, verfügbar unter:

<http://degoeb.de/uploads/degoeb/2003-02-14-WMK-Kerncurriculum.pdf>

Hedtke, R., Famulla, G.-E., Fischer, A., Weber, B., Zurstrassen, B. (2010): Für eine bessere ökonomische Bildung, Bielefeld, verfügbar unter:

<http://www.iboeb.org/iboeb-texte/detail/iboeb/fuer-eine-bessere-oekonomische-bildung.html>

Hessisches Kultusministerium: Höfer, D., Steffens, U., Diehl, G., Loleit, P., Maier, D. (2010): Bildungsstandards und Inhaltsfelder – Das neue Kerncurriculum für Hessen, Wiesbaden, verfügbar unter:

http://www.iq.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HKM_15/IQ_Internet/med/9e3/9e360a31-466d-7b21-f012-f31e2389e481,22222222-2222-2222-2222-222222222222

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (2011): Studieren in Hessen, Informationen über Hochschulzugang und Studienmöglichkeiten, Ausgabe 2011/2012.

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (o.J.): Was erwartet die Wirtschaft von Schulabgängern?, online-Dokument, verfügbar unter:

<http://www.frankfurt-main.ihk.de/berufsbildung/marktplatz/schulabgaenger/index.html>

Retzmann, T., Seeber, G., Remmele, B., Jongbloed, H.-C. (2010): Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen, Abschlussbericht an den Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft, Essen, Lahr, Kiel, verfügbar unter: <http://www.bga-online.de/uploads/media/Gutachten.pdf>

Klein, H. E., Schare, T. (2011): Unternehmer und Soziale Marktwirtschaft in Lehrplan und Schulbuch, Der Beitrag gesellschaftswissenschaftlicher Schulbücher zur ökonomischen Bildung, Köln.

Klein, H.E., Schöpfer-Grabe, S. (2012): Was ist Grundbildung?, Köln.

Weber, B. (2007): Ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen: Steigende curriculare Bedeutung an den Schulen bei schwerwiegenden Mängeln der Lehrerausbildung, Bielefeld, http://degoeb.de/uploads/degoeb/2007_OEB_Situation_Weber.pdf

Wichmann, N. (2012): Positionen der Gewerkschaften zur ökonomischen Bildung und die Erwartungen an die ökonomische Bildung in der Schule, in: Entrepreneurship und Arbeitnehmerorientierung, Schwalbach/Ts., 305–313.

www.hochschulkompass.de, zuletzt abgerufen am 23.03.2012.

7. Anhang

Inhalt

Anhang A: Verankerung der ökonomischen Bildung im Bundesvergleich.....	84
Anhang B: Übersichten Lehrplaninhalte.	88
Anhang C: Gegenüberstellung Gutachten und Lehrplaninhalte.	95
Anhang D: Fragebogen	100
Anhang E: Auswertung Fragebögen.....	106
Anhang F: Verankerung der ökonomischen Lehrerbildung	110
Anhang G-0: Linkliste Studienordnungen und Modulhandbücher	113
Anhang G-1: Politik und Wirtschaft Lehramt an Haupt- und Realschulen	114
Anhang G-2: Politik und Wirtschaft Lehramt an Gymnasien.....	119
Anhang G-3: Arbeitslehre	131

Anhang A: Verankerung der ökonomischen Bildung im Bundesvergleich

Wie ein Vergleich der Verankerung ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen in den einzelnen Bundesländern Deutschlands zeigt, existiert lediglich in wenigen Bundesländern ein eigenes Fach "Wirtschaft"; in allen anderen Bundesländern werden - wie in Hessen auch - ökonomische Themen in verschiedenen Ankerfächern behandelt:¹

Bundesland	Fachbezeichnung	Schulform	Angebot	Seit
Baden-Württemberg	Wirtschaft-Arbeit-Gesundheit	Haupt- und Realschule	Kernbereich	2004
	Erdkunde Wirtschaftskunde Gemeinschaftskunde	Realschule	Pflichtbereich	2004
	Geografie Wirtschaft Gemeinschaftskunde	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2004
	(Wirtschaft) im Rahmen von GWG	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2004
	(Gemeinschaftskunde) im Rahmen von GWG	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2004
	Gemeinschaftskunde	Gymnasium Sek. II	Pflichtbereich	2004
	Wirtschaft	Gymnasium Sek. II	Wahlpflicht	2004
Bayern	Arbeit Wirtschaft Technik	Hauptschule	Pflichtbereich	2004
	Arbeit Wirtschaft Technik	Hauptschule M	Pflichtbereich	2004
	Geschichte Sozialkunde Erdkunde	Hauptschule M	Pflichtbereich	2004
	Sozialkunde	Realschule	Pflichtbereich	2003
	Wirtschaft und Recht	Realschule	Pflichtbereich	2000
	Wirtschaft und Recht	Realschule	Pflichtbereich	2003
	Betriebswirtschaft und Rechnungswesen	Realschule	Wahlpflicht	2000
	Betriebswirtschaft und Rechnungswesen IIIa	Realschule	Wahlpflicht	2003
	Sozialkunde	Gymnasium G8 Sek. I	Pflichtbereich	2004
	Wirtschaft und Recht	Gymnasium G8 Sek. I	Pflichtbereich	2004
	Sozialkunde	Gymnasium G8 Sek. II	Pflichtbereich	2004
	Wirtschaft und Recht	Gymnasium G8 Sek. II	Wahlpflicht	2004
	Wirtschafts- und Rechtslehre	Gymnasium G9 Sek. I und II	Pflichtbereich	1992 läuft 2011 aus
Berlin	Arbeitslehre	Haupt-, Real-, Gesamtschule Sek I	Pflichtbereich	2006/2007
	Wahlpflichtkurs III (Wirtschaft und Recht)	Realschule Sek I	Wahlpflicht	2006/2007
	Sozialwiss./Wirtschaftswiss.	Gesamtschule/Gymnasium Sek I	Wahlpflicht	2006/2007
	Sozialkunde	Alle Schulformen Sek I	Pflichtbereich	2006/2007
	Politikwiss.	Gymnasium Sek. II	Pflichtbereich	2006/2007
	Wirtschaftswiss.	Gymnasium Sek. II	Pflichtbereich	2006/2007

¹ Vgl. Klein 2011, 10 ff.

	Sozialwiss.	Gymnasium Sek. II	Pflichtbereich	2006/2007
Brandenburg	Wirtschaft Arbeit Technik	Alle Schulformen Sek I	Wahlpflicht	2008
	Wirtschaft Arbeit Technik	Alle Schulformen Sek I	Pflichtbereich	2008
	Politische Bildung	Alle Schulformen Sek I	Pflichtbereich	2008
	Politische Bildung	Gymnasium Sek. II	Wahlpflicht	2008/2009
	Wirtschaftswiss.	Gymnasium Sek. II	Wahlpflicht	1993
Hamburg	Arbeit und Beruf	Hauptschule	Pflichtbereich	2007
	Gesellschaft	Hauptschule	Pflichtbereich	2007
	Gesellschaft	Haupt- und Realschule	Pflichtbereich	2008
	Arbeitslehre	Haupt- und Realschule	Pflichtbereich	2007/2008
	Arbeitslehre	Haupt- und Realschule	Wahlpflicht	2004
	Politik Gesellschaft Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. I	Pflichtbereich	2004
	Politik Gesellschaft Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. II	Wahlpflicht	2009
	Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. II	Wahlpflicht	2009
Hessen	Arbeitslehre	Hauptschule	Pflichtbereich	2006
	Politik Wirtschaft	Hauptschule	Pflichtbereich	2006
	Arbeitslehre	Realschule	Pflichtbereich	2006
	Politik Wirtschaft	Realschule	Pflichtbereich	2006
	Lernbereich Gesellschaftslehre (Arbeitslehre)	Gesamtschule	Pflichtbereich	2006
	Lernbereich Gesellschaftslehre (Politik Wirtschaft)	Gesamtschule	Pflichtbereich	2006
	Politik Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. I	Pflichtbereich	2008
	Politik Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. II	Pflichtbereich	2008
	Politik Wirtschaft	Gymnasium G9 Sek. I und II	Pflichtbereich	2006
Mecklenburg-Vorpommern	Arbeit Wirtschaft Technik	Regionale, Haupt-, Real-, Gesamtschule Sek I	Pflichtbereich	2002
	Sozialkunde	Regionale, Haupt-, Real-, Gesamtschule Sek I	Pflichtbereich	2002
	Sozialkunde	Gesamtschule/Gymnasium Sek I	Pflichtbereich	2002
	Arbeit Wirtschaft Technik	Gesamtschule/Gymnasium Sek I	Pflichtbereich	2002
	Geschichte und Politische Bildung	Gymnasium Sek II	Pflichtbereich	2006
	Sozialkunde	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2006
	Wirtschaft	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2006
Niedersachsen	Wirtschaft	Hauptschule Sek I	Pflichtbereich	2009
	Wirtschaft	Realschule Sek I	Pflichtbereich	2009
	Politik Wirtschaft	Gymnasium Sek I	Pflichtbereich	2006
	Politik Wirtschaft	Gesamtschule/Gymnasium Sek II	Pflichtbereich	2009
Nordrhein-Westfalen	Wirtschaft Lernbereich Arbeitslehre	Hauptschule	Pflichtbereich	1989
	Geschichte Politik Lernbereich Gesellschaftslehre	Hauptschule	Pflichtbereich	1989
	Sozialwiss.	Realschule	Wahlpflicht	1993
	Gesellschaftslehre	Gesamtschule	Pflichtbereich	1989
	Arbeitslehre	Gesamtschule	Pflichtbereich	1999

	Technik Wirtschaft Arbeitslehre	Gesamtschule	Wahlpflicht	1982
	Politik (Wirtschaft)	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	1993
	Politik Wirtschaft	Gymnasium G8 Sek. I	Pflichtbereich	2007
	Sozialwiss. Ökonomische Schwerpunkt- punktbildung	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2004
Rheinland- Pfalz	Arbeitslehre	Hauptschule	Wahlpflicht	2000
	Wirtschaft und Sozialkunde	Realschule	Wahlpflicht	1999
	Sozialkunde	Regionale, Haupt-, Realschule, Gymnasium Sek I	Pflichtbereich	1998
	Gemeinschaftskunde (Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde)	Gymnasium Sek II	Pflichtbereich	1998
Saarland	Sozialkunde	Realschule	Pflichtbereich	2005/2006
	Arbeitslehre	Realschule	Pflichtbereich	2005/2006
	Arbeitslehre (Wirtschaft/Technik)	Realschule	Wahlpflicht	2005/2006
	Gesellschaftswiss.	Gesamtschule	Pflichtbereich	1993
	Arbeitslehre	Gesamtschule	Pflichtbereich	1994
	Sozialkunde	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2006
	Wirtschaftslehre	Gymnasium G8 für Einfüh- rungsphase in gym. Oberstu- fe	Wahlpflicht	2006
	Wirtschaftslehre	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2008
Sachsen	Wirtschaft Technik Haushalt/Soziales	Mittelschule	Pflichtbereich	2009
	Gemeinschaftskunde Rechtserziehung	Mittelschule	Pflichtbereich	2009
	Gemeinschaftskunde Rechtserziehung Wirtschaft	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2009
	Gemeinschaftskunde Rechtserziehung Wirtschaft	Gymnasium Sek II	Pflichtbereich	2004
Sachsen- Anhalt	Wirtschaft	Sekundarschule	Pflichtbereich	2010
	Sozialkunde	Sekundarschule	Pflichtbereich	2009
	Sozialkunde	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	2003
	Wirtschaftslehre	Gymnasium Sek. I	Wahlpflicht	2003
	Sozialkunde	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2003
	Wirtschaftslehre	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2003
Schleswig- Holstein	Wirtschaft Politik	Haupt- und Realschule	Pflichtbereich	1997
	Verbraucherbildung	Haupt-, Regional-, und Ge- meinschaftsschulen	Pflichtbereich	2009
	Wirtschaftslehre	Gesamtschule	Wahlpflicht	1997
	Wirtschaft Politik	Gesamtschule/Gymnasium Sek I	Pflichtbereich	2008
	Wirtschaft Politik	Gesamtschule/Gymnasium Sek II	Pflichtbereich	2002
	Wirtschaft Politik	Gesamtschule/Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2002
	Wirtschaftslehre	Gymnasium/Fachgymnasium Sek II	Wahlpflicht	2002

	Wirtschaftstheorie/ -politik	Gymnasium/Fachgymnasium Sek II	Wahlpflicht	2002
Thüringen	Wirtschaft und Recht	Regelschule	Pflichtbereich	1999
	Wirtschaft und Technik	Regelschule	Pflichtbereich	1999
	Wirtschaft Umwelt Europa	Regelschule	Pflichtbereich	1999
	Sozialkunde	Regelschule	Pflichtbereich	1999
	Wirtschaft und Recht	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	1999
	Sozialkunde	Gymnasium Sek. I	Pflichtbereich	1999
	Wirtschaft und Recht	Gymnasium Sek. I	Wahlpflicht	1999
	Wirtschaft und Recht	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2009
	Sozialkunde	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	1999
	Sozialkunde	Gymnasium Sek II	Wahlpflicht	2009

Quelle: Klein 2011, eigene Darstellung.

Wie oben stehende Übersicht zeigt, existiert in den Ländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ein Unterrichtsfach Wirtschaft als Wahlpflichtfach, das ausschließlich in der gymnasialen Sekundarstufe II angeboten wird. Eine Ausnahme stellt hier Berlin dar, wo das Fach verpflichtend besucht wird. In der Sekundarstufe I wird das Fach Wirtschaft bisher ausschließlich in Niedersachsen unterrichtet – als Pflichtfach. Darüber hinaus gibt es die Kombination Wirtschaft und Recht in Bayern² und Thüringen³ (vgl. Klein 2011, 9f.).

Es wird deutlich, dass die meisten Bundesländer im Hinblick auf die ökonomische Bildung einen fächerübergreifenden sozialwissenschaftlichen Ansatz verfolgen, sodass ökonomische Bildung nicht einheitlich verortet, sondern in der Regel im Rahmen unterschiedlicher Fächergruppen angeboten wird.

² An bayerischen Realschulen wird Wirtschaft und Recht in den Jahrgangsstufen 8 und 9 als Wahlpflichtfach und an Gymnasien G8 als Pflichtfach angeboten.

³ In Thüringen ist das Fach Wirtschaft und Recht obligatorisches Angebot an den Regelschulen und Gymnasien.

Anhang B: Übersichten Lehrplaninhalte

Hauptschule, Arbeitslehre				
Jgst	Lfd. Nr.	Titel	Std.	Inhalte
5	5.1	Kaufen oder selbst herstellen?	14	Produktion Ressourcenknappheit Markterkundung Preisbildung Kostenvergleich
6	6.4	Ein Fest planen	12	Kostenermittlung Preisvergleich
7	7.2	Waren/Produkte kommen auf den Markt	22	Marketing Markt und Konsum Verbraucherrolle Preis, Menge, Finanzierung
	7.4	Warentest und Verbraucherschutz	16	Angebotsbewertung Rationale Kaufentscheidung Werbung und Konsum
8	8.3	Berufswahl und Bewerbungsplanung	16	Regionale Arbeitsmarktstrukturen Wirtschaftsstruktur Wirtschaftssektoren
9	9.1	Betriebspraktikum	18	Berufswahl Betriebliche Struktur Auszubildendenrolle
	9.2	Noch keinen Ausbildungsplatz - Alternativen entwickeln	14	Finanzielle Lebensnotwendigkeiten Umgang mit Geld
	9.3	Wir gründen einen Betrieb in der Schule	40	Betriebsgründung Unternehmerisches Handeln Finanzierung und Rechtsform Preiskalkulation, Kostenberechnung
10	10.1	Wir gründen einen Dienstleistungsbetrieb	35	Dienstleistungsbetrieb Auftragsbuch Materialkosten Buchführung GuV Entlohnung Güterkreislauf und Ökosystem
	10.3	Arbeit gibt es auch im Haushalt	12	Privathaushalt als Wirtschaftssubjekt Haushaltsplanung Kostenkalkulation
	10.4	Selbsthilfe in der privaten und technischen Umwelt	13	Umgang mit Ressourcen (Energie) Kriterien für Preis-Leistungs-Berechnung

Abschlussprofil:

Kenntnisse

- Möglichkeiten der Existenzsicherung (auch ohne Berufsausbildung)
- Menschen an ihren Arbeitsplätzen (Betriebserkundung, -praktika)
- berufliche Qualifizierung beeinflusst Entlohnung und soziale Stellung
- Berufsfelder und -bilder unter Berücksichtigung entsprechender Anforderungen und regionaler Gegebenheiten
- realistische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten
- angemessenes Verhalten bei der Arbeitssuche
- Kosten und Preise, Grundprinzipien der Marktwirtschaft
- einfache betriebswirtschaftl. Strukturen (Betriebsaufbau, Entlohnung, Lohnnebenkosten)
- energie- und kostensparende Verfahren
- Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit
- Arbeits- und Mitbestimmungsrecht

Übergreifende Qualifikationen

- Formen der Arbeit und Unterscheidung zw. technischen, ökonomischen, sozialen und historischen Gesichtspunkten
- Grundformen der Arbeitsorganisation
- Arbeitsmarkt, Berufsausbildung, erforderl. Qualifikationen
- elementare Zusammenhänge und Spannungsverhältnisse zwischen Technik, Sozialordnung, Ökonomie und Ökologie

Quelle: Hessisches Kultusministerium, Lehrplan Arbeitslehre, Bildungsgang Hauptschule, eigene Auswertung.

Realschule, Arbeitslehre					
Jgst	Lfd. Nr.	Titel	Std.	Inhalte	fakultative Inhalte
5	5.3	Fahrten und Reisen zu niedrigen Preisen	16	Finanzierung Kostenplan Vergleich Preis-Leistung Tourismus als Wirtschaftsfaktor	
6	6.1	Ein Produkt für den Markt gestalten	13	Marketing Markterkundung Werbung Absatzstrategien einfache Kostenermittlung	
	6.2	Verpackungsflut und Umwelt	13	Verkaufsförderung durch Verpackung Kosten aus Verpackung /Müllbeseitigung	
	6.3	Ist der Supermarkt eine Käuferfalle?	13	Warenangebot Werbung Wettbewerb Verbraucherschutz	
	6.4	Formen der Arbeit - Formen der Zusammenarbeit	13	Unterschiedl. Arbeitssituationen Produktion Dienstleistung Erwerbsarbeit/Nichterwerbsarbeit Haushalt/Handwerk/Industrie	
8	8.1	Neue Arbeitsplätze bei der Firma...	19	Arbeitslosigkeit Betriebsgründung Marktlücke Standortfaktoren Unternehmensformen Produktentwicklung Arbeitsplanung Materialbeschaffung Marketing/Werbung	Bilanz
8	8.2	Im Betrieb wird rationalisiert	20	Rationalisierungsmaßnahmen Mitbestimmung Betriebsverfassung Personalvertretung	soziale Sicherungs-Systeme
9	9.1	Betriebspraktikum Vorbereitung, Durchführung, Auswertung	26	Berufswahl Betriebsorganisation Arbeitnehmerrolle	
	9.2	Leistung und Lohn	13	Entlohnung Einkommensvergleich Entlohnungssysteme Lohnformen Einkommensverteilung Geschlechter und Entlohnung	

				Industriezweige und Entlohnung Brutto-, Nettolohn Tarifkonflikte	
	9.3	Berufswahl: Traumberuf, Realität, Risiken, Soziale Sicherheit	13	Berufswahl regionaler Wirtschaftsraum Standortfaktoren Wirtschaftsstruktur Infrastruktur soziale Sicherung duales Ausbildungssystem	
	9.4	Kein Ausbildungsplatz- kein Arbeitsplatz: was jetzt?	20	Arbeitslosigkeit beratende/unterstützende Institutionen Soziale Sicherung Flexibilisierung Arbeitsmarkt: Zeitarbeit	

Abschlussprofil:

Kenntnisse

- berufliche Qualifikation beeinflusst Entlohnung und soziale Stellung
- Arbeitswelt verändert sich
- berufliche Flexibilität und Mobilität sind gefragt
- unterschiedliche Anforderungen versch. Arbeitsplätze
- Unterschiede „häusliche“, „schulische“, „handwerkliche“, „industrielle“ Fertigung
- betriebliche Strukturen und Abläufe kennzeichnen die Arbeitswelt
- Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit
- Tarifparteien, Interessenvertretung verfolgen eigene Zielsetzungen

Übergreifende Qualifikationen

- eigene Interessen und Fähigkeiten realistisch einschätzen und bei der Suche nach Ausbildungs-/Arbeitsplatz mit Anforderungsprofil vergleichen können
- wissen, welche Gesetze Erwerbstätigkeit regeln: Mitbestimmungs-, Betriebsverfassungs-, Jugendschutzgesetz
- erkennen der Wichtigkeit von LLL, Mobilität und Flexibilität

Quelle: Hessisches Kultusministerium, Lehrplan Arbeitslehre, Bildungsgang Realschule, eigene Auswertung.

Gymnasien, POWI						
Sek I Gymnasium, Politik und Wirtschaft	Jgst	Lfd. Nr.	Titel	Std	Inhalte	fakultative Inhalte
	7	7G.3	ÖB: Wirtschaften im privaten Haushalt	16	Haushaltsbudget Werbung Konsum Geld Sparen Kredit/Schulden	Wirtschaftssubjekt Privathaushalt Konsumverhalten Einkommen Vermögen Umgang mit Ressourcen
	8	8G.2	ÖB: Markt	13	Markt Verkaufen/Kaufen Wirtschaftskreislauf	Geldfunktionen Güterknappheit Rohstoffe Wirtschaftsfaktoren Energie/Umwelt
		8G.3	Grundwerte der Verfassung: Sozialstaat	10	Soziale Marktwirtschaft Soziale Sicherung Solidargemeinschaft	Demographie Einkommen Vermögen
	9	9G.1	ÖB: Ökonomie und Arbeitswelt	26	Bedeutung von Arbeit (individ. /gesellsch.) Beruf Berufswahl Qualifikation Leistung Einkommen Arbeitslosigkeit Technische Entwicklung Betriebliches Handeln Markt Wettbewerb Standortfaktoren Kosten Preiskalkulation Unternehmerisch. Handeln soziale/ökologische Verantwortung	innerbetriebliche Entscheidung Selbständigkeit Betrieb als System
		9G.2	Sozialstaat und Ökonomie soziale Marktwirtschaft	10	Entlohnung Arbeitsbedingungen Konfliktregelung Tarif-, Wirtschafts-, Sozialpolitik Sozialstaat Freie Marktwirtschaft Soziale Marktwirtschaft Soziale Sicherung	ökonomische Krisen Einkommensverteilung Soziale Schichtung Armut und Reichtum
		9G.5	ÖB: Internationale Wirtschaftsbeziehungen	12	Wirtschaftsunion Währungsunion europäischer Binnenmarkt Internationale Wirtschafts-	Welthandelsstrukturen Standortfaktoren Rohstoffe Wirtschaftsfaktoren: Energie/

Sek II Gymnasium, Politik und Wirtschaft					beziehungen Entwicklungsländer	Umwelt Entwicklungshilfe
	11	E2	Ökologie und wirtschaftliches Wachstum	23	Wirtschaftswachstum Ökologische Nachhaltigkeit Umweltmanagement Produktion	Industrie Mobilität Verkehr Umgang mit Ressourcen Verbraucherverhalten Wirtschaftsentwicklung/ökolog. Ansprüche Ökobilanzen
	12/2	Q2	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	36	Soziale Marktwirtschaft Wettbewerb Marktpreisbildung Preislenkung Konzentration: Kartelle BIP Waren- und Geldkreislauf gesamtwirtschaftl. Nachfrage gesamtwirtschaftl. Angebot Stabilität Inflation Staatsverschuldung Beschäftigung Arbeitslosigkeit Konjunktur angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik Tarifautonomie Einkommensentwicklung Lohnquote Gewinnquote wirtschaftliche Integration Europas Einkommens- und Vermögensverteilung Armutsdefinitionen	Wirtschaftsethik Konzentration (Ursachen/Wirkungen) Wirtschaftszyklen Investition Konjunkturzyklen Krisenursachen/-folgen
	13/2	Q3	Internationale Beziehungen und Globalisierung	36	Weltwirtschaft Welthandel Liberalisierung der Märkte Transnationale Konzerne Intern. Arbeitsteilung Intern. Finanzströme Verschuldung Entwicklungsländer Schwellenländer	Entwicklungsländer in internationalen Wirtschaftsbeziehungen internationale Arbeitsteilung

				Internationale Institutionen: Weltbank, WTO, NGO, G7-, G8-, G20-Treffen	
		Q4	Aspekte der Globalisierung - Chancen, Probleme, Perspektiven	24	Soziale Sicherung in Industrie- und Entwicklungsländern Weltsozialordnung globale Strategien zur Armutsbekämpfung Politik und Ökonomie

Abschlussprofil beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe:

Sachkompetenz

- Ökonomie: Wirtschaften im privaten Haushalt, Markt, soziale Marktwirtschaft, Betrieb und Arbeitswelt, europäischer Binnenmarkt, internat. Wirtschaftsbeziehungen
- "Die Schüler können einfache Sachverhalte, Ereignisse, Kontroversen aus (...)Wirtschaft (...) mit diesen Kenntnissen analysieren und entwickeln damit ein Grundverständnis des politischen Systems der Bundesrepublik, seiner Wirtschafts- und Rechtsordnung sowie der internat. Verflechtungen.

Urteilskompetenz

- Rechts- und Sozialstaatlichkeit
- Grundprinzipien der Marktwirtschaft

Handlungskompetenz

- Perspektivenwechsel vornehmen
- als Wirtschaftssubjekt überlegte Entscheidungen treffen

Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase (gymnasiale Oberstufe)

Sachkompetenz

- Ökonomie: Soziale Marktwirtschaft, ökologische Anforderungen, Entwicklungstendenzen und Steuerung des Wirtschaftsprozesses, Instrumente der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung, internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Sachverhalte aus (...) Ökonomie mit den Kenntnissen analysieren, entwickeln auch auf dem Hintergrund theoretischer Ansätze ein Grundverständnis und Deutungswissen von (...) Wirtschaftsordnung sowie ihrer internat. Verflechtungen entwickeln

Methodenkompetenz

- in der Lage sein, zu wirtschaftlichen (...) Fragen Material zu sichten, Aussagefähigkeit einzuschätzen, es sachgerecht aufzuarbeiten, zu gliedern und angemessen darzustellen
- eine differenzierte Stellungnahme zum angesprochenen Problem argumentativ entwickeln

Urteilskompetenz

- fachlich angemessenes Deutungswissen zu Ökologie und Marktwirtschaft

Handlungskompetenz

- Perspektivenwechsel vollziehen

Quelle: Hessisches Kultusministerium, Lehrplan Politik und Wirtschaft. Bildungsgang Gymnasien, eigene Auswertung.

Anhang C: Gegenüberstellung Gutachten und Lehrplaninhalte mit Verortung

Ökonomische Themen in den Lehrplänen für Hauptschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten										
		Gutachten				Lehrplan				
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle					6.4	7.2	9.3		
	Budget	A1.3	A2.1	A3.3	C3.2					
	Kostenbegriff	A1.2	A2.1	A2.2		5.1	6.4	9.3	9.2	10.1
	Finanzierung	A3.3				9.3	10.1			
	Verbraucherschutz	C3.2				7.4				
	Preisvergleich	A2.1				6.4	5.1	7.4	9.3	
	Preis-Leistungs-Verhältnis	A1.1	A2.1	A3.3						
	Sparen									
Themenkomplex 2	Betrieb	B2.1				10.1				
	Betriebsgründung					9.1				
	Marktlücke					9.1				
	Standort					9.1				
	Rechtsform	B1.3				9.3	9.1			
	Produktion	A3.1	B2.1			6.3				
	Produktentwicklung	A2.3	A3.1	B2.1	C1.1	7.2	9.3	6.3	7.4	
	Inputbeschaffung	B2.2				7.4				
	Fertigung	B2.1				9.3				
	Kostenkalkulation	A2.2	A2.3	C1.1		9.3	6.4	5.1	10.1	
	Absatz	A2.3				10.1				
	Marketing					7.2	6.3	7.4		
	Wettbewerb					8.4				
	Absatzstrategien	A2.3				7.2	6.3			
	Buchführung					10.1				
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle									
	Innerbetrieblich	B2.1								
	Arbeitssituation	B1.1				6.4	7.2	6.1	6.3	
	Rechte und Pflichten	A1.3	A3.3	C3.2		9.1				
	Mitbestimmung	C3.2				9.1				
	Überbetrieblich									
	Arbeitslosigkeit	A1.3	A3.3			10.5				
	Zeitarbeit									
	Berufswahl	A3.1	A3.3	B1.1		7.2	7.4	6.4	9.1	8.4 8.3
	Einkommen	A3.3	B1.1	C1.3		10.1				
	Brutto & Netto									
	Tarifkonflikte	B1.3				10.1				
	Verteilungsaspekte	A1.3	C1.3							
	Soziale Stellung	A1.3	A3.3	C1.3	C3.2					
Zusammenhang mit Qualifikation	A1.3	A3.3	C3.2							
	Armut									
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt	A3.1				7.4	8.4			
	Güterkreislauf	A3.1	B1.3	C1.2		7.2	5.1	8.4	8.5	
	Regionaler Wirtschaftsraum	B2.2	C1.2			8.4	8.3	7.3		
	Wirtschaftsstruktur	B1.3	C1.2			8.3	7.3	8.4		
	Infrastruktur					7.3				
	Soziale Sicherung	C2.2	C3.2	C3.3		8.4	10.5			
	Flexibilisierung des Arbeits-	C3.3								

	marktes		
	Bedeutung von Arbeit		
	Preisbildung und - lenkung	C1.1	
	Marktkonzentration	B2.2	
Themenkomplex 5	Makroökonomie		
	Internat. Wirtschaftsbeziehungen		
	Entwicklungsländer		
	Wirtschafts- und Währungsunion		
	Wirtschaftswachstum		
	Waren- und Geldkreislauf	C1.2	8.4
	Staatsverschuldung		
	Inflation		
	Stabilität		
	Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft	C2.2	8.4

Bemerkung: normal – Arbeitslehre, kursiv – Sozialkunde

Quelle: Hessische Lehrpläne für POWI und Arbeitslehre und Gemeinschaftsgutachten, eigene Darstellung.

Ökonomische Themen in den Lehrplänen für Realschulen in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten						
		Gutachten			Lehrplan	
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle					
	Budget				5.3	6.1 6.3
	Kostenbegriff	A2.1	B1.1	B2.3	C1.1	5.3 6.2 8.2
	Finanzierung					5.3
	Verbraucherschutz					6.3
	Preisvergleich	A2.1	B1.1	B2.3		6.3
	Preis-Leistungs-Verhältnis	A1.1	A2.1	B1.1	B2.3	5.3 6.3
	Sparen	A1.2	A2.2			
Themenkomplex 2	Betrieb	C1.2				8.1 10.1
	Betriebsgründung	A1.2	B1.3			8.1
	Marktlücke					8.1 6.1
	Standort					
	Rechtsform	B1.3				8.1 8.2
	Produktion	A2.2	B2.1			6.4
	Produktentwicklung					8.1 6.1
	Inputbeschaffung	B2.2				6.1
	Fertigung					
	Kostenkalkulation	A2.2	A2.3	B2.1	C1.1	8.2 6.1
	Absatz	B2.1				8.2
	Marketing					8.1 6.1 6.3
	Wettbewerb	C1.3				8.2
	Absatzstrategien	A2.3	B2.1			6.1 6.3
Buchführung						
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle	C3.3				9.3 6.4
	Innerbetrieblich	B2.1				
	Arbeitssituation	A1.3	A3.2	A3.3		
	Rechte und Pflichten	A1.3	A3.3	C3.3		
	Mitbestimmung	A1.3	A3.3	C3.3		8.2 10.1
	Überbetrieblich					
	Arbeitslosigkeit	B1.3				8.1 9.3 9.4

	Zeitarbeit		9.4
	Berufswahl	A3.3 C3.3	5.3 8.1 9.3
	Einkommen	A1.3 A3.3 B1.3 B3.3	9.2
	Brutto & Netto	B1.3	9.2
	Tarifkonflikte	B1.2 B1.3 B2.4 B3.3	9.2 10.1
	Verteilungsaspekte	B1.2 C1.3	10.6
	Soziale Stellung	A3.3 B1.2 C3.3	6.4
	Zusammenhang mit Qualifikation		
	Armut		6.4
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt		10.1
	Güterkreislauf	B1.2 B2.2 C1.1 C1.2	9.4 10.1 10.6
	Regionaler Wirtschaftsraum	B2.2 C1.1 C1.2 C2.3	9.3 9.4 10.3 10.6
	Wirtschaftsstruktur	B2.4 B2.5 C1.1 C1.2 C1.3 C2.1	9.3 9.4 10.1
	Infrastruktur		9.3
	Soziale Sicherung	C3.1	9.3 9.4 9.5
	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	A3.2	9.4
	Bedeutung von Arbeit		6.4
	Preisbildung und - lenkung	C1.1	
	Marktkonzentration	B2.2	8.2
Themenkomplex 5	Makroökonomie		
	Internationale Wirtschaftsbeziehungen		9.4 10.6
	Entwicklungsländer		10.6
	Wirtschafts- und Währungsunion	C2.3	10.3
	Wirtschaftswachstum		
	Waren- und Geldkreislauf	C1.2	9.4 10.1
	Staatsverschuldung		
	Inflation		
	Stabilität		
	Marktwirtschaft, Soz. Marktwirtschaft	C2.1	10.1

Bemerkung: normal – Arbeitslehre, kursiv – Sozialkunde

Quelle: Hessische Lehrpläne in POWI und Arbeitslehre und Gemeinschaftsgutachten, eigene Darstellung.

Ökonomische Themen in den Lehrplänen für Gymnasien in Hessen im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten			
		Gutachten	Lehrplan
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle		
	Budget		7G.3
	Kostenbegriff	C1.1	
	Finanzierung		
	Verbraucherschutz		
	Preisvergleich		
	Preis-Leistungs-Verhältnis	A1.1	8G.2
	Sparen		7G.3
Themenkomplex 2	Betrieb	A3.2 B2.1	
	Betriebsgründung		
	Marktlücke		
	Standort		Q3
	Rechtsform	B1.3 B2.1	Q2
	Produktion		
	Produktentwicklung		

	Inputbeschaffung								
	Fertigung								
	Kostenkalkulation	C1.1							
	Absatz							Q2	
	Marketing							7G.3	
	Wettbewerb							Q2	
	Absatzstrategien							Q2	
	Buchführung								
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle	C3.3							9G.1
	Innerbetrieblich	B1.3							
	Arbeitssituation	A1.3						7G.3	9G.1
	Rechte und Pflichten	A1.3 B3.3 C3.3						8G.2	
	Mitbestimmung	B3.3 B3.4 C3.3							
	Überbetrieblich	A1.3							
	Arbeitslosigkeit								
	Zeitarbeit								
	Berufswahl	C3.3							9G.1
	Einkommen								7G.3 9G.1
	Brutto & Netto								
	Tarifkonflikte	B3.3							Q2 9G.2
	Verteilungsaspekte								Q2 8G.3
	Soziale Stellung	B3.3 C3.3							
	Zusammenhang mit Qualifikation								9G.1 8G.3 9G.2
Armut								7G.3	
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt								Q2
	Güterkreislauf	A1.3 A3.1 B2.1 C1.1						8G.2 E2	Q2 9G.5
	Regionaler Wirtschaftsraum	B2.2 C1.1						E2 Q2 Q3	9G.5
	Wirtschaftsstruktur	A1.3 A3.1 B2.3 C1.1 C2.1 C2.2						Q2 Q3	9G.5
	Infrastruktur	A3.1 B2.1 B2.3							
	Soziale Sicherung	A1.3 B2.3 B3.4 C2.2						8G.2 Q2 Q4	8G.3 9G.2
	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	A1.3 B2.3						Q3	9G.5
	Bedeutung von Arbeit								9G.1
	Preisbildung und -lenkung	C1.1						E2	Q2
Marktkonzentration	B2.2							Q2	
Themenkomplex 5	Makroökonomie								
	Internationale Wirtschaftsbeziehungen							9G.5 Q2 Q3	Q4
	Entwicklungsländer							9G.5 Q3	Q4
	Wirtschafts- und Währungsunion							9G.5 Q2	
	Wirtschaftswachstum							Q2	
	Waren- und Geldkreislauf	C1.2						Q2	Q3
	Staatsverschuldung	C2.3						Q2	Q3
	Inflation							Q2	
	Stabilität								
	Marktwirtschaft, soz.								
	Marktwirtschaft	C2.2						8G.2 9G.2 E2	Q2 Q3

Bemerkung: normal – Sek I, kursiv – Sek II

Quelle: Hessische Lehrpläne für POWI und Arbeitslehre und Gemeinschaftsgutachten, eigene Darstellung.

Anhang D: Fragebogen

Wie beurteilen Sie die Kenntnisse der Schulabgänger und -abgängerinnen zu folgenden ökonomischen Themen?

Haupt- und Realschulen

Themenkomplex 1: Konsumentenrolle	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Budget	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kostenbegriff	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verbraucherschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preisvergleich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preis-Leistungs-Verhältnis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 2: Betrieb	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
<i>Betriebsgründung</i>				
- Marktlücke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Standort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Rechtsform	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Produktion</i>				
- Produktentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Inputbeschaffung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Fertigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Kostenkalkulation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Absatz</i>				
- Marketing	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Wettbewerb	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Absatzstrategien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Buchführung</i>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 3: Arbeitnehmerrolle	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
<i>Innerbetrieblich</i>				
- Arbeitssituation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Rechte und Pflichten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Mitbestimmung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Überbetrieblich</i>				
- Arbeitslosigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Zeitarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Berufswahl	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Einkommen</i>				
- Brutto & Netto	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Tarifkonflikte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Verteilungsaspekte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Soziale Stellung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Zusammenhang mit Qualifikation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Themenkomplex 4: (Arbeits-)Markt	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Güterkreislauf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regionaler Wirtschaftsraum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftsstruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Soziale Sicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kompetenzen (Erweiterungen in Klammern besitzen für Hauptschulabgänger/innen Gültigkeit)	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
die eigene ökonomische Situation kriteriengeleitet analysieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (mit Unterstützung) kriteriengeleitet analysieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(mit Unterstützung) die Gestaltung ökonomischer Systeme durch die Erklärung ihrer Regeln beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Bedeutung der unterschiedlichen ökonomischen Akteure - Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbände und Staat - für die wirtschaftliche Entwicklung analysieren und beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zielkonflikte in wirtschaftlichen Entscheidungssituationen (in Ansätzen) beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entscheidungen in Haushalt, Unternehmen und Staat (mit Unterstützung) kriteriengeleitet überprüfen und bewerten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(mit Unterstützung) die eigene ökonomische Situation aufgrund der geleisteten Analyse anhand von weitgehend selbstständig entwickelten Maßstäben beurteilen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie beurteilen Sie die Kenntnisse der Schulabgänger und -abgängerinnen zu folgenden ökonomischen Themen?

Gymnasien

Themenkomplex 1: Konsumentenrolle	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Budget	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kostenbegriff	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verbraucherschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preisvergleich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preis-Leistungs-Verhältnis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sparen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 2: Betrieb	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht

Betriebsgründung				
- Marktlücke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Standort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Rechtsform	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Produktion				
- Produktentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Inputbeschaffung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Fertigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Kostenkalkulation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Absatz				
- Marketing	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Wettbewerb	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Absatzstrategien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Buchführung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 3: Arbeitnehmerrolle	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Innerbetrieblich				
- Arbeitssituation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Rechte und Pflichten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Mitbestimmung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Überbetrieblich				
- Arbeitslosigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Zeitarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Berufswahl	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einkommen				
- Brutto & Netto	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Tarifkonflikte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Verteilungsaspekte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- Soziale Stellung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Zusammenhang zur Qualifikation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Armut	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 4: Güter- und Arbeitsmarkt	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden
Regionaler Wirtschaftsraum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftsstruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Soziale Sicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Güterkreislauf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bedeutung von Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preisbildung und -lenkung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Marktkonzentration	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Themenkomplex 5: Makroökonomie	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Internationale Wirtschaftsbeziehungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklungsländer, Weltwirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschafts- und Währungsunion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftswachstum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Waren- und Geldkreislauf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Staatsverschuldung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Inflation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stabilität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Marktwirtschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kompetenzen	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Die eigene ökonomische Situation kriteriengeleitet analysieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen kriteriengeleitet analysieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Gestaltung ökonomischer Systeme durch die Erklärung ihrer Regeln selbstständig beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Bedeutung der unterschiedlichen ökonomischen Akteure (Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbände, Staat) für die wirtschaftliche Entwicklung analysieren und beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zielkonflikte in wirtschaftlichen Entscheidungssituationen umfassend beschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entscheidungen in Haushalt, Unternehmen und Staat kriteriengeleitet überprüfen und bewerten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die eigene ökonomische Situation aufgrund der geleisteten Analyse anhand von selbstständig entwickelten Maßstäben beurteilen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte an dieser Stelle eine kleine Notiz zur Art (Branche, Unternehmensform) und Größe ihres Betriebes

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang E: Auswertung Fragebögen

Auswertung der Fragebögen der Fachleiter/innen und Lehrer/innen									
		Haupt-/Realschule				Gymnasium			
		Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle								
	Budget		XXX	XX	X		XX		
	Kostenbegriff	X	XXX	X	X	X	X		
	Finanzierung		XX	XXX	X	X	X		
	Verbraucherschutz	X	XXX	X	X		XX		
	Preisvergleich	X	XXXX		X	X	X		
	Preis-Leistungs-Verhältnis		XXX	XX	X		XX		
	Sparen				X		XX		
Themenkomplex 2	Betrieb								
	<i>Betriebsgründung</i>								
	Marktlücke		XX	XXX	X		XX		
	Standort		XX	XXX	X		XX		
	Rechtsform		X	XXXX	X		X	X	
	<i>Produktion</i>								
	Produktentwicklung	X	X	XXX	X		XX		
	Inputbeschaffung		X	XXX	X		XX		
	Fertigung	X	XXXX		X		XX		
	Kostenkalkulation		XX	XX	X		XX		
	<i>Absatz</i>								
	Marketing	XX	XX		X	X	X		
	Wettbewerb	X	XXX		X	X	X		
	Absatzstrategien	XX		XX	X		XX		
Buchführung		XX	X	X		X			
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle								
	<i>Innerbetrieblich</i>								
	Arbeitssituation	XX	XXX		X		X	X	
	Rechte und Pflichten	XX	XXX		X		X	X	
	Mitbestimmung	X	XXXX		X	X		X	
	<i>Überbetrieblich</i>								
	Arbeitslosigkeit	X	XXXX		X	X	X		
	Zeitarbeit	X	X	XXX	X		XX		
	Berufswahl	XXX	XX		X	X	X		
	<i>Einkommen</i>								
	Brutto & Netto	XX	XX	X	X		XX		
	Tarifkonflikte	X	X	XXX	X		X	X	
	Verteilungsaspekte		XX	XXX	X		X	X	
	Soziale Stellung	X	XXXX		X		X	X	
Zusammenhang mit Qualifikation		XXXX	X	X	X	X			
Armut				X	X	X			
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt								
	Güterkreislauf	X	XXX	X	X		XX		
	Regionaler Wirtschaftsraum	XX	X	XX	X		XX		
	Wirtschaftsstruktur	X	XX	XX	X		X	X	
	Infrastruktur	X	XXX	X	X	X	X		
	Soziale Sicherung		XXXXX		X		XX		

	Flexibilisierung des Arbeitsmarktes	x	xxx	x	x	xx
	Bedeutung von Arbeit				x	xx
	Preisbildung und -lenkung				x	x x
	Marktkonzentration				x	x x
Themenkomplex 5	Makroökonomie					
	Internat. Wirtschaftsbeziehungen					xx
	Entwicklungsländer					xx
	Wirtschafts- und Währungsunion					xx
	Wirtschaftswachstum					xx
	Waren- und Geldkreislauf					xx
	Staatsverschuldung					xx
	Inflation					xx
	Stabilität					xx
	Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft					xx
Kompetenzen	Die eigene ökonomische Situation kriteriengeleitet analysieren	x	xxx	x	x	xx
	Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen kriteriengeleitet analysieren	x		xxxx	x	x x
	Die Gestaltung ökonomischer Systeme durch die Erklärung ihrer Regeln selbstständig beschreiben		xxx	xx	x	xx
	Die Bedeutung der unterschiedlichen ökonomischen Akteure (Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbände, Staat) für die wirtschaftliche Entwicklung analysieren und beschreiben		xx	xxx	x	xx
	Zielkonflikte in wirtschaftlichen Entscheidungssituationen umfassend beschreiben	x	x	xxx	x	x x
	Entscheidungen in Haushalt, Unternehmen und Staat kriteriengeleitet überprüfen und bewerten	x	x	xxx	x	xx
	Die eigene ökonomische Situation aufgrund der geleisteten Analyse anhand von selbstständig entwickelten Maßstäben beurteilen		xxx	xx	x	xx

Quelle: eigene Auswertung.

Auswertung der Fragebögen der Ausbildungsleiter/innen der befragten Betriebe									
		Haupt-/Realschule				Gymnasium			
		Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht	Ausreichend vorhanden	In Grundzügen vorhanden	Nicht vorhanden	Weiß nicht
Themenkomplex 1	Konsumentenrolle								
	Budget		xxxx	xxx	x	xx	xxxxxx		x
	Kostenbegriff		xxxx	xxx	x	xx	xxxxx	x	x
	Finanzierung		xxx	xxxx	x	x	xxxxx	xx	x
	Verbraucherschutz		xx	xxxxx	x	x	xxxxxx	x	x
	Preisvergleich		xxxxxxx			x	xxxx	xxxx	x
	Preis-Leistungs-Verhältnis		xxxxx	xx	x		xxx	xxxxx	x
	Sparen					xx	xxxxx	x	
Themenkomplex 2	Betrieb								
	<i>Betriebsgründung</i>								
	Marktlücke		xxxx	xx	xx	xx	xxxxxx		x
	Standort		xxxx	xx	xx	xx	xxxxxx		x
	Rechtsform		xxx	xxx	xx	xx	xx	xxxx	x
	<i>Produktion</i>								
	Produktentwicklung			xxxxxxx	x		xxx	xxxxx	x
	Inputbeschaffung		xx	xxxxxx	x		xxxxx	xxx	x
	Fertigung		xxxx	xxx	x		xxxx	xxxx	x
	Kostenkalkulation			xxxxxxx	x		xxxxx	xxx	x
	<i>Absatz</i>								
	Marketing		xxx	xxxx	x	x	xxxxxx	x	x
	Wettbewerb		xxxx	xxxx	x	xx	xxxxxx		x
	Absatzstrategien		x	xxxxxx	x	x	xxxx	xxx	x
Buchführung		x	xxxxxx	x	x	x	xxxxxx	x	
Themenkomplex 3	Arbeitnehmerrolle								
	<i>Innerbetrieblich</i>								
	Arbeitssituation		xxxxx	xx	x		xxxxxx	xx	x
	Rechte und Pflichten		xxxx	xxx	x		xxxxxx	xx	x
	Mitbestimmung		xxx	xxxx	x		xxxxx	xxx	x
	<i>Überbetrieblich</i>								
	Arbeitslosigkeit		xxxxx	xx	x	xx	xxxx	x	xx
	Zeitarbeit		xxxxx	xx	x		xxxxx	xxx	x
	Berufswahl		xxxxxxx			xx	xxxxxx		x
	<i>Einkommen</i>								
	Brutto & Netto		xx	xxxx	xx	xx	xxxxx	x	x
	Tarifkonflikte		xx	xxxxxx	xx	x	xxx	xxxx	x
	Verteilungsaspekte			xxxxxxx	xx	x	xxxx	xxx	x
	Soziale Stellung		xxxxx	xx	x	xx	xxxxx	x	x
Zusammenhang mit Qualifikation		xxxx	xxx	x	x	xxxxxx		x	
Armut					xxx	xxx	x	xx	
Themenkomplex 4	(Arbeits-)Markt								
	Güterkreislauf		xxx	xxxx	xx	xx	xxx	xx	xx
	Regionaler Wirtschaftsraum		xxx	xxxx	xx	x	xxxxxx	x	x
	Wirtschaftsstruktur		x	xxxxx	xx	xx	xxxx	xx	x
	Infrastruktur		xxx	xxx	xx	xx	xxxxx	x	x
	Soziale Sicherung		xxxx	xx	xx	xx	xxxxxx		x
Flexibilisierung des Arbeitsmarktes			xxxxxx	xx		xxxx	xxx	xx	

	Bedeutung von Arbeit					xxx	xxxxx		x
	Preisbildung und - lenkung					x	xx	xxxx	xx
	Marktkonzentration					xx	xx	xxx	xx
Themenkomplex 5	Makroökonomie								
	Internat. Wirtschaftsbeziehungen						xxxxx	xx	x
	Entwicklungsländer					xx	xxxxxx		x
	Wirtschafts- und Währungsunion					x	xxxxx	xx	x
	Wirtschaftswachstum					x	xxxxxx	x	x
	Waren- und Geldkreislauf					xx	xxxx	xx	x
	Staatsverschuldung					x	xxxxxx	x	x
	Inflation					xx	xxxx	x	xx
	Stabilität					x	xxxx	xx	xx
	Marktwirtschaft, soz. Marktwirtschaft					xx	xxxx	x	xx
Kompetenzen	Die eigene ökonomische Situation kriteriengeleitet analysieren	x	xx	xxx	xxx	x	xxxxxx		x
	Angebote auf dem Konsumgütermarkt und zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen kriteriengeleitet analysieren	x	xx	xxx	xxx	x	xxx	xxx	x
	Die Gestaltung ökonomischer Systeme durch die Erklärung ihrer Regeln selbstständig beschreiben		xx	xxxx	xxx		xx	xxxxx	x
	Die Bedeutung der unterschiedlichen ökonomischen Akteure (Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbände, Staat) für die wirtschaftliche Entwicklung analysieren und beschreiben	x	xx	xxxxx	x		xxxx	xxx	x
	Zielkonflikte in wirtschaftlichen Entscheidungssituationen umfassend beschreiben		xx	xxxxx	xx			xxxxxx	xx
	Entscheidungen in Haushalt, Unternehmen und Staat kriteriengeleitet überprüfen und bewerten	x	xx	xxx	xxx		xxxxx	xx	x
	Die eigene ökonomische Situation aufgrund der geleisteten Analyse anhand von selbstständig entwickelten Maßstäben beurteilen	x	xxx	xxxx	x	x	xxxxxx		x

Quelle: eigene Auswertung.

Anhang F: Verankerung der ökonomischen Lehrerbildung im Bundesvergleich

Eine Analyse der bundesweit vorhandenen Standorte für die Lehrerausbildung mit ökonomisch relevanten Studienfächern durch Birgit Weber aus dem Jahr 2007 auf Basis des 'Hochschulkompass' zeigt, dass nur in wenigen der in Anhang A genannten Universitäten für die Lehrer/innenausbildung Professuren in Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik eingerichtet haben, was die Autorin als eine der Grundvoraussetzungen für eine adäquate Lehrerausbildung bezeichnet (vgl. Weber 2007, 6f.). Zudem wird deutlich, dass - entsprechend der in Anhang A genannten unterschiedlichen Verankerung der ökonomischen Bildung - auch die Lehrerausbildung in Deutschland bezüglich ökonomischer Inhalte sehr unterschiedlich organisiert ist:

Trotz der Einführung des Bachelors als fachwissenschaftlich ausgerichteter Studiengang auch für den Lehramtsberuf werden an sehr vielen Standorten die ökonomischen Inhalte als Teil eines anderen Studienfachs vermittelt; lediglich in Bayern, Thüringen (Wirtschaftswissenschaft), Sachsen-Anhalt (Wirtschaft) und Baden-Württemberg (Wirtschaft bzw. Wirtschaftslehre) erfolgt die Lehrerausbildung in Ökonomie in einem entsprechend ausgerichteten Schwerpunkt-Studienfach. In allen anderen Bundesländern erfolgt die ökonomische Lehrerausbildung im Rahmen eines Kombinationsfachs (Politik und Wirtschaft, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft oder Arbeit-Wirtschaft-Technik) oder im Rahmen eines anderen Fachschwerpunkt-Studiums (Arbeitslehre, Politikwissenschaft, Politologie, Sozialkunde oder Sozialwissenschaften).

Bundesland	Fach	Lehramtsform	Hochschule
Baden-Württemberg	Politikwissenschaft	Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen	Pädagogische Hochschule Weingarten
	Politikwissenschaft	Lehramt an Werkreal-, Haupt- sowie Realschulen	Pädagogische Hochschule Freiburg
	Politikwissenschaft	Lehramt an Haupt-, Werkreal- und Realschulen	Pädagogische Hochschule Heidelberg
	Politikwissenschaft	Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen	Pädagogische Hochschule Karlsruhe
	Politikwissenschaft	Lehramt an Werkreal-, Hauptschulen und Realschulen	Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
	Politikwissenschaft	Werkreal-, Haupt- und Realschullehramt	Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd
	Politikwissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Stuttgart
	Politikwissenschaft / Wirtschaftswissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Heidelberg
	Politikwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Freiburg im Breisgau
	Politikwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Konstanz
	Politikwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Mannheim
	Politikwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Stuttgart
	Politologie	Lehramt an Gymnasien	Universität Tübingen
	Wirtschaft	Werkreal-, Haupt- und Realschullehramt	Pädagogische Hochschule Schwäbisch

			Gmünd	
	Wirtschaft	Lehramt an Werkreal-, Hauptschulen und Realschulen	Pädagogische Hochschule Ludwigsburg	
	Wirtschaftslehre	Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen	Pädagogische Hochschule Weingarten	
	Wirtschaftslehre	Lehramt an Werkreal-, Haupt- sowie Realschulen	Pädagogische Hochschule Freiburg	
	Wirtschaftslehre	Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen	Pädagogische Hochschule Karlsruhe	
Bayern	Arbeitslehre	Lehramt an Hauptschulen	Universität Bamberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Augsburg	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Universität Augsburg	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Bamberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Universität Bamberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt	
	Sozialkunde	Lehramt an Realschulen	Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Erlangen-Nürnberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Realschulen	Universität Erlangen-Nürnberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität München (LMU)	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Universität München (LMU)	
	Sozialkunde	Lehramt an Realschulen	Universität München (LMU)	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Universität Erlangen-Nürnberg	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Passau	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Universität Passau	
	Sozialkunde	Lehramt an Realschulen	Universität Passau	
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Julius-Maximilians-Universität Würzburg	
	Sozialkunde	Lehramt an Hauptschulen	Julius-Maximilians-Universität Würzburg	
	Sozialkunde	Lehramt an Realschulen	Julius-Maximilians-Universität Würzburg	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Universität Bayreuth	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Realschulen	Universität Bayreuth	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Universität Erlangen-Nürnberg	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Realschulen	Universität Erlangen-Nürnberg	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Universität München (LMU)	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Realschulen	Universität München (LMU)	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Universität Passau	
	Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Realschulen	Universität Passau	
	Hamburg	Sozialwissenschaften	Lehramt an Beruflichen Schulen (Bachelor)	Universität Hamburg
		Sozialwissenschaften	Lehramt an Gymnasien (Bachelor)	Universität Hamburg
		Sozialwissenschaften	Lehramt Primarstufe und Sekundarstufe I (Bachelor)	Universität Hamburg
Wirtschaftswissenschaften	Lehramt an Beruflichen Schulen (Bachelor)	Universität Hamburg		
Hessen	Arbeitslehre	Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Giessen	
	Arbeitslehre	Staatsexamen Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Kassel	
	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Gymnasien	Technische Universität Darmstadt	
	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Frankfurt/Main	
	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Frankfurt/Main	
	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Giessen	
	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Giessen	
	Politik und Wirtschaft	Staatsexamen Lehramt an Gymnasien	Universität Kassel	
Politik und Wirtschaft	Staatsexamen Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Kassel		

		schulen	
Mecklenburg-Vorpommern	Politik und Wirtschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Marburg
	Arbeit-Wirtschaft-Technik	Lehramt an Grund- und Hauptschulen	Universität Rostock
	Arbeit-Wirtschaft-Technik	Lehramt an Gymnasien	Universität Rostock
	Arbeit-Wirtschaft-Technik	Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Rostock
	Sozialwissenschaften	Lehramt an Gymnasien	Universität Rostock
Nordrhein-Westfalen	Sozialwissenschaften	Lehramt an Haupt- und Realschulen	Universität Rostock
	Sozialwissenschaft	Bachelor Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen	Universität Bonn
	Sozialwissenschaften	Bachelor (auch Lehramt)	Universität Bielefeld
	Sozialwissenschaften	Bachelor Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen	Universität zu Köln
	Sozialwissenschaften	Bachelor Lehramt an Haupt-, Real- und Gesamtschulen	Universität zu Köln
	Sozialwissenschaften	Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen/entspr. Jahrgangsst. der Gesamtschulen, Schwerpunkt Haupt-, Real-, Gesamtschulen	Universität zu Köln
Rheinland-Pfalz	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen	Universität zu Köln
	Sozialkunde	Bachelor Lehramt	Technische Universität Kaiserslautern
Sachsen-Anhalt	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Mainz
	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Sozialkunde	Lehramt an Sekundarschulen	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Wirtschaft	Lehramt an Gymnasien	Universität Magdeburg
Thüringen	Sozialkunde	Lehramt an Gymnasien	Universität Jena
	Sozialkunde	Lehramt an Regelschulen	Universität Jena
	Wirtschaftslehre/Recht	Lehramt an Gymnasien	Universität Jena

Quelle: www.hochschulkompass.de, eigene Auswertung.

Anhang G-0: Studienordnungen und Modulhandbücher Linkliste

Darmstadt

POWI L3

Studienordnung

http://www.zfl.tu-darmstadt.de/media/zfl/lagpdf/lag_powi_studo_end_feb2007.pdf

Modulbeschreibungen

http://www.zfl.tu-darmstadt.de/media/zfl/lagpdf/lag_powi_module_end_feb2007.pdf

Frankfurt

POWI L2

http://www.satzung.uni-frankfurt.de/2008/Lehramt/UniReportOrd_PoWiL2L5.pdf

POWI L3

http://www.satzung.uni-frankfurt.de/2008/Lehramt/UniReportOrd_PoWiL3.pdf

Gießen

Für POWI wurde in dieser Studie die ab 2011 gültige PO zugrundegelegt,

POWI L2 und POWI L3

<http://fss.plone.uni->

[gies-](http://fss.plone.uni-)

[sen.de/fss/mug/7/pdf/7_80/7_82/Anlage2/Module/powi/7_82_00_ANL2_MO_PoWi_6.Ae/file/7_82_00_ANL2_PoWi_Module_6_Aenderungsfassung_V1a.pdf](http://fss.plone.uni-sen.de/fss/mug/7/pdf/7_80/7_82/Anlage2/Module/powi/7_82_00_ANL2_MO_PoWi_6.Ae/file/7_82_00_ANL2_PoWi_Module_6_Aenderungsfassung_V1a.pdf)

Für Arbeitslehre wurde in dieser Studie die ab 2010 gültige PO Arbeitslehre zugrundegelegt

<http://fss.plone.uni->

[gies-](http://fss.plone.uni-)

[sen.de/fss/mug/7/pdf/7_80/7_82/Anlage2/Module/arbeitslehre/7_82_00_ANL2_Module_Arbeitslehre/file/7_82_00_ANL2_Arbeitslehre_Module_1.Aenderungsfassung.pdf](http://fss.plone.uni-sen.de/fss/mug/7/pdf/7_80/7_82/Anlage2/Module/arbeitslehre/7_82_00_ANL2_Module_Arbeitslehre/file/7_82_00_ANL2_Arbeitslehre_Module_1.Aenderungsfassung.pdf)

Kassel

POWI L2

<http://www.uni->

[kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_powi_L2_neu.pdf](http://www.uni-kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_powi_L2_neu.pdf)

POWI L3

<http://www.uni->

[kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_powi_L3_neu.pdf](http://www.uni-kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_powi_L3_neu.pdf)

AL

<http://www.uni->

[kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_arbeitslehre_L2.pdf](http://www.uni-kassel.de/einrichtungen/fileadmin/groups/w_330000/MTB_Sys_4/mpo_arbeitslehre_L2.pdf)

Marburg

POWI L3

[http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-09_PoWi_STO_Moduluebersicht-1.pdf)

[09_PoWi_STO_Moduluebersicht-1.pdf](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-09_PoWi_STO_Moduluebersicht-1.pdf)

[http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-09_PoWi_Modulkatalog.pdf)

[09_PoWi_Modulkatalog.pdf](http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/studium/lehramtpowi/2008-09_PoWi_Modulkatalog.pdf)

zuletzt abgerufen am 23.03.2012

Anhang G-1: POWI Lehramt an Haupt- und Realschulen

Goethe-Universität Frankfurt

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Haupt- und Realschulen

Pflichtmodule

- Propädeutikum
- Fachdidaktischen Grundlagen
- Politikwissenschaft: Politische Systeme, Akteure und Prozesse
- Fachdidaktische Vertiefung

Wahlpflichtmodule

eines der Wahlpflichtmodule:

- „Grundlagen der Sozialwissenschaft“
- „Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen“
- „Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt“
- „Soziologie: Strukturorientierte Zugänge“
- „Soziologie: Wissens- und akteursorientierte Zugänge“
- „Vertiefung Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen“
- „Vertiefung Soziologie: Strukturorientierte Zugänge“
- „Vertiefung Soziologie: Wissens- und akteursorientierte Zugänge“

Quelle: Prüfungsordnung POWI /L2 Frankfurt am Main, Verweis s. G-0, eigene Darstellung.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Goethe-Universität Frankfurt

SS 10

Modul: Politikwissenschaft: Politische Systeme, Akteure und Prozesse

Ecology, Political Economy and the Science-policy Interface
Politische Ökonomie Südafrikas

Modul: Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen

Ecology, Political Economy and the Science-policy Interface
Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Teil 2
Internationale Länderratings - und -rankings: Entwicklung und Nutzung sozio-ökonomischer
Entwicklungsindikat. für die Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit
Politische Ökonomie Südafrikas

Modul: Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt

Arbeit und Identität
Arbeitsmarktpolitische Zielgruppen - Entwicklung und Standortbestimmungen
Arbeitsökonomie
Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie, Teil 2
Standortverlagerungen und soziale Auseinandersetzungen in Europa

Modul: Soziologie: Strukturorientierte Zugänge

Ecology, Political Economy and the Science-policy Interface
Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie, Teil 2
Politische Ökonomie Südafrikas

Modul: Vertiefung Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen

Die Wirtschaft der VR China seit 1978: Reformen, Politikfelder, aktuelle Herausforderungen
Die aktuelle Krise des Kapitalismus und die gesellschaftlichen Alternativen
Politische Ökonomie der globalen Finanzmärkte

Modul: Vertiefung Soziologie: Strukturorientierte Zugänge

Arbeit, Macht und Leid(enschaft)
Arbeitspolitik und industrielle Beziehungen in vergleichender Perspektive
Wilderer und Räuberer - Zur Konstitution von Staatlichkeit und Privateigentum - Teil 1

Modul: Vertiefung Soziologie: Wissens- und Akteursorientierte Zugänge

Arbeitspolitik und industrielle Beziehungen in vergleichender Perspektive

WS 10/11

Modul: Grundlagen der Sozialwissenschaft

Weltarmut und Ethik

Modul: Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen

Einführung in die Finanzmärkte

Modul: Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt

Einführung in die Finanzmärkte
Einführung in die Politische Ökonomie
Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen
Gewerkschaftspolitik in Deutschland und der Europäischen Union
Prekarisierung von Arbeit und Leben
Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen

Modul: Soziologie: Strukturorientierte Zugänge

Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen
Prekarisierung von Arbeit und Leben
Wissen, Nicht Wissen und Handeln unter Unsicherheitsbedingungen - Strukturaspekte von Umweltproblemen
Die Weltwirtschaftskrise im politischen Unterricht - Verlauf, Ursachen, Folgen. Exemplarische Überlegungen zur didaktischen Umsetzung

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Goethe-Universität Frankfurt, eigene Auswertung.

Justus-Liebig-Universität Gießen

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Haupt- und Realschulen

	Modul 1: Das politische, rechtliche und soziale System der BRD (Fachwissenschaft)
	Modul 8: Grundlagen fachbezogenen Lehrens und Lernens im Fach Politik und Wirtschaft (Fachdidaktik)
	Modul 03: Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik, Pflichtmodul Fachwissenschaft
	Modul 9a: Schulpraktische Studien mit Schulpraktikum (Blockpraktikum)
	Modul 9b: Studien Schulpraktische Studien – Semesterbegleitendes Fachpraktikum
WP: Ein Modul aus:	Modul 2: Institutionen, Konfliktfelder, soziale Bewegungen (Fachwissenschaft)
	Modul 4: Internationale Beziehungen (Fachwissenschaft)
	Modul 5: Vergleich politischer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme (Fachwissenschaft)
	Modul 6: Politik, Kommunikation und Medien (Fachwissenschaft)
	Modul 7: Theorien und Methoden der Sozialwissenschaften (Fachwissenschaft)
WP: Zwei Module aus	Modul 10: Methoden und Medien in der politischen Bildung (Fachdidaktik)
	Modul 11: Praxisfelder politischer Bildung (Fachdidaktik)
	Modul 12: Tendenzen der Politikdidaktik (Fachdidaktik)

Quelle: Studienordnung POWI/L2 Gießen, Verweis s. G-0.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen

SS 09

Modul: Theorien und Praxis der Wirtschaftspolitik

Einführung in die Wirtschaftspolitik der EU

Theorie des Wohlfahrtsstaats

WS 09/10

Modul: Theorien und Praxis der Wirtschaftspolitik

Sozialpolitik. Eine Einführung
Einführung in die Steuerungs- und Verteilungspolitik
Soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat
Armut und soziale Ausgrenzung

SS 10

Modul: Theorien und Praxis der Wirtschaftspolitik

Aktuelle Probleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
Krise des Sozialstaats?

Modul: Vergleich politischer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme

Armut und Kindheit im Wandel: Ursachen, Entwicklungen und Lösungskonzepte im europäischen Vergleich

WS 10/11

Modul: Theorien und Praxis der Wirtschaftspolitik

"Economy Mainstreaming" - Ökonomie als politisches Querschnittsthema
Einführung in die Steuerungs- und Verteilungspolitik
Politische Ökonomie
Soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat
Sozialpolitik. Eine Einführung

Modul: Internationale Beziehungen

Einführung in die Internationale Politische Ökonomie

SS 11

Modul: Theorien und Praxis der Wirtschaftspolitik

Aktuelle Probleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
Einführung in die Wirtschaftspolitik der EU

Modul: Internationale Beziehungen

Welthandel? Institutionen, Theorien und Produktmärkte
Wem gehört die Welt? Internationale Kämpfe um Gemeingüter

Modul: Vergleich politischer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme

Armut und Kindheit im Wandel: Ursachen, Entwicklungen und Lösungskonzepte im europäischen Vergleich

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen, eigene Auswertung.

Universität Kassel

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Haupt- und Realschulen

Pflichtmodule	LP
Modul 1: Einführung in die Politikwissenschaft	10
Modul 2: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Politik	9
Modul 3: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Soziologie	5
Modul 4: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie	8
Modul 5: Grundlagen der Didaktik	14
Modul 6: Fachdidaktische Vertiefung	8
Modul 7: Schulpraktische Studien (SPS)	6
Keine WPM!	

Quelle: Studienordnung POWI/L2 Kassel, eigene Darstellung.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Universität Kassel

WS 10/11

Modul: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie

Ökonomie in der Schule 1: Wie Märkte funktionieren

Ökonomie in der Schule 2: Arbeitslosigkeit und Inflation

Im SS 11 und 11/12 werden die gleichen Veranstaltungen angeboten.

Anhang G-2: POWI Lehramt an Gymnasien

Technische Universität Darmstadt

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Gymnasien

8. Studienplan

Pflichtmodulbereich

Modul Orientierungsveranstaltung

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Einführung in die Politikwissenschaft	2	3
Proseminar	Einführung in die Politikwissenschaft	2	3
Tutorium	Einführung in die Politikwissenschaft	2	3

Modul Politische Theorie und Politische Philosophie

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Aus dem Bereich Politische Theorie und Politische Philosophie	2	3
Proseminar	Aus dem Bereich Politische Theorie und Politische Philosophie	2	3

Modul Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Aus dem Bereich Das politische System der Bundesrepublik Deutschland	2	3
Proseminar	Aus dem Bereich Das politische System der Bundesrepublik Deutschland	2	3

Weiter siehe nächste Seite.

Modul Analyse und Vergleich politischer Systeme

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Aus dem Bereich Analyse und Vergleich politischer Systeme	2	3
Proseminar	Aus dem Bereich Analyse und Vergleich politischer Systeme	2	3

Modul Internationale Beziehungen und Außenpolitik

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Grundlagen der Internationalen Beziehungen und Außenpolitik	2	3
Proseminar	Grundlagen der Internationalen Beziehungen und Außenpolitik	2	3

Modul Wirtschaft

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Einführung in die Volkswirtschaftslehre	2	3
Übung	Einführung in die Volkswirtschaftslehre	2	3
Vorlesung	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre	2	3

Modul Recht

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Einführung in das Recht	2	3
Vorlesung	Öffentliches Recht I	2	3

Wahlpflichtmodulbereich

Modul Demokratisches Regieren in Mehrebenensystemen

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Seminar	Aus dem Themenfeld Demokratisches Regieren in Mehrebenensystemen	2	3
Seminar	Aus dem Themenfeld Demokratisches Regieren in Mehrebenensystemen	2	3

Modul Öffentliche Verwaltung und Organisationen der Interessenvermittlung

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Aus dem Themenfeld Verwaltung und Interessenvermittlung	2	3
Seminar	Aus dem Themenfeld Verwaltung und Interessenvermittlung	2	3

Modul Internationale Beziehungen und Organisationen

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Aus dem Themenfeld Internationale Beziehungen und Organisationen	2	3
Seminar	Aus dem Themenfeld Internationale Beziehungen und Organisationen	2	3

Modul Vertiefung Volkswirtschaftslehre

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Mikroökonomie	2	3
Vorlesung	Makroökonomie	2	3

Modul Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Vertiefung im Arbeitsrecht, insbesondere: Kollektives Arbeitsrecht	2	3
Vorlesung	Soziale Sicherung	2	3

Modul Vertiefung Betriebswirtschaftslehre

Veranstaltungstyp	Veranstaltung	SWS	LP
Vorlesung	Buchführung	2	3
Vorlesung	Kosten- und Leistungsrechnung	2	3

Quelle: TU Darmstadt, Studienordnung für das Fach Politik und Wirtschaft Lehramt an Gymnasien, Endfassung vom 20.02.2007

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Technischen Universität Darmstadt

SS 10

Kosten- und Leistungsrechnung
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre Vorlesung
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre Übung
Mikroökonomie I Vorlesung
Mikroökonomie I Übung

WS 10/11

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
Buchführung
Einführung in die Volkswirtschaftslehre Vorlesung
Einführung in die Volkswirtschaftslehre Übung
Makroökonomie I Vorlesung
Makroökonomie I Übung

Goethe-Universität Frankfurt

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Gymnasien

Studienordnung:

- „Propädeutikum“
- „Fachdidaktische Grundlagen“
- „Politikwissenschaft: Politische Systeme, Akteure und Prozesse“
- **„Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt“**
- „Fachdidaktische Vertiefung“
- „Vertiefung Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen“
- **„Wirtschaft- und Sozialpolitik“**

ein Wahlpflichtmodul:

- „Grundlagen der Sozialwissenschaft“ oder
- „Soziologie: Strukturorientierte Zugänge“

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Goethe-Universität Frankfurt

SS 10

Modul: Politikwissenschaft: Politische Systeme, Akteure und Prozesse

Ecology, Political Economy and the Science-policy Interface
Politische Ökonomie Südafrikas
Probleme der Sozialpolitik im internationalen Vergleich

Modul: Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt

Arbeit und Identität
Arbeitsökonomie
Standortverlagerungen und soziale Auseinandersetzungen in Europa

Modul: Soziologie: Strukturorientierte Zugänge

Analyse der sozio-ökonomischen Entwicklung in ausgewählten Ländern Asiens
Ecology, Political Economy and the Science-policy Interface
Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie, Teil 2
Politische Ökonomie Südafrikas

Modul: Vertiefung Politikwissenschaft: Internationale Beziehungen

Der Staat und die Regulierung der Finanzmärkte
Die Wirtschaft der VR China seit 1978: Reformen, Politikfelder, aktuelle Herausforderungen
Die aktuelle Krise des Kapitalismus und die gesellschaftlichen Alternativen
Globale Umweltveränderungen, Ressourcenkonflikte und soziale Verwundbarkeiten
Politische Ökonomie der globalen Finanzmärkte

Modul: Wirtschafts- und Sozialpolitik

Aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik
Arbeitspolitik und industrielle Beziehungen in vergleichender Perspektive
Der Staat und die Regulierung der Finanzmärkte
Die Wirtschaft der VR China seit 1978: Reformen, Politikfelder, aktuelle Herausforderungen
Politische Ökonomie der globalen Finanzmärkte
Soziale Marktwirtschaft II

WS 10/11

Modul: Politikwissenschaft: Politische Systeme, Akteure und Prozesse

Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen

Modul: Wirtschaftliche Grundlagen und Arbeitswelt

Einführung in die Finanzmärkte

Einführung in die Politische Ökonomie

Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen

Gewerkschaftspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Prekarisierung von Arbeit und Leben

Projektseminar ("Bildung und Beruf")

Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen

Modul: Soziologie: Strukturorientierte Zugänge

Prekarisierung von Arbeit und Leben

Einführung in die Politische Ökonomie der Staatsfinanzen

Modul: Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsentwürfe der Arbeitsgesellschaft

Kapitalismus: Konzeptionen und Analysen

Gramsci und die Internationale Politische Ökonomie

Märkte und Gesellschaft

Problemorientierte Einführung in aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik – Exemplarische

Überlegungen zum didaktischen Verhältnis von politischer und ökonomischer Bildung

Was ist Reichtum?

Wirtschaftssoziologie: Geld, Banken und Finanzmärkte

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Goethe-Universität Frankfurt, eigene Auswertung.

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Gymnasien

Stand: 27.03.2008

		Semester							
LP		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Modul 1: Das politische, rechtliche und soziale System der BRD	10	VL	S						
		PS							
Modul 8: Grundlagen fachbezogenen Lehrens und Lernens im Fach Politik und Wirtschaft	8	VL	PS						
		Ü							
Modul 03: Grundlagen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik, Pflichtmodul Fachwissenschaft	10			VL	S				
				PS					
Modul 9a: Schulpraktische Studien mit Schulpraktikum (Blockpraktikum)	12					S			
						SP	S		
Modul 9b: Studien Schulpraktische Studien – Semesterbegleitendes Fachpraktikum						S*			
						SP*			
WP: Ein Modul aus:	10	Modul 2: Institutionen, Konfliktfelder und soziale Bewegungen		VL	S				
				PS					
WP: Zwei Module aus:	8	Modul 5: Vergleich politischer, gesellschaftlicher und kultureller Systeme		VL	S				
				PS					
Modul 4: Internationale Beziehungen		10				VL*	S*		
Modul 6: Politik, Kommunikation und Medien		10				PS*			
Modul 6: Politik, Kommunikation und Medien		10				VL*	S*		
Modul 7: Theorien und Methoden der Sozialwissenschaften		10				PS*			
WP: Zwei Module aus:	8	Modul 10: Methoden und Medien der politischen Bildung		S	S				
		Modul 11: Praxisfelder politischer Bildung		S	S				
		Modul 12: Tendenzen der Politikdidaktik	(2x)				S*	S*	

Quelle: Studienordnung POWI/L3 Gießen, Verweis s. G-0.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen

Vergleiche Gießen, Lehramt an Haupt- und Realschulen.

Hier werden die gleichen Module und Veranstaltungen angeboten, allerdings im Studiengang L3 mit mehr verpflichtenden Anteilen.

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Gymnasien

Pflichtmodule	LP
Modul 1: Einführung in die Politikwissenschaft	11
Modul 2: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Politik	19
Modul 3: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Soziologie	10
Modul 4: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie	8
Modul 5: Grundlagen der Didaktik	14
Modul 6: Fachdidaktische Vertiefung	8
Modul 7: Schulpraktische Studien (SPS)	6
<i>Modul 8: Fachwissenschaftliche Vertiefung</i>	<i>18</i>
Kein WPM!	

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Universität Kassel

WS 10/11

Modul: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Soziologie

Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration

Solidarische Ökonomien und Nachhaltige Entwicklung - wie ist die Weltwirtschaft zukunftsfähig?

Modul: Fachwissenschaftliche Grundlagen der Ökonomie

Ökonomie in der Schule 1

Ökonomie in der Schule 2

Modul: Fachwissenschaftliche Vertiefung

Arbeit - Arbeitslosigkeit - Arbeitsmarktpolitik

Vertretung von Erwerbstätigeninteressen in Deutschland

Studienmodule für das Fach POWI Lehramt an Gymnasien

Studienablauf

I. Pflichtbereich

9 Pflichtmodule

PM 1	Einführung in die Politikwissenschaft	(6 LP)
PM 2	Politische Theorie I	(6 LP)
PM 3	Politisches System der BRD I	(6 LP)
PM 4	Internationale Beziehungen I	(6 LP)
PM 5	Europäische Integration	(6 LP)
PM 6	Politische Ökonomie I	(6 LP)

Voraussetzung für den Besuch von PM 7 ist der erfolgreiche Abschluss von PM 1 und drei weiteren PM.

PM 7	Fachdidaktik I	(6 LP)
------	----------------	--------

Voraussetzung für die Teilnahme am Pflichtmodul 8 und 9 ist die Zwischenprüfung

PM 8	Fachdidaktik II	(8LP)
PM 9	Fachdidaktik IV	(5 LP)

Bis zum Ende des vierten, in besonders begründeten Ausnahmefällen bis Ende des sechsten Semesters ist die Zwischenprüfung (35 LP) abzulegen. Die erforderlichen Leistungspunkte werden in den Pflichtmodulen 1, 2, 3, 4, 6 und 7 erworben.

II. Wahlpflichtbereich

Bereich 1	Fachwissenschaftliche Kerngebiete (WPM 1-5)	Drei aus fünf WPM (3 x 6 LP)
Bereich 2	Fachwissenschaftliche Erweiterrungsgebiete (WPM 6-9)	Eins aus vier WPM (6 LP)
Bereich 3	Fachdidaktik III (WPM 10)	6 LP
Bereich 4	Schulpraktische Studien II (WPM 11) oder Äquivalent (WPM 12)	5 LP
Bereich 5	Schnittstellenmodule (WPM 13-16)	Zwei aus vier WPM (2 x 6 LP); wenn Fachdidaktik III nicht belegt wird

Im Wahlpflichtbereich werden vier Wahlpflichtmodule aus dem fachwissenschaftlichen Angebot im Umfang von 24 LP studiert oder drei Wahlpflichtmodule aus dem fachwissenschaftlichen plus die fachwissenschaftlichen Anteile aus zwei Schnittstellenmodulen (2 x 3 LP). Hinzu kommt das Wahlpflichtmodul Fachdidaktik III oder die fachdidaktischen Anteile aus zwei Schnittstellenmodulen (2 x 3 LP) plus die Schulpraktischen Studien II oder ein Äquivalenzmodul.

Modulliste Marburg

I. Pflichtbereich

- Pflichtmodul 1: Einführung in die Politikwissenschaft 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 2: Politische Theorie I 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 3: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland I 4 SWS/ 6 LP
- Pflichtmodul 4: Internationale Beziehungen I 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 5: Europäische Integration 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 6: Politische Ökonomie I 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 7: Fachdidaktik I 4 SWS / 6 LP
- Pflichtmodul 8: Fachdidaktik II 4 SWS / 8 LP
- Pflichtmodul 9: Fachdidaktik IV 4 SWS / 5 LP

II. Wahlpflichtmodulbereich

Wahlpflichtmodulbereich 1: fachwissenschaftliche Kerngebiete

- Wahlpflichtmodul 1: Politische Theorie II 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 2: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland II 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 3: Internationale Beziehungen II 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 4: Politische Ökonomie II 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 5: Analyse und Vergleich politischer Systeme 4 SWS / 6 LP

Wahlpflichtmodulbereich 2: fachwissenschaftliche Erweiterungsgebiete

- Wahlpflichtmodul 6: Politische Sozialisation 4 SWS/ 6 LP
- Wahlpflichtmodul 7: Gesellschaft, Bildungspolitik, Schule 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 8: Friedens- und Konfliktforschung 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 9: Politik und Geschlechterverhältnis 4 SWS / 6 LP

Wahlpflichtmodulbereich 3: Fachdidaktik

- Wahlpflichtmodul 10: Fachdidaktik III 4 SWS / 6 LP

Wahlpflichtmodulbereich 4: Schulpraktische Studien

- Wahlpflichtmodul 11: Schulpraktische Studien II 2 SWS / 5 LP
oder
- Wahlpflichtmodul 12: Äquivalent für Schulpraktischen Studien II Demokratiekompetenz 2 SWS / 5 LP

Wahlpflichtbereich 5: Schnittstellenmodule

- Wahlpflichtmodul 13: Demokratie-Lernen 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 14: Ökologie/Umweltbildung 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 15: Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft 4 SWS / 6 LP
- Wahlpflichtmodul 16: Rechtsextremismus als Problem der Politische Bildung 4 SWS / 6 LP

Quelle: Modulbeschreibung der Studienordnung POWI/ L3 Marburg, Verweis s. G-0, eigene Darstellung.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Philipps-Universität Marburg

SS 10

Modul: Politische Ökonomie I

- Einführung in die Politische Ökonomie der BRD
- Die Politische Ökonomie der BRD und Großbritanniens im Vergleich
- Die Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der europäischen Integration
- Die Rolle von Gewerkschaften im Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland
- Grundlagen der deutschen Wirtschaftspolitik

Globale Krise in der BRD – Analysen, Ideologien, Auswirkungen

Modul: Politische Ökonomie II

Die Europäische Integration in der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie

Die Krise verstehen

The Political Economy of the United States

Modul: Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

WS 10/11

Modul: Politische Ökonomie I

Kein Angebot!

Modul: Politische Ökonomie I

Wohlfahrtsregimes – Genderregimes – Produktionsregimes

Politische Regulierung der Care-Ökonomie

Arbeitspolitik und Arbeitsforschung

Politische Ökonomie der Europäischen Integration: Vom Fordismus zum Neoliberalismus

Modul: Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

SS 11

Modul: Politische Ökonomie I

Einführung in die Politische Ökonomie der BRD

Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie

Gewerkschaften in der BRD

Politische Ökonomie der BRD und Europäische Integration aus der Perspektive der kritischen Integrationsforschung

Politische Ökonomie der sozialen Ungleichheit und der Geschlechterdifferenz

Modul: Politische Ökonomie II

Varieties of Capitalism: Theory, empirical analysis, critique

Arbeitslosigkeit als soziales und politisches Problem

Modul: Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

Ökonomische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Philipps-Universität Marburg, eigene Auswertung.

Gegenüberstellung

Forderung des Gutachtens (Retzmann u.a 2010) für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und Inhalte der Modulbeschreibungen hessischer Universitäten Studiengang Lehramt für Gymnasien

		Da	F	Gi	Ks	Mr
		L3	L3	L3	L3	L3
BWL I: Grundlagen unternehmerischen Handelns	unternehmerische Ziele und Funktionen	P	P	W	W	
	Rechnungswesen	P				
	Investition u. Finanzierung	P	W	W	W	
BWL II: Unternehmensführung	Strategisches Management	P	W			
	Ressourcenplanung	P	W			
	Stakeholder-Interessen					
	Marktorientiertes Unternehmerhandeln	P	P	W		
	Personalmanagement, -führung & -entwicklung	P	P			
	Führungsstile, Unternehmenskultur, Motivationstheorien		W			
Gymnasium: BWL III: Unternehmensplanspiel	betriebswirtsch. Instrumente und Strategien	P	P	W		
	Interpretation in Bezug auf Modelle und wirtsch. Beziehungen					
VWL I: Einzel- und ges.wirtsch. Grundlagen	Verhalten von Wirtschaftssubjekten durch ökon. Kategorien	P		W	W	
	Mikroökon. Problemsituationen modelltheoretisch analysieren	P	P	W	W	
	Makroökon. Theorien und Modelle	W	P	P	W	W
	Interpretation volkswirtsch. Daten	W	W	P	W	
	Perspektive ökon. Denkschulen		P	W		
	Mikroökonomik der Güter- und Faktormärkte	W	P	P	W	W
VWL II: Wirtschaftssystem und soziale Sicherung	Steuerung der Wirtschaft	W	P	W	W	P
	Ordnungspolitische Fragestellungen	P	P	P	W	P
	Wirtschaftssysteme	P	W	P	W	W
	Bewertung von Leitbildern der Soz. Marktwirtschaft	W	P	P	W	W
	Magisches Viereck	P	P	W	W	
	Aufbereitung wirtsch.pol. Probleme	W	P	P	W	P
	Berurteilung von Maßnahmen der Steuer- und Sozialpolitik	W	P	P	W	P
VWL III (Wahlbereich 2 aus 3)	a) Außenwirtschaftstheorie u. -politik					
	EU und ökonom. Integration	P	W	W		P
	Weltwirtschaftsordnung	P	W	P		P
	offene Volkswirtschaften		W	W		W
	Theorien zum Internationalen Zahlungsverkehr	P	W	P		W
	Zahlungsbilanz					
	b) Arbeitsmarkttheorie u. -politik					
	AM-Theorien	W	P	P		P
	Beurteilung aktueller Fragen der AM-Theorien	W	P	P		P
	Ökon. Analyse des Zusammenwirkens der	W	P	P		P

	Sozialpartner Strukturwandel am AM								
	c) Geldtheorie u. -politik								
	Finanzwesen	P							P
	Geldpolitik und Geldwertstabilität	P							P
	Bewertung aktueller Entwicklungen	W							P
Gymnasium: VWL IV: Wirtschafts- u. Sozialpol.	Wirtschafts- und Sozialpolitik								W
Gymnasium: WP Wirtsch.wissenschaften (2 aus 4)	a) Haushaltsökonomik								
	Privater Haushalt	W	P						W
	Verbraucherverhalten	W	P						
	b) Existenzgründung								
	Einflussfaktoren auf Gründungserfolg								
	Strategien des Gründerhandelns								
	c) Neue Institutionenökonomik								
	Transaktionskostentheorie								
	Verfügungsrechte und Verträge								
	Institutionenanalyse		W						
	d) Ökonomische Spieltheorie und experimentelle Wirtschaftsforschung								
	Spieltheorie und Kooperationsprobleme				P				
	Analyse von Wirtschaftsbeziehungen	W	P	P	W				P

Quelle: Retzmann u.a. (2010) und Modulbeschreibungen POWI/ L3, Verweise s. Anhang G-0, eigene Darstellung.

Anhang G-3: Arbeitslehre

Justus-Liebig-Universität Gießen

Studienmodule für das Fach Arbeitslehre

Stand: 25.03.2008

		Semester							
		LP	1.	2.	3.	4.	5.	6.	
Modul 1: Grundlagen der arbeitsorientierten Bildung/Arbeitslehredidaktik		10	VL Ü	PS PS					
WP	Modul 2a: Handlungsfeld Arbeit, Beruf und Lebenswelt	6			S	PS			
	Modul 2b: Handlungsfeld Berufliche Rehabilitation und Integration				S	PS			
Modul 3: Betriebspraktikum inkl. Maschinenschein		8			Pra	Pra			
Modul 4: Vertiefung Handlungsfelder und Praxisformen der arbeitsorientierten Bildung/Didaktik der Arbeitslehre		6					Koll	Proj	
Modul 5: Einführung in die Technik		6	VL	LÜ WSP					
Modul 6: Volkswirtschaftslehre für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)		6		VL Ü					
Modul 7: Determinanten der Wohnversorgung		6			VL Ü				
WP: Ein Modul aus:	Modul 8a: Vertiefende Aspekte der Technik	6				VL WSP	S		
	Modul 8b: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre						VL Ü		
	Modul 8c: Volkswirtschaftslehre für Nebenfachstudierende I (Makroökonomik)							VL Ü	
	Modul 8d: Technik, Raum und Arbeit in der Alltagsversorgung								VL Ü
	Modul 8e: Humanökologische Hypothesen und Theorieansätze								VL Ü
Modul 9: Schulpraktische Studien		12				S SP	S		

Dieser Studienverlaufsplan entspricht nicht ganz der dieser Analyse zugrunde liegenden Studienordnung. Mit der Studienordnung, die ab SS 2010 gültig wurde, wurden zwei weitere Wahlpflichtmodule eingeführt: Das Modul 7 wurde in 7a umbenannt, 7b ist das Modul "Familie und Gesellschaft". Im dritten Wahlpflichtbereich wurde ebenfalls ein weiteres Modul eingeführt: 8f "Konsummuster privater Lebensformen".

Quelle: Studienordnung der Universität Gießen, Arbeitslehre, Verweis siehe Anhang G-0.

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen

WS 09/10

Modul: Volkswirtschaftslehre für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)

Kein Angebot

Modul: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Kein Angebot

Modul: Handlungsfeld Arbeit, Beruf und Lebenswelt

Kompetenzentwicklung in der beruflichen Bildung
Das Betriebspraktikum als didaktisches Instrument in der Berufsorientierung
Pädagogische Lernorte und Handlungsfelder der Berufspädagogik/Arbeitslehre

Modul: Familie und Gesellschaft

Familie und Gesellschaft

Modul: Einführung in die BWL

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Vorlesung)

SS 10**Modul: Handlungsfeld Arbeit, Beruf und Lebenswelt**

Didaktik und Methoden in der Arbeitslehre und Berufspädagogik
Genderkompetenz in der Lehramtsausbildung - Schwerpunkt Berufliche Bildung / Arbeitslehre

Modul: Einführung in die BWL

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Vorlesung)

Modul: Konsummuster privater Lebensformen

Konsummuster privater Lebensformen

WS 10/11**Modul: Handlungsfeld Arbeit, Beruf und Lebenswelt**

Berufsvorbereitung und -orientierung am Übergang Schule - Beruf. Das Betriebspraktikum als didaktisches Instrument
Didaktik und Methoden in der Arbeitslehre / Berufspädagogik
Pädagogische Lernorte und Handlungsfelder der Berufspädagogik/Arbeitslehre

Modul: Familie und Gesellschaft

Familie und Gesellschaft

Modul: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Vorlesung)
Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Übung)

SS 11**Modul: Handlungsfeld Arbeit, Beruf und Lebenswelt**

Arbeit, Beruf und Behinderung im Nationalsozialismus - Exkursion ins KL Buchenwald
Bildungsmanagement: Betriebliche Bildungsarbeit und Personalentwicklung
Didaktik und Methoden in der Arbeitslehre / Berufspädagogik
Pädagogische Lernorte und Handlungsfelder der Berufspädagogik/Arbeitslehre
Schulabbruch in der beruflichen Bildung

Modul: Einführung in die VWL

Volkswirtschaftslehre für Nebenfachstudierende II (Mikroökonomik)

Modul: Einführung in die BWL

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Vorlesung und Übung)

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen, eigene Auswertung

Universität Kassel

Studienmodule für das Fach Arbeitslehre

Pflichtmodule Kassel AL	LP
M1: Grundlagen der Arbeitslehre	12
M2: Praxisformen der Arbeitslehre	12
M3: Betriebspraktikum	9
M4: Fachwiss. und -didaktische Vertiefung	12
M5: Arbeitslehre unterrichten und entwickeln	15
Kein WPM!	

Auszüge aus dem Kommentierten Vorlesungsverzeichnis der Universität Kassel

SS 10

Modul: Grundlagen der Arbeitslehre

Ökonomische Aspekte der Arbeitslehre

Modul: Fachwissenschaftliche und –didaktische Vertiefung

Arbeit im Wandel

Modul: Arbeitslehre unterrichten und entwickeln

Der Betrieb - Wirkungsstruktur und Entscheidungsbereich

WS 10/11

Modul: Grundlagen der Arbeitslehre

Ökonomische Aspekte der Arbeitslehre

Modul: Fachwissenschaftliche und –didaktische Vertiefung

Situation der Arbeitnehmer im Betrieb

Modul: Arbeitslehre unterrichten und entwickeln

Leistung und Lohn

SS 11

Modul: Grundlagen der Arbeitslehre

Ökonomische Aspekte der Arbeitslehre

Modul: Fachwissenschaftliche und –didaktische Vertiefung

Leistung und Lohn

Modul: Arbeitslehre unterrichten und entwickeln

Der Betrieb - Wirkungsstruktur und Entscheidungsbereich

Quelle: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis der Universität Kassel, eigene Auswertung.

Zuletzt erschienen:

IWAK Forschungsberichte



Nr. 8 Qualität der Versorgung mit Anti-Dekubitus-Liegehilfen am Beispiel der Hilfsmittelversorgung durch die AOK Hessen
Anke Metzenrath, Kerstin Hagmann, Angela Joost (2014)

Nr. 7 Regionale Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Stuttgart im Vergleich
Christian Baden, Horst Entorf, Vera Neisen, Alfons Schmid, Philip Sieger (2013)

Nr. 6 Ressourcen und Potenziale in Hessens Betrieben
Oliver Nüchter, Christa Larsen (2013)

Nr. 5 Aus- und Weiterbildungsbedarfe und -praxis in hessischen Migrantenunternehmen
Vera Neisen, Christa Larsen (2013)

Nr. 4 Wissenschaftliche Begleitung der Implementierung der Pflegestützpunkte in Hessen
Angela Joost, Anke Metzenrath (2012)

Nr. 3 Wirtschaft und ökonomische Bildung
Alfons Schmid, Nils Beckmann, Miriam Wiesen (2012)

Nr. 2 Funktionalität von Subventions- und Förderinstrumenten zur Versorgungssicherung von Personen in Privathaushalten
Christa Larsen, Sigrid Rand (2012)

Nr. 1 Berufliche Weiterbildung von Teilzeitkräften
Oliver Nüchter, Alfons Schmid (2011)

IWAK Reporte



IWAK-Betriebsbefragung im Herbst 2013

Standortfaktoren und Wettbewerbsfähigkeit der Region Rhein-Main aus betrieblicher Sicht.

Oliver Nüchter, Alfons Schmid (2014)

IWAK-Betriebsbefragung im Herbst 2013

Beschäftigungsprognose 2014/2015 für die Region Rhein-Main

Oliver Nüchter, Alfons Schmid (2014)

IAB-Betriebspanel Report Hessen 2012

Arbeitszeitregelungen und Angebote zum Gesundheitsschutz: Betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit

Oliver Nüchter, Christa Larsen (2013)

IAB-Betriebspanel Report Hessen 2012

Frauenbeschäftigung und Chancengleichheit in Hessen

Oliver Nüchter, Christa Larsen (2013)

Weitere **IWAK Veröffentlichungen** unter www.iwak-frankfurt.de.

Das Projekt wurde gefördert aus Mittel des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und der Europäischen Union – Europäischer Sozialfonds

HESSEN



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Germany

Tel.: +49 (611) 815 2298+49 www.wirtschaft.hessen.de

Fax: +49 (611) 815 49 2298 info@hmwvl.hessen.de



Europäischer Sozialfonds
Für die Menschen in Hessen



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



IWAK

Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur

Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Gräfstraße 78

60054 Frankfurt am Main

Germany

Tel.: +49 (0)69 798 23855

Fax: +49 (0)69 798 28233

www.iwak-frankfurt.de

iwak@uni-frankfurt.de